



Widerstand gegen den Kommunismus

Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der
kommunistischen Diktatur

24. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen

30. und 31. Mai 2013

Dokumentation

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

24. Bautzen-Forum 30. und 31. Mai 2013

Einleitung 6
MATTHIAS EISEL

Grußworte 9
HARALD MÖLLER

DIRK PANTER 11

MARKO SCHIEMANN 14

CHRISTIAN SCHRAMM 17

Eröffnungsvortrag 20
ILKO-SASCHA KOWALCZUK

Podiumsdiskussion 44
Diktatur im Alltag und die Handlungsoptionen Einzelner
WOLFGANG TIEFENSEE, MARIANNE BIRTHLER, LUTZ RATHENOW
Moderation: JACQUELINE BOYSEN

Podiumsdiskussion 69
Warum Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR-Geschichte?
Ein Plädoyer der heute 30- bis 40-Jährigen
HANKA KLIESE, MARIA HIEBSCH, JULIANE THIEME, PETER WÜRSCHI
Moderation: SVEN RIESEL

Zeitzeugengespräch 91
Widerstand und Haft im SED-Staat
SABINE POPP, HEIKE WATERKOTTE, HARALD MÖLLER,
WOLFGANG KOCKROW
Moderation: MARKUS PIEPER

Podiumsdiskussion 117
Geschichtsvermittlung in Jubiläen – Was bleibt?
CLAUDIA SCHREINER, ROLAND JAHN, OLIVER REINHARD
Moderation: DIETMAR MOLTHAGEN

Ökumenische Andacht in der Kapelle auf dem Karnickelberg
am Mittwoch, 29. Mai 2013 138
Pfarrerin ANGELA-BEATE PETZOLD und Kaplan OLIVER GONDA

Referentinnen und Referenten des 24. Bautzen-Forums 143

Bautzen-Foren im Überblick 146

Impressum 150



Einleitung

MATTHIAS EISEL

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“, lautete Walter Ulbrichts intern vorgegebene Maxime bei seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil im Mai 1945 in Berlin. Nicht nur diese Äußerung widerlegt die bis heute in SED-Nachfolgemilieus gepflegte Mär vom eigentlich demokratisch gewollten Sozialismus auf deutschem Boden, der in den Konfrontationen des Kalten Krieges eben nicht wie gewollt umzusetzen gewesen sei.

Der Nationalsozialismus hatte Deutschland zuvor in die Katastrophe geführt. Halb Europa lag in Trümmern. Ulbrichts zynische Direktive zeigt aber, warum es Stalin und den deutschen Kommunisten im Nachkriegsdeutschland von Anfang an ging und dass der sogenannte demokratische Neubeginn als eine Art Scheinveranstaltung zum Ziel hatte, die Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Vorbild auch im ostdeutschen Einflussgebiet ohne Wenn und Aber durchzusetzen. Dazu gehörte 1946 das De-facto-Verbot der SPD in der SBZ und den Berliner Ostsektoren durch die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED.

Sozialdemokraten, die sich widersetzten oder zögerten, wurden an den Pranger gestellt oder verschwanden in Lagern und Zuchthäusern wie zum Beispiel in Bautzen.

Auch im liberal-konservativen Spektrum wurden unbequeme und widerständige Menschen verfolgt oder sie dienten sich den Blockparteien an, um letztlich gleichermaßen die SED-Doktrin zu vertreten. Die ostdeutschen Blockparteien wie CDU oder Liberaldemokraten hatten der SED dabei behilflich zu sein, den Anschein von Parteienpluralismus zu erwecken. Dass aber selbst das nicht verfring, zeigt der vehemente Volksaufstand vom 17. Juni 1953. In den anfänglichen Protest gegen Arbeitsnormerhöhungen und die schwierige Versorgungslage mischten sich sogleich die Forderungen nach freien Wahlen und weiteren elementaren Bürgerrechten („Wir wollen freie Menschen sein!“). Forderungen übrigens, die sich von denen im Herbst 1989 wenig unterschieden und die zeigen, dass die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung mit ihrem Staat wenig gemein hatte.

Als vom Westen gesteuerte Provokation, als Faschisten und Kriegstreiber verunglimpften die SED-Machthaber den Freiheitswillen der Demonstranten vom 17. Juni 1953. Hundertausende Ostdeutsche widersetzten sich an diesem Tag im ganzen Land der restriktiven SED-Politik. Das sozialistische Regime stand am Abgrund und erlebte seine erste große Bankrotterklärung. Nur mit Hilfe der Roten Armee, die den Aufstand niederschlug, konnte die SED die Kontrolle zurückerlangen. Mehr als 50 Demonstranten ließen dabei ihr Leben, Tausende wurden als Staatsverbrecher abgeurteilt und inhaftiert. Staatsoffiziell war das Datum später weitgehend tabu in der DDR. Über Westradio und Westfernsehen war immerhin an den Jahrestagen davon zu hören. Aber auch in den Familien wurde darüber gesprochen. Von Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich war wiederum im Mai dieses Jahres bei einer Dokfilmpremiere in Leipzig zu hören, er habe von den Ereignissen des 17. Juni 1953 erst im Herbst 1989 erfahren.

Selbst Stefan Heyms Roman „5 Tage im Juni“ durfte im „Leseland DDR“ nicht gedruckt werden. In der DDR erschien bereits 1954 Stephan Hermlins unsägliche Novelle „Die Kommandeuse“, in der er die Ereignisse ganz im Sinne der SED-Propaganda aufarbeitete und beschrieb, wie in den Wirren des 17. Juni eine ehemalige KZ-Aufseherin aus einem Zuchthaus befreit wird und daraufhin sofort wieder beginnt, konspirativ tätig zu werden. Widersprüchlich war auch die Haltung von Bertolt Brecht, der sich noch am 17. Juni 1953 mit Ergebnheitsadressen an Walter Ulbricht und an den Chef der Sowjetischen Militäradministration in Berlin beeilte. Im Spätsommer dann schrieb er sein berühmtes Gedicht „Die Lösung“ mit der sarkastischen Frage: Wenn das Volk das Vertrauen der

Regierung verscherzt habe – ob es da nicht einfacher sei, die Regierung würde das Volk auflösen und sich ein anderes wählen? Dass dieser Text die Leserschaft in der DDR wenn überhaupt, dann nur auf Umwegen erreichen konnte, versteht sich von selbst.

Mit diesem 24. Bautzen-Forum hat die Friedrich-Ebert-Stiftung an 60 Jahre Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 erinnert und zugleich den Bogen bis zum Ende der SED-Diktatur im Herbst 1989 gespannt. Neben der historischen Aufarbeitung und Betrachtung in Vorträgen, Diskussionen und Zeitzeugengesprächen ging es dabei immer auch um die Würdigung des Widerstands und des Mutes von Menschen bei ihrem Eintreten für Freiheit und Demokratie in über 40 Jahren SBZ und DDR.



Grußwort

HARALD MÖLLER

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden, in diesem Jahr widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung einem ausgesprochen wichtigen Thema, das in besonderer Weise den Widerstand gegen den Kommunismus beleuchten und diskutieren soll. Insbesondere wird hier zunächst an den Widerstand des 17. Juni 1953 gedacht, einen Aufstand, der sich vor 60 Jahren ereignet hat, sich in erster Linie gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen gerichtet, aber unmittelbar danach zu einem Bekenntnis eines freien Gesamtdeutschland ausgeweitet hat. Hierzu ist jedoch eine Bemerkung ausgesprochen wichtig. Wir als ehemalige politische Häftlinge des Gelben Elends in Bautzen verstehen „Widerstand gegen den Kommunismus vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur“ durchaus als griffiges Thema, müssen jedoch zeithistorisch darauf hinweisen, dass bereits viele Jahre vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 speziell hier in Bautzen neben Schülern, Studentenvertretern und Menschen verschiedener politischer Parteien insbesondere Sozialdemokraten wegen ihres Widerstandes gegen diese kommunistische Diktatur inhaftiert waren.

Grußwort · Harald Möller

Einer der wesentlichsten Gründe für die Inhaftierung der Sozialdemokraten war deren Ablehnung des Eintritts in die SED bei der Vereinigung von SPD und KPD. Diese Kameraden wurden von den neuen Machthabern der SED an die „Freunde der Sowjetunion“, hier den Geheimdienst NKWD, verraten. Sie erlebten eine sehr leidvolle Zeit hinter den Zuchthausmauern, speziell durch Folterungen, Hunger und zeitlangen Schlafentzug, womit sie erpresst wurden, entsprechend belastende Protokolle zu unterschreiben. Alle wurden zu Spionen und Feinden der Sowjetunion erklärt, weil man sie in Verbindung mit dem sogenannten Ostbüro der SPD in Hannover brachte.

Aber es gab noch einen weiteren wichtigen Akt des Widerstandes gegen den erst wenige Monate existierenden DDR-Staat. Nämlich den lange Zeit vergessenen Aufstand der über 6 000 Häftlinge im Gelben Elend am 13. und 31. März 1950, über den Ende 2011 in einer Dokumentation des Bautzen-Komitees geschrieben wurde. Dank der Mithilfe des SPD-Archivs wurden uns die Dokumente und Briefe einer Reihe sozialdemokratischer Häftlinge zur Verfügung gestellt. Hier denken wir ganz besonders an unseren Kameraden Dieter Rieke, der lange Zeit nach seiner wiedergewonnenen Freiheit Redakteur des „Vorwärts“ war. Zwei Briefe über die Situation der Haft wurden dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner auf abenteuerliche Weise zugestellt. Er verlas sie dann auf einem SPD-Parteitag in Hamburg, um der Weltöffentlichkeit diese Tatsachen zu verkünden.

Wir wissen, wie wichtig es ist, einer großen Öffentlichkeit immer wieder den Widerstand gerade am 17. Juni 1953 ins Gedächtnis zu rufen, sollten aber den vorhergehenden Widerstand nicht in Vergessenheit geraten lassen. Wir wissen auch, dass gerade die Friedrich-Ebert-Stiftung seit nunmehr 24 Jahren eine große erinnerungspolitische Arbeit leistet und dass ihr das Bautzen-Forum ein besonderes Anliegen ist. Deshalb gilt es, der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und der Bundesstiftung Aufarbeitung erneut für das diesjährige Bautzen-Forum zu danken.



Grußwort

DIRK PANTER

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Möller, sehr geehrte Mitglieder des Bautzen-Komitees, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramm, lieber Herr Kollege Schiemann, lieber Matthias Eisel, ich darf Sie, auch im Namen von Hanka Kliese, die ich heute vertrete, herzlich begrüßen.

Ich bin heute nicht das erste Mal hier: Bereits vor fünf Jahren war ich Gast und Redner des 19. Bautzen-Forums. Das Thema lautete damals: „Alltag in der SBZ/DDR – Leben in der Diktatur“. Das heutige Thema heißt: „Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur“. Ich freue mich, wieder hier zu sein. Doch damals wie heute gilt: Als westdeutsch Geborener habe ich keine Möglichkeit, aus meiner eigenen Erfahrung zu sprechen!

Als ich das Grußwort übernommen habe, dachte ich zuerst an Egon Bahr. Ich wollte über diesen berühmten Sozialdemokraten sprechen, der den 17. Juni 1953

Grußwort · Dirk Panter

als Chefkomentator des RIAS erlebte. Das will ich heute aber nicht tun, sondern ich will Ihnen heute kurz einen besonderen Zeitzeugenbericht schildern – einen, bei dem der Zufall Pate stand!

Am vergangenen Sonntag war ich mit Aufräumarbeiten in meinem Hauskeller beschäftigt. Es regnete in Strömen. Da fiel mir eine Gruppe von Menschen auf, die in unseren Hof gekommen war und sich umsah. Es stellt sich heraus, dass es sich um ein älteres Ehepaar, dessen Sohn und dessen Tochter mit ihrem Mann handelte. Das ältere Paar war 1960 aus der DDR geflohen und kehrte nun mit seinen Kindern, die damals noch sehr klein waren, und deren Kindern wieder zurück.

Warum flohen sie? Der Urgroßvater wurde als selbstständiger Gastwirt zur unerwünschten Person, nachdem er unerlaubterweise sieben Flaschen Wein, zwei Tafeln Schokolade und vier Pfund Westkaffee „gebunkert“ hatte. Dafür gab es damals 2,5 Jahre Gefängnis. Er saß diese erst in Waldheim, später in Bautzen ab. Die Urgroßmutter nahm sich in der Folge das Leben.

Außerdem gab es im Umfeld des Großvaters viele Flüchtige. Dazu zählten sein Chef und mehrere Kollegen. Der Druck auf die Familie wurde immer stärker und irgendwann unerträglich. So entschieden sie sich zu fliehen, obwohl sie selbst sagten, dass rein persönlich und beruflich die Zeit in Leipzig mit die schönste Zeit ihres Lebens war.

Da ich die Frau kenne, die heute in der ehemaligen Wohnung der Familie lebt, habe ich den damaligen Bewohnern den Zugang vermittelt. Es war ein sehr berührender Moment, den „Sohn“, mittlerweile um die 65, zu sehen, wie er wieder in seinem alten Kinderzimmer stand, in dem er 53 Jahre zuvor in einer Nacht- und Nebelaktion alles zurücklassen musste. Oder die Verzückung in den Augen des Vaters, wie er selbstgebaute Dinge, wie eine Türkette, wiederentdeckte. In solchen Momenten wird mir bewusst, was es bedeutet, in einer Demokratie geboren zu sein und aufzuwachsen. Es wird mir aber auch bewusst, dass auch ich, als Westgeborener, mittlerweile viele Berührungspunkte mit der DDR-Diktatur habe. Als Bürger von Leipzig wie eben geschildert oder als Sozialdemokrat.

Wir Sozialdemokraten wissen, was es heißt, politisch verfolgt zu werden. Daran haben wir auch gerade vor einer Woche in Leipzig wieder erinnert, bei unserem 150-jährigen Jubiläum. Wir Sozialdemokraten wissen, was es bedeutet, für seine Ideale und seine Vorstellungen einzustehen. Noch heute leben Sozialdemokraten, die miterlebt haben, wie Parteibücher 1933 vergraben wurden und wie sie 1945 wieder ausgegraben wurden – nur um sie bald danach wieder zu vergraben. Nun will ich hier kein Loblied auf die Sozialdemokratie singen, mitnichten. Natürlich

hat auch meine Partei in diesen 150 Jahren Fehler gemacht. Sigmar Gabriel hat aber vergangene Woche eines sehr deutlich gemacht: Bei allen Fehlern ihrer Geschichte musste sich die SPD nie so sehr für etwas schämen, dass sie ihren Namen ändern musste. Ich darf hier sagen: Darauf bin ich stolz.

Ebenfalls stolz, aber viel mehr noch dankbar bin ich den mutigen Männern und Frauen Ostdeutschlands, die die Hoffnung nie aufgaben, die sich gegen die Diktatur auflehnten, den Glauben an eine friedliche Revolution wachhielten und diese letztlich auch durchsetzten. „Nichts ist von Dauer, was keiner recht will“ – so singt es die Leipziger Band Karussell in ihrem bekannten Lied „Als ich fortging“. Und so galt es denn auch für die kommunistische Diktatur. Der Mut und der Wille der Ostdeutschen vom 17. Juni 1953 mündeten letztlich im Erfolg des 9. November 1989.

Für den Einsatz so vieler aufrechter Ostdeutscher bin ich persönlich sehr dankbar. Ohne diesen Einsatz hätte ich nie die Möglichkeit gehabt, die sächsischen Lande besser kennenzulernen, in einer so wunderschönen Stadt wie Leipzig zu leben, nie die Möglichkeit gehabt, eine wunderbare Thüringerin kennenzulernen und zu heiraten, nie die Möglichkeit gehabt, gemeinsam zwei Söhne zu bekommen, die uns täglich auf Trab halten. Vielen Dank!

Vielen Dank auch, dass ich die Möglichkeit hatte, dieses Grußwort zu sprechen. Ihnen und uns wünsche ich nun – wieder einmal – ein interessantes, diskussionsreiches und würdiges Bautzen-Forum. Glück auf!



Grußwort

MARKO SCHIEMANN

Sehr geehrter Herr Matthias Eisel, sehr geehrter Herr Möller, sehr geehrter Herr Latotzky, sehr geehrter Kollege Dirk Panther, lieber Christian Schramm, liebe Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass ich heute erneut bei Ihnen sein kann. Herzlichen Dank für die freundliche Einladung zum 24. Bautzen-Forum.

Es ist ein gutes Zeichen, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung dieses wichtige Opferforum erneut organisiert und hier in Bautzen – Budyšin durchführt. Herzlichen Dank Ihnen, Matthias Eisel und allen Mitarbeitern, die zum Gelingen des Bautzen-Forums beitragen!

Meine Vorredner haben bereits auf verschiedene Formen des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur hingewiesen. Wir haben den real existierenden Sozialismus in den verschiedenen Phasen wahrgenommen. Dabei gab es nicht nur geteilte Lebensläufe zwischen Ost und West, nein, es gab eben auch sehr unterschiedliche Lebensläufe hier im östlichen Teil Deutschlands. So wie die Lebensläufe unterschieden sich auch die Formen des Widerstandes in der Öffentlichkeit

von den im täglichen Leben erlebten, in den Familien, in den Kirchen oder auch bei der täglichen Arbeit. Über die großen in der Öffentlichkeit bekannten Fälle wird oft geschrieben. Die kleinen Gesten werden heute als Selbstverständlichkeit angesehen.

So wie Unrecht nicht anonym ist, so deutlich hat auch der Widerstand ein Gesicht. Die Zeit der Speziallager, der Gefängnisse Bautzen, Waldheim, Stollberg und gerade der 17. Juni 1953, die Aufstände in Ungarn und Polen, 1968 der Prager Frühling, der die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie in unserem Nachbarland aufkommen ließ und auch mit Panzern beendet wurde, waren wichtige Ereignisse des Widerstandes. Es folgten die großen Studentenaufbegehren 1977 in Polen bis hin zur großen Freiheitsbewegung der Solidarność 1979. Immer war es der Wunsch der Menschen, die Rechte der Verfassung umzusetzen, Freiheit und Demokratie anzustreben. Neben den großen Gesten gab es auch die kleinen so wichtigen Aktionen.

Der frühere Vorsitzende des Bautzenkomitees Benno von Heynitz hat mir immer wieder erklärt, wie wichtig gerade die kleinen Gesten und Formen des Widerstandes im Bautzener Gefängnis waren. Das war stets mit dem Hinweis verbunden, Menschlichkeit und Solidarität untereinander zu halten und damit Vorbild für die schwächeren Gefangenen während der Haft zu sein! So konnte eine große Zahl der überlebenden Häftlinge nach der Haft den eigenen Idealen treu bleiben und der Diktatur trotzen. Benno von Heynitz hatte dem Nationalsozialismus widerstanden und dem Kommunismus widerstanden!

Lassen Sie mich ein zweites Beispiel benennen. Wenn Sie sich die heutige Einladung zur Hand nehmen, dann finden Sie einen kleinen Aufnäher mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ nach dem Propheten Micha, Kapitel vier.

Diese Aufschrift wurde als Lesezeichen und Einladung zum Buß- und Betttag 1980 vom damaligen Landesjugendpfarrer in Sachsen, Harald Brettschneider, in der Druckerei der Herrnhuter Brüdergemeinde in einer Auflage von 120 000 Stück gedruckt. Harald Brettschneider hat damit vielen Jugendlichen einen wichtigen Impuls zum Widerstehen gegeben. Zunächst nur christlichen Jugendlichen. Die SED-Oberen ließen die Aufnäher in der Schule und in Vereinen verbieten – dieses Verbot löste wiederum Fragen bei den Jugendlichen aus, die nicht kirchlich gebunden waren. Ein großer Teil der Jugendlichen konnte es nicht akzeptieren, dass das gleiche Symbol, das die Sowjetunion 1959 in New York als Geschenk an die UNO aufstellen ließ von der SED verboten wurde.

Dieses Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ hat maßgeblich zum Erstarken der kirchlichen Jugendgruppen und Friedensinitiativen beigetragen. Es war ein wich-

tiger Impuls zur Demokratiebildung und des Widerstandes gegen die SED. Nur wenige Jahre später haben die Demonstrationen des Herbstes 1989 die Diktatur mit Mauer, Stacheldraht, Verboten und Unfreiheit hinweggefegt.

Die Friedliche Revolution war im Schutz der Kirchen, getragen durch viele Familien, gereift. Sie haben Generationen schützend begleitet und dabei die Erinnerung an Wertebewusstsein, Freiheit, Demokratie, Orientierung, Gerechtigkeit und Solidarität besonders wachgehalten.

Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Wir haben hier noch einiges zu tun. Deshalb fordere ich mehr Respekt vor der Lebensleistung der Menschen, die der Diktatur der SED widerstanden haben. Ich fordere eine größere Achtung der Lebensleistung der Opfer in der Öffentlichkeit. Ich appelliere an die Öffentlichkeit, Versuche, die Geschichte immer wieder zu verklären, endlich zu beenden. Dies trifft für die Aufmärsche der Naziextremisten besonders zu.

Ich erwarte, dass öffentliche Aufmärsche von damaligen Stasieinheiten unterbunden werden und die Verhöhnung der Opfer nicht geduldet wird. Viele Menschen haben ihre Opfer zum Gelingen der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 gebracht. Die einen wurden von ihren Arbeitsplätzen verbannt, weil sie widerstanden, Menschen wurden gefoltert, gedemütigt und ausgegrenzt oder erhielten Berufsverbot, andere mussten Haft erdulden, manche wurden sogar getötet. Deshalb fordere ich mehr Respekt vor den Menschen, die der Diktatur widerstanden haben.

Dem Bautzen-Forum wünsche ich: Geben Sie weiter den Menschen, die widerstanden haben, ein Gesicht! Ihnen allen Gesundheit und Gottes Segen!



Grußwort

CHRISTIAN SCHRAMM

Verehrter, lieber Herr Möller und Herr Latotzky, verehrte Frau Birthler und Herr Eisel, verehrte Gäste,

ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße der Stadt Bautzen.

Vor 14 Tagen hatte ich ein interessantes Erlebnis. Frau Klewin hatte mich kurzfristig eingeladen, um einer Gruppe von ZDF-Journalisten Rede und Antwort zu stehen. Die Journalisten besichtigten Bautzen II und wollten wissen, „wie der Osten tickt“.

Ich habe ihnen zunächst versucht zu sagen, dass dieses Gefängnis zwar in Bautzen steht und von der DDR-Regierung und der Staatssicherheit geführt wurde, dass es aber gewissermaßen ein Ausdruck der Reibungsfläche zwischen zwei Machtblöcken mit jeweils unterschiedlicher politischer Ausrichtung war und insoweit einen gesamtdeutschen Topos darstellt. Ich wollte damit auch sagen, dass wir kein „Zoo“ sind, den man mal besichtigt, sondern dass wir Zeugnis geben von tiefen Kämpfen, tiefen Bekenntnissen und tiefen Leiden im Zeichen deutscher Teilung.

Grußwort · Christian Schramm

Wir sind also Teil gemeinsamer Geschichte. Deshalb haben wir auch eine gemeinsame Verantwortung.

Immer wieder werden bei solchen Begegnungen auch Fragen nach den Gründen und Wirkungen und nach der persönlichen Verantwortung und Haltung der Handelnden gestellt. Auch das diesjährige Forum hat mit diesen Fragen unmittelbar zu tun.

Politischer Widerstand über die Jahre von 1953 bis zum Ende der DDR; dieser Bogen spannt sich weit, nicht nur zeitlich, sondern auch, was die verschiedenen Phasen und Anlässe betrifft.

Widerstand am 17. Juni, selbstverständlich ein sehr markantes Datum. Aber auch der „Kirchenkampf“, die Auseinandersetzung der Christen um Freiheit und Glauben müssen genannt sein. Später das Thema „Frieden schaffen ohne Waffen“ mit dem berühmten Bibelzitat aus dem Propheten Micha „Schwerter zu Pflugscharen“. Ich denke aber auch an den Widerstand in der SED selbst, an die wenigen, die versucht haben, gegen den blinden Dogmatismus zu arbeiten. Aber es geht auch um all die Menschen, die aus moralischer Verantwortung nicht zulassen konnten und wollten, dass Freiheit schon wieder geknechtet, ausgedünnt und geknebelt wurde, dass schon wieder Andersdenkende unterdrückt und mundtot gemacht wurden.

Wie gesagt, die Anlässe sind verschieden. Dennoch, es gibt auch für den politischen Widerstand ein paar übereinstimmende Voraussetzungen und Grundmuster. Jeder Widerstand:

- braucht Impulse und Wurzeln, die Biografien der Betroffenen zeigen die Vielfalt.
- entsteht aus Betroffenheit an Leib und Geist.
- ist stark an Gerechtigkeitsempfinden gebunden, das wir durch unsere Erziehung lernen und sensibilisieren.
- braucht Empathie, Leidenschaft und Einfühlung, nicht nur intellektuelle Leistung.
- produziert Ideen und Kreativität, ich denke an die vielen Formen.
- braucht langen Atem, denn er bohrt unter Umständen dicke Bretter.
- braucht die Ermunterung und Halt am andern.

Politischer Widerstand hat seinen Preis, aber er hat auch seinen Lohn. Dass die Welt sich verändert hat, ist auch ein Stück Ihrem Engagement und Ihrem Leiden zu danken. Mancher hat diese Tage nicht mehr erleben können, andere sind darüber krank geworden oder zerbrochen. Aber sie sind nicht vergessen, sie sind eingeschrieben in das Buch des Gedenkens. Widerstand gegen den Kommunis-

mus ist ein wichtiges und ehrenvolles Blatt in der deutschen Geschichtsschreibung.

Umso mehr freue ich mich, dass jetzt auch die weitere Gestaltung der Gedenkstätte auf dem „Karnickelberg“ in Angriff genommen wird. Auch sie ist nicht nur Gedenkstätte, sondern Lernort für die kommenden Generationen. Der Tagung wünsche ich interessante Erkenntnisse und Gespräche.



Eröffnungsvortrag

ILKO-SASCHA KOWALCZYK

Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 gehört zu den kraftvollsten Widerstandsereignissen gegen den Kommunismus überhaupt. Etwa eine Million Menschen in über 700 Orten waren daran beteiligt. Er gehört in eine Reihe großer, mittlerer und kleinerer Aufstände, von denen vor allem der Workuta-Häftlingsaufstand 1953, der Aufstand von Posen und die ungarische Revolution 1956, die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und die verschiedenen Aufstände in Polen bis hin zur Verhängung des Kriegsrechts 1981 im europäischen Gedächtnis haften geblieben sind. Der Fall des Kommunismus 1989/91 mit seinem untrüglchen Symbol – dem Niederreißen der Berliner Mauer – steht am Ende einer Kette, die uns als solche erst nach 1989 wirklich bewusst wurde.

Die zur Vergangenheit geronnene Geschichte stellt nicht nur immer einen Ausschnitt dessen dar, was uns aus der Breite und Komplexität der Geschichte erinnerungswürdig erscheint. Sie bietet zugleich vielfache Möglichkeiten, Geschichte als Vergangenheit weitaus unkomplizierter, geradliniger, widerspruchsfreier darzustellen, als es der historischen Realität zumeist entspricht. Wir erleben gerade in diesen Tagen eine merkwürdige Debatte über Biografien in der DDR. Das Merkwürdige daran ist, wie einzelne biografische Fakten herhalten sollen, um eine ganze Persönlichkeit und deren Tun in der Diktatur zu konstruieren. Noch merkwürdiger daran ist, dass aus dem Umstand einer oder mehrerer biografischer Fakten manche glauben schlussfolgern zu können, wie die Person dachte, was sie wollte, welchen Ideen sie anhing. Ich nehme hier zwar als Anlass die absurde Debatte über Angela Merkels DDR-Zeit, aber diese Debatte ist gerade deshalb interessant, weil sie immer wieder ganz ähnlich geführt wird. Nehmen Sie etwa die Diskussion über Arzneimitteltests bundesdeutscher Pharmakonzerne in der DDR. Jeder, der etwas davon versteht, wird Ihnen bestätigen, dass diese jetzige Debatte die damaligen Gesamtrahmenbedingungen vollkommen ausblendet. Immer wieder erleben wir das Muster, dass einzelne Fakten herausgegriffen werden, um aus diesen ein ganzes Bild zu rekonstruieren, obwohl die dargebotenen Fakten weder den Rahmen noch die Grundierung allein darstellen. Das betrifft auch die Debatte über IM des MfS – hat jemand dieses Signum, so tun wir bis heute meist so, als wäre jemand lebenslang IM und nur IM und nicht auch vieles andere gewesen. Zumeist wird in der medialen Öffentlichkeit auch noch so getan, als wäre jeder IM gleich gewesen, als hätte jeder IM gleichermaßen denunziatorisch berichtet wie etwa Wolfgang Schnur oder Ibrahim Böhme oder Manfred Rinke alias „Kiste“, um mal nur drei bekanntere Personen, die sich viele Jahre als wirklich üble IM verdingten, zu nennen. Der Durchschnitts-IM aber hatte mit diesen außer den Bezeichnungen nicht viel mehr gemeinsam.

Und was für IM gilt, gilt auch für Widerstandskämpfer und Oppositionelle. Auch sie waren dies nur in Ausnahmefällen ein Leben lang. Typisch für sie war oft die Suche nach einem akzeptablen Leben in der Diktatur, das sie in Konfliktlagen brachte und nicht selten in die Opposition trieb. Aber viele duckten sich nach Konflikten mit dem SED-Staat auch dauerhaft ab und lebten zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Dieser ewige Zwiespalt ist für jedwede Diktatur im Alltagsleben weitaus typischer als eine kontinuierliche Widerstandsarbeit. Kommunistische Diktaturen produzierten einen strukturellen Opportunismus, dem der Einzelne nicht nur so leicht nicht entkam, er musste ihn auch zunächst einmal als solchen erkennen.

Wenn wir über 40 Jahre SED-Diktatur reden, sprechen wir auch über unterschiedliche generationelle Erfahrungen. Wer die DDR erlebte, mit bewussten Erfahrungen aus Weimarer Republik und Nationalsozialismus, trug einen anderen Erinnerungsrucksack als die erste Nachkriegsgeneration und noch einen anderen als jene bescheidenen Wohlstandskinder, die bereits in ein ummauertes Land hineingeboren worden waren.

Der Mauerbau war das wichtigste Element der nach der gescheiterten Revolution von 1953 betriebenen Aufstandsprävention. Die Mauer wurde zum sichtbarsten Zeichen des Überwachungs-, Disziplinierungs- und Repressionssystems. Nicht ihr Bau war der oft zitierte „heimliche Gründungstag“ der DDR, sondern der niedergeschlagene Volksaufstand vom 17. Juni. Der „13. August 1961“ war gegen einen neuen drohenden Volksaufstand gerichtet. Die gesellschaftlichen Zustände von 1960/61 ähnelten bei allen Unterschieden der Situation von 1952/53. Die SED-Führung nahm dies auch so wahr. Der Mauerbau war Höhepunkt des Terrors – eine Gesellschaft war kollektiv eingesperrt worden.

Die Mauer war weder ein Zufall noch ein Irrtum. Für die Kommunisten war sie ein Überlebensbauwerk. Die Massenflucht war das sichtbarste Zeichen einer neuerlichen Krise, die alle Bereiche der DDR erfasst hatte. Sie stand kurz vor dem Zusammenbruch, einen neuen Aufstand konnte niemand ausschließen. Die Machthabenden gestanden dies selbst immer wieder ein, wenn sie die Mauer mit dem Argument verteidigten, sie verhindere ein „Ausbluten“ der DDR.

Historisch liegt die eigentliche Überraschung darin, dass die Mauer erst 1961 gebaut wurde. Das ganze Sowjetreich mitsamt den osteuropäischen Satrapien war eingemauert, mit Stacheldraht umgeben, militärisch bewacht. Allein an der tschechoslowakischen Westgrenze sollen seit 1948 aus ganz unterschiedlichen Gründen rund 1000 Menschen ums Leben gekommen sein, darunter nachweisbar 280 bei einem Fluchtversuch und fast 700 Grenzsoldaten. Man mag gar nicht hochrechnen, wie viele Tote es an der gesamten, Zehntausende Kilometer umfassenden Außengrenze des Sowjetreiches gegeben hat. Zwar war auch seit 1952 die innerdeutsche Grenze ziemlich dicht, aber Berlin als Schlupfloch war offen geblieben. Noch erstaunliche neun Jahre lang. Ulbrichts berühmten Satz vom Juni 1961 abgewandelt, könnte es auch heißen: „Kommunisten haben immer die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Übers Land rollte die größte Verhaftungswelle seit seiner Gründung. Bereits in den ersten drei Wochen nach dem 13. August 1961 kam es zu weit mehr als 6 000 Festnahmen. Bis Jahresende sind knapp 14 000 Urteile gefällt worden – die Bilanz des Mauerbaus übertraf in dieser Hinsicht die nach dem 17. Juni um fast

das Achtfache. Das politische Ziel bestand darin, der Gesellschaft abermals, nun unter grundlegend anderen Regimeverhältnissen, zu verdeutlichen, wer die Macht ausübte und was folgte, wenn man sich gegen diese wendete. Das blieb nicht wirkungslos. Der offene antikommunistische Widerstand verlor innerhalb der DDR zusehends an Boden. SED und MfS schafften es, die Widerstandskontinuität der 50er-Jahre zu unterbrechen. Es dauerte mehrere Jahre, bis sich neue Oppositionsformen etabliert hatten. Möglich wurde dieser „Erfolg“ auch deshalb, weil sich die Mehrheit der Bevölkerung, nach dem Mauerbau unter erheblichen Druck gesetzt, nun an die neuen Verhältnisse anpasste und sich mit einem Regime arrangierte, dem sie nur noch schwer entfliehen konnte. Nicht zu unterschätzen ist aber auch der Anteil jener, die sich nun ganz bewusst und voller Überzeugung in den Dienst des SED-Sozialismus stellten. Nie war die Akzeptanz des SED-Staates im eigenen Land größer als zwischen Mitte der 60er- und Mitte der 70er-Jahre.

Tatsächlich ist jedwede Geschichte von „Grenzen“ und „Begrenzungen“ charakterisiert. Und die Geschichte der Grenzen ist eine Geschichte von Konstruktionen, von Erfindungen des Eigenen und des Fremden, des Drinnen und Draußen, von Dazugehören und Nichtdazugehören. Der Migrationsforscher Klaus Bade formulierte einmal pointiert, dass sich „nicht nur Menschen über Grenzen, sondern auch Grenzen über Menschen“ bewegen. Grenze kann nicht gedacht werden, ohne nicht zugleich auch ihre Beschränkungen und Einschränkungen zu berücksichtigen. Grenzen stehen so auch für Unfreiheit. Sie motivieren dazu, sie zu überwinden, zum Grenzverletzer/zur Grenzverletzerin zu werden. Das kann im metaphorischen Sinne ebenso gefährlich sein wie im physischen. Die „Grenzen von Diktaturen“ zum Beispiel lassen sich interpretieren als beschränkte Reichweite der Macht innerhalb der staatlichen Grenzen. Eigenständiges Denken oder nonkonformes Verhalten setzen wiederum Grenzen innerhalb der Diktatur selbst, auch wenn diese sie auf ihre eigene unnachahmliche Art ahndet. Zugleich versprechen die „Grenzen einer Diktatur“ Hoffnungen, dieser mit der Überwindung der Grenzen entfliehen zu können. Die Berliner Mauer war zu einem weltweiten Symbol für solche freiheitsversprechenden Grenzen, die es unter Todesgefahr zu überwinden galt, geworden. Die Grenze ist jedoch keine Erfindung der Diktatur. Typologisch unterscheiden sich andere Grenzanlagen von den Diktaturgrenzen dadurch, dass sie nicht nach innen verriegeln, sondern das Land gegenüber außen und den „anderen“ kulturellen und sozialen Gruppen abschotten sollen.

Vor diesem Hintergrund wird zweierlei ersichtlich. Erstens haben wir es bei Systemgrenzen mit einer Vielzahl von Erscheinungen zu tun, die sich womöglich

im Einzelnen auch noch gegenseitig ausschließen. Zweitens wiederum lassen sich Systemgrenzen kaum objektivieren, sondern unterliegen einer subjektiven Empfindung, die man im Konkreten abtun, als irrelevant oder gar lächerlich bezeichnen kann, die aber wiederum Ausdruck einer Vielfalt gesellschaftlicher Prozesse darstellen, die es eben auch im kommunistischen Gesellschaftsprojekt gab.

Die inneren Systemgrenzen waren zwar omnipräsent, aber zugleich tabuisiert, was wiederum ihre diskursive Verhandlung verhinderte. Die Frage ist ja nicht so sehr, was zu den inneren Grenzen gehörte und welche besonders nachhaltig funktionierten. Auch dass die Grenzwahrnehmungen von individuellen politischen, kulturellen, sozialen, religiösen, ideologischen und nicht zuletzt habituellen Momenten beeinflusst waren, ist zunächst unspektakulär. Mir scheint viel interessanter zu sein, zu fragen, wie Grenzüberschreitungen im Inneren aussahen und wie sie motiviert wurden.

Es ist festzuhalten, dass die totalen Ansprüche der kommunistischen Herrscher selbst verhinderten, ein ihnen Regeln entsprechendes Leben führen zu können. Die totale Regelanmaßung implizierte permanente Grenzüberschreitungen, es ging gar nicht anders, als die inneren Grenzen ständig zu verletzen. Die für die Herrschenden aber letztlich entscheidende Frage war die nach dem politischen Gehalt der Grenzüberschreitung. Und hier stand ihnen mit der Evangelischen Kirche eine Institution gegenüber, die bei aller Kritik im Einzelnen einen Gegenentwurf zur parteistaatlichen Praxis, Räume für anderes Denken, Handeln und Leben, anbot. Es ist daher kein Zufall, dass die organisierte Opposition der 80er-Jahre zu einem ganz großen Teil der Evangelischen Kirche entwuchs.

Die Kommunisten haben ihre Gesellschaft als eine Gemeinschaft der Gleichen und des Gleichen verstanden und propagiert und diese zugleich als Endpunkt der Geschichte markiert. Richtmaß für alles und jeden war das Kollektiv, das zwar ominös und undeutlich blieb, aber doch klar genug konturiert war, um Individualität als störend zu kennzeichnen, um Individualität als überkommenen Wert dastehen zu lassen. Wer dennoch seine Individualität bewahrte, geriet schnell zum Außenseiter, der oft genug gar nicht vom Staat drangsaliert werden musste, weil diese Aufgabe die Gesellschaft reflexartig übernahm. „Reflexartig“ bedeutet auch, hier ging es weniger um politische oder ideologische Absichten. Vielmehr folgte dieser Reflex kulturellen, sozialen und habituellen Inspirationen, oft genug wollte das Kollektiv einfach nur seine Ruhe haben.

Die Motivationen für das Ausbrechen aus dem Kollektiv und das oppositionelle Engagement lassen sich ebenfalls kaum auf einen Nenner bringen. Bestimmte



Grunderfahrungen, die immer wieder als Motivation für oppositionelles Handeln angeführt werden – etwa erlebte Repressionen in der Familie oder im Bekanntenkreis –, lassen sich nicht generalisieren, weil viel mehr Menschen so etwas erlebten, als dann tatsächlich in der Opposition aktiv waren. Hier kommt man methodisch auch nicht durch immer neue Interviews weiter, weil eine entsprechende Mitläuferforschung für die DDR bislang gänzlich fehlt. Vielleicht ist das auch nicht zu lösen, weil sich bestimmte individualpsychologische Grundkomponenten nicht entschlüsseln lassen. Man kann meines Erachtens gut erklären, warum jemand mitmacht, warum jemand überzeugt mitmacht, warum jemand mitläuft, sich abduckt, man kann auch ganz gut erklären, wie oppositionelle Gruppen in sich funktionieren und wie sie ihre Stellung in und zur Gesellschaft und zu anderen Gruppen definieren, aber genau der Übergang in eine solche Gruppe lässt sich nur biografisch erzählen und erklären, jede Typologie hätte das Manko einer Zwangsläufigkeit, die es ja nun gerade nicht gab. Zum einen hilft also die Beschäftigung mit den vielen Systemgrenzen, einer möglichen Starrheit historischer DDR-Bilder vorzubeugen bzw. diese abzubauen, und deutet meines Erachtens den Weg hin zu einer Gesellschaftsgeschichte, die gerade vermeintliche Widersprüche, die vielen Brüche und die Handlungsalter

nativen betont. Zum anderen gehört die Geschichte von Opposition und Widerstand als integraler Bestandteil in eine solche Gesellschaftsgeschichte. Ich möchte Ihnen nun konkrete Biografien vorstellen, die den Wandel von Opposition und Widerstand exemplarisch veranschaulichen:

17. Juni 1953

Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes stellte die SED dem MfS die Aufgabe, die „westlichen Hintermänner und Agenten“ aufzuspüren, die den „faschistischen Putschversuch“ organisiert hätten. Intern beklagte das SED-Politbüro drei Monate nach dem Volksaufstand, am 23. September 1953, dass es der Stasi nicht gelungen sei, die „Organisatoren der Provokationen“ zu entlarven. Nochmals zwei Monate darauf, am 11. November 1953, räumte der neue Stasi-Chef Wollweber ein, dass der Auftrag des SED-Politbüros noch nicht erfüllt werden konnte. Unabhängig von diesen streng geheimen Eingeständnissen mussten – so der politische Auftrag – der Öffentlichkeit Männer und Frauen als „Rädelsführer“ und „westliche Agenten“ präsentiert werden. Tatsächlich inszenierte die SED-Führung im Verbund mit Justiz und MfS mehrere Schauprozesse, in denen vermeintliche „westliche Agenten“ abgeurteilt wurden. Der Höhepunkt in der juristischen Aufarbeitung des Volksaufstandes fand vom 10. bis 14. Juni 1954, also genau ein Jahr nach der Volkserhebung, vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR statt. In einem Schauprozess sollte bewiesen werden, dass die vier Angeklagten die „Hintermänner“ des „Tag X“ gewesen seien. Aber trotz der vergleichsweise langen Verhandlungsdauer konnten keine Beweise erbracht werden, dass Wolfgang Silgradt, Werner Mangelsdorf, Hans Földner und Horst Gassa im Auftrag westlicher Geheimdienste und bundesdeutscher Institutionen den Volksaufstand organisiert hatten.

Alle vier sind aus West-Berlin entführt oder durch List nach Ost-Berlin gelockt worden. Silgradt war bis zu seiner Festnahme Mitarbeiter des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Földner und Gassa arbeiteten im Ostbüro der FDP und Mangelsdorf war Mitglied des „Komitees 17. Juni“, das in West-Berlin im Juli 1953 von geflüchteten Streikführern des Volksaufstandes gebildet worden war. Der Staatssicherheit gelang es, das „Komitee“ mithilfe mehrerer geheimer Mitarbeiter zu zerschlagen. Mangelsdorf wurde zum prominentesten Opfer. Der Schauprozess endete mit Urteilen von 15 Jahren Zuchthaus für ihn und Silgradt, zehn Jahren für Földner und fünf Jahren für Gassa. 1964 kamen die letzten beiden Verurteilten dieses Prozesses, Mangelsdorf und Silgradt, frei. Von den Verurteilten war tatsächlich nur Werner Mangelsdorf aktiv an der

gescheiterten Revolution im Juni 1953 beteiligt – und zwar in der anhaltinischen Stadt Gommern mit etwa 7000 Einwohnern.

In der östlich von Magdeburg im Kreis Burg gelegenen Kleinstadt erfuhren die Bauarbeiter am Vormittag des 17. Juni 1953 durch Pendler von den Massendemonstrationen und großen Demonstrationen in der Bezirkshauptstadt. Sie begannen ebenfalls zu streiken. Den Bauarbeitern schloss sich schnell der VEB Geologische Bohrungen an. In einer hitzigen Betriebsversammlung forderten mehrere Arbeiter den Sturz der Regierung. Der stellvertretende Werksleiter bat die Beschäftigten, wieder zu arbeiten. Dies geschah aber halbherzig, da er zugleich einen der Hauptredner, den ehemaligen VP-Oberkommissar und nunmehrigen Arbeiter Werner Mangelsdorf, aufforderte, zum „Zwiebelturm“, dem örtlichen Gefängnis, zu marschieren.

Werner Mangelsdorf ist am 8. Dezember 1925 in Schönebeck/Elbe geboren worden. Sein Vater war KPD-Mitglied. Die Eltern hatten fünf Kinder, er war das älteste. Im Frühjahr 1943 erfolgte die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und anschließend im Sommer 1943 zur Wehrmacht. Als Infanterist nahm er am Zweiten Weltkrieg in Italien und Frankreich teil. Am 5. Oktober 1944 geriet er bei Aachen in Gefangenschaft. Zunächst in amerikanischer, dann in britischer Kriegsgefangenschaft, konnte Mangelsdorf im Frühjahr 1948 aus Schottland nach Deutschland zurückkehren.

Werner Mangelsdorf ging in seine Heimat nach Schönebeck zurück und arbeitete zunächst im örtlichen Gerätebaubetrieb als Dreher. Gewillt, den gesellschaftlichen Neuanfang zu unterstützen, trat er 1949 der Volkspolizei bei. Er hoffte zugleich auf eine bessere Bezahlung und Verpflegung bei der Polizei als im zivilen Leben. Bei seiner Kündigung im November 1950 trug er den Dienstgrad Oberkommissar.

Er ging zum Bruder seiner Ehefrau, mit der er seit 1949 verheiratet war und mit der er seit März 1950 eine Tochter hatte, in die Nähe nach Helmstedt, um sich zu erkundigen, ob er nicht im Westen Polizist werden könne. Als ihm bedeutet wurde, dass dies nicht möglich sei, ging er nach Schönebeck zurück. Er arbeitete hier bis Oktober 1952 wiederum als Dreher. Nach einer fristlosen Entlassung fand er als Schlosser Arbeit beim VEB Ausrüstung der geologischen Kommission. Abgesehen von einer kurzzeitigen Tätigkeit in der Betriebsgewerkschaftsleitung war Werner Mangelsdorf politisch nicht aktiv. Er galt als gesellschaftspolitisch unauffällig. Allerdings hatte er zwischen Juni 1952 und April 1953 als Geheimer Informator „Werkzeug“ für das MfS gearbeitet. Die Verbindung brach das MfS ab, weil Mangelsdorf als unzuverlässig und unsicher galt.



Am 17. Juni 1953 initiierte er nun einen Demonstrationszug zum „Zwiebelturm“, dem Gefängnis in Gommern. Es beteiligten sich daran in der kleinen Stadt zwischen 400 und 800 Menschen, in einigen MfS-Dokumenten ist von 3 000 die Rede. Zunächst ging es zur Polizei, wo man die Polizisten zwang, die Waffen abzulegen – diese wurden weggeschlossen – und mitzumarschieren. Anschließend stürmten die Demonstranten das Gefängnis und brachen mit Brechstangen die Zellen auf. Den Bürgermeister erklärte man für abgesetzt. Die Demonstranten bedrängten Mangel, diesen Posten zu übernehmen. Am Nachmittag rückten sowjetische Einheiten an, die aber nicht verhindern konnten, dass die Arbeiter auch am nächsten Tag ihren Streik fortführten. Derweil begann die Polizei nach den „Rädelsführern“ zu fahnden und diese zu verhaften. Mangel flüchtete am 18. Juni mit einem Kollegen, der stellvertretende Werkleiter riet ihm dazu. Bis zum 30. Juni hielt er sich zunächst in Ost-Berlin und in Potsdam versteckt, ehe er die Sektorengrenze nach West-Berlin übertrat.

In West-Berlin zählte Mangel zu jenen geflüchteten Aufstandsteilnehmern und Streikführern, die im Juli 1953 das „Komitee 17. Juni“ gründeten. Erklärtes Ziel des Komitees war es, die Öffentlichkeit über die wahren Gründe, Umstände und Ziele der gescheiterten Revolution aufzuklären, Hinterbliebene und Angehörige von Verhafteten sozial zu betreuen und zu versorgen sowie über das Schicksal von Verurteilten aufzuklären. Wie andere Komiteemitglieder arbeitete Mangel nach eigenen Angaben nicht nur im Komitee mit, sondern auch in einer Reihe anderer antikommunistischer Organisationen, nicht zuletzt für westliche Geheimdienste, im Fall von Mangel einen französischen Dienst. Der Stasi war das Komitee ein besonderer Dorn im Auge, weshalb es versuchte, das Komitee zu zersetzen und in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Beides gelang bis Ende Mai 1954.

Am 19. Oktober 1953 beschloss die Magdeburger Stasi-Bezirksverwaltung, den Fahndungsvorgang „Erle“ auszulösen, um Werner Mangel als Hauptakteur der Unruhen in Gommern festzunehmen. Dem Staatssicherheitsdienst wurde bekannt, dass Mangel nach seiner Flucht Kontakt zu seinem Bruder in Schönebeck pflegte. Er nahm diesen am 3. Dezember 1953 fest. Am 5. Juli 1954 erfolgte die Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus, im November 1957 kam der Bruder auf Bewährung frei.

Bei dessen Vernehmung erfuhr das Sfs (Staatssekretariat für Staatssicherheit, wie die Stasi vom 23.7.1953 bis zum 24.11.1955 hieß) von seiner Verlobten, einer Sekretärin. Sie ist am 14. Dezember 1953 zur Kreisdienststelle Schönebeck vorgeladen worden. Dort eröffnete ihr ein Stasimitarbeiter, dass ihr Verlobter aus der Untersuchungshaft freigelassen würde, wenn sie sich zur geheimen Mitarbeit verpflichten und ihren zukünftigen Schwager Werner Mangel in West-Berlin bewegen könnte, mit der Stasi zusammenzuarbeiten. Vom selben Tag datiert ihre schriftliche Verpflichtungserklärung als GI „Rose“.

Im Auftrag der Stasi fuhr „Rose“ zu Werner Mangel nach West-Berlin. Was die beiden genau besprochen haben, lässt sich nicht belegen. Immerhin überreichte sie der Stasi als Vertrauensbeweis den Komiteeausweis von Mangel im Original. Außerdem übergab er ihr für das Sfs einen handschriftlichen Brief, der mit 20. Dezember 1953 datiert war. Darin brachte er zum Ausdruck, dass er mit der Stasi zusammenarbeiten wolle. Er legte sich den Decknamen „Erwin Stern“ zu.

Als sich „Rose“ und Werner Mangel am 29. Dezember erneut trafen, überredete die Frau ihren zukünftigen Schwager, mit ihr nach Ost-Berlin zu fahren, um einen Stasimitarbeiter zu treffen. Mangel erhielt dort Geld und quit-



tierte mit seinem Decknamen. Die Angaben von Mangelsdorf über das Komitee schienen die bisherigen Erkenntnisse des SfS zu bestätigen, sodass er Vertrauen erweckte. Er übergab auch einen Perspektivplan der MfS-Kreisverwaltung Jena, der bei der Erstürmung der Kreisdienststelle am 17. Juni 1953 „verloren“ gegangen war.

Nach diesem Treffen glaubte der zuständige Stasi-Offizier, Mangelsdorf für eine enge Zusammenarbeit gewinnen zu können. Immerhin hatte er Material in der Hand, mit der die Stasi ihn in West-Berlin leicht denunzieren könnte. Am 8. Januar 1954 übergab Mangelsdorf seiner Schwägerin zwei weitere handschriftliche Berichte. Er selbst kam nicht wie verabredet in den Osten, um keine Aufmerksamkeit zu erregen, da die Übergänge überwacht würden. Am 16. Januar sollte „Rose“ ihn erneut besuchen. Die Stasimitarbeiter waren zufrieden, aber nur einige Tage. Denn am 13. Januar 1954 erregte ein Bericht eines absolut zuverlässigen geheimen Mitarbeiters die Gemüter bei der Stasi. Dieser belegte, dass Mangelsdorf ein falsches Spiel trieb.

Der Spitzel erfuhr von Mangelsdorf, dass dieser mit dem Staatssicherheitsdienst in Verbindung stehe und seine Schwägerin ebenfalls in Schönebeck verpflichtet worden sei. Mangelsdorf erzählte, dass er Bedingungen für eine Zusammenarbeit gestellt habe, die akzeptiert wurden. Er berichtete auch davon, dass er Briefe geschrieben und seinen Komiteeausweis überreicht habe. Weiter erzählte er von

Treffen in Ost-Berlin und dass er eine entscherte Pistole bei sich geführt habe. Auch seine schriftliche Verpflichtungserklärung und die Annahme von Geld verschwieg Mangelsdorf nicht. Entscheidend aber schließlich war, dass er sein gesamtes Vorgehen mit „seiner Spionagestelle“ abgesprochen und ihm diese strengstens untersagt habe, vorerst wieder nach Ost-Berlin zu fahren.

Nach diesen Einlassungen wurde innerhalb des SfS zur Eile gedrängt. Mangelsdorf müsse sofort ausgeschaltet werden, so die Entscheidung. Das nächste Treffen zwischen Mangelsdorf und „Rose“ war für Samstag, den 16. Januar 1954, anberaumt. Mangelsdorf ging zunächst nicht mit in den Osten. SfS-Mitarbeiter erklärten „Rose“ dann im Osten, dass Mangelsdorf ihnen wohl nicht vertraue und sie nun mit seinem Bruder wieder unverrichteter Dinge nach Halle zurückfahren müssten. Die Stasimitarbeiter gaben vor, Werner Mangelsdorfs Bruder freizulassen. „Rose“, wenigstens in dieser Angelegenheit auch vom SfS getäuscht, fuhr zurück nach West-Berlin und erzählte Werner Mangelsdorf von diesem Gespräch. In einem Bericht heißt es lapidar weiter: „Gegen 20 Uhr fuhr die [...] wieder in den Westsektor und kam um 21.15 Uhr mit Mangelsdorf auf dem Bahnhof Friedrichstraße wieder an. Zusammen mit seiner zukünftigen Schwägerin [...] wurde er mittels Pkw nach der Haftanstalt II gebracht.“

Das Beispiel des Polizisten, Arbeiters und MfS-Informanten Werner Mangelsdorf zeigt, dass die Biografien der angeblichen „Rädelsführer“ und „westlichen Agenten“, die hart für ihren Mut büßen mussten, nicht geradlinig auf Widerstand hinführten, sondern der Widerstand sich aufgrund der Lebensumstände Bahn brach. Werner Mangelsdorf starb, von den Haftfolgen gezeichnet, 1977 im Alter von nur 52 Jahren in West-Berlin.

Mauerbau 1961

Die Mauer veränderte vom einen Tag auf den anderen den Alltag vieler Menschen. Direkt betroffen waren nicht nur Männer und Frauen, die nicht mehr ihren Arbeitsplatz erreichten, weil sie im anderen Teil der Stadt wohnten. Gerade jüngere Menschen, die in der DDR und Ost-Berlin wohnten und arbeiteten, aber am bunten Leben West-Berlins teilhatten, sahen sich in ihrer alltäglichen Lebenskultur bedroht. Daraus speiste sich ihr Protest.

Mitten im Krieg 1944 geboren, wuchs Michael Gartenschläger am Rand von Berlin in Strausberg auf. Seine Eltern arbeiteten als Wirtsleute. Nach dem Schulbesuch begann Gartenschläger eine Autoschlosserlehre. In West-Berlin hielt er sich viel auf, besuchte Kinos und Klubs. Als Rock'n'Roll-Fan gründete er eine der damals unzähligen Jugendgruppen. Allein 1959 zerschlug das MfS über 250 sol-

cher „Banden“ mit rund 2 200 Mitgliedern. Gartenschlägers Truppe nannte sich „Ted-Herold-Fangruppe“. Wie fast alle anderen Gruppen waren auch sie gegen das Ulbricht-Regime. Die Polizei verbot sie Anfang 1961. Unmittelbar nach dem Mauerbau zogen Gartenschläger und fünf Freunde los und schrieben Losungen an Häuserwände: „SED – Neel!“, „Kommunisten raus!“ oder „Nazis und Kommunisten raus!“ Um ein Zeichen zu setzen, zündeten sie am 16. August 1961 eine frei stehende Scheune der LPG „Einheit“ an. Das war in den 50er-Jahren eine häufige Widerstandsform, die bislang nicht systematisch erforscht worden ist. Aber es scheint unentwegt irgendwo gebrannt zu haben.

Bereits am 19. August nahm das MfS Gartenschläger und seine Freunde fest, einer von ihnen allerdings hatte sie aus Angst verraten. „Der Staatsmacht kam der Fall gerade recht, um ein Exempel zu statuieren“, schrieb 2006 der Historiker Stefan Wolle. Und fuhr fort: „Gartenschläger und seine Freunde waren wohl das, was man damals in Ost und West ‚Halbstarke‘ nannte. [...] Der Tatbestand der Brandstiftung bediente zudem das Propagandaklischee von den ‚Achtgroschenjungen‘, die aufgehetzt durch den RIAS in der DDR Sabotageakte durchführen sollten, um eine Aggression des westdeutschen Imperialismus vorzubereiten.“ Rasch inszenierte die Staatssicherheit einen öffentlichen Schauprozess, der im NVA-Kulturhaus in Strausberg stattfand. Nach drei Tagen verkündete das Bezirksgericht Frankfurt (Oder) das Urteil: Der 17-jährige Michael Gartenschläger und ein gleichaltriger Jugendlicher erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Die anderen jugendlichen Angeklagten bekamen Haftstrafen zwischen 6 und 15 Jahren. Auch das Leben der meisten Familien der Angeklagten wurde zerstört. Entlassungen, berufliche Herabstufungen, verweigerte Hochschulzulassungen, gesellschaftliche Isolation sind nur einige Stichwörter, die erahnen lassen, was den Eltern und Geschwistern angetan wurde.

Erst nach zehn Jahren Haft, in denen Gartenschläger mehrfach zu fliehen versuchte, mit spektakulären Aktionen Widerstand leistete und jeweils streng bestraft wurde, konnte ihn die Bundesregierung 1971 freikaufen. Während der Haftzeit, schrieb er später auf, sah er ein, dass das Anzünden der Scheune falsch gewesen sei, weil es ein Gewaltakt war. Aber Widerstand gegen das Regime war nicht „nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht“. Die Verhältnisse in der DDR ließen den immer noch jungen Mann nicht in Ruhe. So unterstützte er Fluchtwillige. In 37 Fällen gelang dies, 31 davon waren von Fluchthilfeorganisationen, mit denen Gartenschläger zusammenarbeitete, durchgeführt worden. Aber auch das lief nicht immer problemlos ab. An der Grenze von Rumänien zu Jugoslawien wurde er 1973 mit einem rumänischen Flüchtling in seinem Auto festgenommen

– das Unternehmen war von einem IM des MfS, der im Westen lebte und arbeitete, verraten worden. Gartenschläger flüchtete abenteuerlich. Der ursprüngliche Fluchtversuch mit dem Auto sollte nachgestellt und filmisch aufgenommen werden: Gartenschläger gab Vollgas und durchbrach den Schlagbaum an der Grenze. Er wurde aber in Jugoslawien verhaftet – und entkam dort wieder. Kurz vor der italienischen Grenze wurde er erneut festgenommen, aber nach wenigen Tagen schoben ihn die Jugoslawen ab.

Die SED-Führung behauptete immer wieder, an der innerdeutschen Grenze existierten keine Selbstschussanlagen. Bundesbürger Gartenschläger montierte kurzerhand am 30. März und 23. April 1976 vom Metallgitterzaun auf DDR-Territorium jeweils ein Exemplar dieser SM-70 ab. Diese verschossen, ausgelöst durch einen Draht, scharfkantige Metallteile, die ihre Opfer noch in 25 Meter Entfernung regelrecht zerfetzten. Die Weltpresse hatte eine Sensation. Die SED dementierte umgehend und erklärte, es handele sich bei den SM-70 lediglich um Attrappen. Gartenschläger plante daher eine dritte Aktion. Er wollte eine weitere SM-70 abmontieren und in diesem Zustand, also „scharf“, im Eingangsbereich der Ständigen DDR-Vertretung in Bonn installieren. Wenn, wie behauptet, alles nur Attrappen seien, dürfte sich in der Ständigen Vertretung ja niemand beunruhigt zeigen... Das MfS arbeitete mittlerweile auf Hochtouren. Im unmittelbaren Umfeld Gartenschlägers agierte ein West-IM. Er konnte verraten, dass die Aktion geplant sei, aber nicht wann und nicht genau wo, lediglich der nördliche Grenzbereich (Schleswig-Holstein) war ihm bekannt. Ab 24. April 1976 lauerte dort deshalb eine operative Sondergruppe des MfS (HA I). Als Gartenschläger und zwei Helfer in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai eintrafen und Gartenschläger DDR-Territorium betrat, ist er ohne jede Vorwarnung von Schüssen aus zwei Richtungen regelrecht hingerichtet worden. Als der Bundesgrenzschutz eintraf, war die Leiche bereits verschwunden. Die Beamten konnten nur beobachten, wie das Sonderkommando hektisch alle Spuren zu verwischen suchte. Michael Gartenschläger ist als „unbekannte Wasserleiche“ in Schwerin beerdigt worden.

Keiner der Verantwortlichen im MfS ist jemals für diesen Mord zur Verantwortung gezogen worden. Der Leiter der Hauptabteilung I, Karl Kleinjung, ist nach 2000 ebenso wie andere MfS-Offiziere in verschiedenen Prozessen aus Mangel an Beweisen, dass es einen Mordbefehl gegeben habe, freigesprochen worden. Ein Antrag in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung, eine Straße nach Michael Gartenschläger umzubenennen, ist 2006 in der einstigen NVA-Hochburg mehrheitlich abgelehnt worden.



Prager Frühling 1968

Es schien nur eine kleine Begebenheit zu sein, aber diese beeindruckte Bernd Eisenfeld, wie er erzählte, nachhaltig. Als leidenschaftlicher Schachspieler wollte er 1956 im Alter von 15 Jahren an einem Schachturnier in Erlangen teilnehmen. Die Gäste aus der DDR sollten als Taschengeld 30 DM vom „Kaiser-Ministerium“ – benannt nach Jakob Kaiser, dem ersten Minister des Gesamtdeutschen Ministeriums – erhalten. Dem Falkensteiner Schachverein, dem Eisenfeld angehörte, ist deshalb die Reise in die Bundesrepublik untersagt worden. „Geweint habe ich damals und meine Koffer wieder ausgepackt“, erinnerte sich Bernd Eisenfeld später. Diese Begebenheit habe seinen „Immunisierungsprozess gegen die Partei“ unterstützt. Oft sind es solche scheinbar kleinen Demütigungen, die in Diktaturen Menschen animieren, sich zu wehren.

Bernd Eisenfeld wurde am 9. Januar 1941 mit seinem Zwillingbruder Peter in Falkenstein/Vogtland geboren. Er hat noch zwei ältere Brüder und eine jüngere Schwester. Sein Vater kam im Sommer 1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Hause und wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht anschließend wegen einfacher NSDAP-Mitgliedschaft bis 1948 im Internierungslager Mühlberg eingesperrt. Den Aufstand vom 17. Juni 1953 erlebte Bernd Eisenfeld

als Schüler, die Familie hoffte, dass sich die Lebenssituation verbessern würde. Für ihn bildete sich in dieser Zeit seine Lebensmaxime heraus: „sich selbst treu bleiben“.

Nach einer dreijährigen Lehre zum Bankkaufmann, die er 1958 erfolgreich abschloss, studierte er von 1959 bis 1961 Finanzwirtschaft in Gotha. Vom Elternhaus ist er dazu angehalten worden, „mitzumachen“ und Kritik nicht öffentlich zu artikulieren. Doch die alltäglichen Erfahrungen in der Diktatur, die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 und der ungarischen Revolution von 1956 sowie der Bau der Mauer 1961 erzeugten bei ihm eine offene Ablehnung der SED-Herrschaft. Seit 1964 wandte er sich mit seiner Kritik und seinem Protest mittels Briefen an in- und ausländische Stellen. Mit seinen Schreiben sprach er sich gegen die Mauer und die Teilung Deutschlands aus und forderte demokratische Verhältnisse in der DDR.

1966/67 leistete Bernd Eisenfeld den Dienst als NVA-Bausoldat ab. Dieses System wollte er nicht einmal theoretisch mit der Waffe verteidigen müssen. Er weigerte sich zudem, das Gelöbnis abzulegen.

Eisenfeld, der vor einem marxistisch orientierten Hintergrund argumentierte, sah im jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell eine Alternative zum sowjetkommunistischen System. Er war von Anfang an ein glühender Anhänger des „Prager Frühlings“, den er später einmal als „seinen 17. Juni“ bezeichnete. Mit den Prager Reformkommunisten verband er Hoffnungen auf Freiheit und Demokratie. Bernd Eisenfeld hielt eine Symbiose von Demokratie und Sozialismus für möglich. Dies forderte er für die DDR, weshalb das MfS ihn ab dem Frühjahr 1968 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ bearbeitete.

Der 27-jährige Finanzökonom Bernd Eisenfeld schrieb im Frühjahr 1968 einen Brief an Jugendlradio Prag. Darin hieß es: „Ich bin eifersüchtig und beneide Sie so furchtbar ehrlich, dass ich am liebsten Berlin oder Leipzig in der Rolle des heutigen Prag sehen wollte. Not täte es ohnehin, dass auch Deutschland einmal Geburtshelfer einer positiven Erneuerung des sozialen und demokratischen Fortschritts der Menschen sein würde. [...] Können Sie sich vorstellen, wie es in Deutschland weitergeht, wenn in der DDR so empfunden werden darf wie heute bei Ihnen? Ich bin Optimist. Diesmal marschieren Sie bei uns ein. Ganz anders natürlich als wir es einst taten; friedlich und ausgerüstet mit einem Modell sozial gerechter und sozial freier Gesellschaftsstrukturen, einer wahrhaft sozialistischen! [...] Jetzt, in diesen Tagen, so ist es aber offensichtlich, schlägt das Herz ganz speziell für Sie – nicht ohne Bange, aber auch nicht ohne Hoffnung: ganz gewiss nicht ohne Hoffnung!“

Aus Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR am 21. August 1968 verteilte Eisenfeld am 20. und 21. September 1968 in Halle etwa 180 selbstgefertigte Flugblätter („Denkt bitte nach! Bitte schweigt nicht!“), auf denen er sich mit einem Zitat von Lenin gegen die Invasion aussprach und den Einmarsch als Völkerrechtsbruch scharf attackierte. Hier wird Bernd Eisenfelds oppositionelles Verständnis exemplarisch deutlich: Anders als viele Oppositionelle in dieser Zeit hielt er nichts von konspirativen Zusammenhängen, sondern versuchte, die engen legalen Grenzen so weit wie möglich auszudehnen. Mit einem Lenin-Zitat hoffte er vergebens – wie so viele andere, die die Götter der Herrschenden für ihre Kritik am System benutzten –, glimpflich davonzukommen. Er wollte zugleich mit seinem offen gezeigten Mut und seiner Verantwortungübernahme, mit seiner gelebten Freiheit in der Unfreiheit andere „anstiften“, die Maske fallen zu lassen, nachzudenken, Ich zu sagen und ebenfalls für Demokratie, Freiheit und Einheit öffentlich einzutreten. Am zweiten Tag seiner Flugblattaktion ist er verhaftet und im Februar 1969 zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er saß die volle Zeit bis März 1971 in verschiedenen Gefängnissen ab, darunter die längste Zeit in der Haftvollzugsanstalt Bautzen I (Gelbes Elend), wo er als politischer Häftling mit fünf Kriminellen in einer Zelle eingesperrt war.

Nach seiner Entlassung blieb er im Visier der Stasi. Er stellte unter Berufung auf UNO-Dokumente jährlich zweimal einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik. Seinen eigenen Fall hatte er dokumentiert und 1972 der UNO zukommen lassen. Zudem engagierte er sich in der oppositionellen Bausoldatenbewegung, zu deren Initiatoren er zählte, und im ökumenischen Friedenskreis Halle. Sein Ziel blieb es, seine Gesellschaftskritik in die Gesellschaft zu tragen und damit nicht in kleinen Zirkeln zu verharren. Er stand weiter für die deutsche Einheit ein, womit er sich von den meisten Oppositionellen jener Jahre unterschied.

Im August 1975 konnte Bernd Eisenfeld nach West-Berlin übersiedeln. Er war auch nach seiner Übersiedlung von Zersetzungsmaßnahmen durch das MfS betroffen. So verbreitete das MfS zielgerichtet das Gerücht, dass Eisenfeld ihr Mitarbeiter sei. Dies führte dazu, dass er jahrelang keine feste Anstellung in West-Berlin erhielt. Nach der Revolution von 1989 beteiligte er sich bis zu seinem überraschenden Tod 2010 engagiert an der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Mitte der 70er-Jahre

Die Proteste eines Pfarrers (Brüselwitz), eines kommunistischen Liedermachers (Biermann) und eines marxistisch argumentierenden Abteilungsleiters für Arbeit-

sorganisation im VEB Gummikombinat Berlin (Bahro) hatten das SED-Regime 1976/77 so herausgefordert, dass es vor lauter Selbstüberschätzung völlig überdrehte.

In Jena zum Beispiel führte eine Gruppe um den Diakon Thomas Auerbach eine Unterschriftensammlung durch, um gegen die Ausbürgerung Biermanns zu protestieren. Der 1947 in Leipzig geborene Wehrdiensttotalverweigerer (1966) hatte bereits als Sechsjähriger erleben müssen, wie sein älterer Bruder nach dem 17. Juni 1953 in die Bundesrepublik fliehen musste, um nicht von der Staatsicherheit festgenommen zu werden. Als gelernter Elektromonteur begann er 1967 eine Ausbildung zum Diakon. Ab 1971 arbeitete er als Stadtjugendwart in Jena und öffnete seine Räume für junge, unangepasste Jugendliche. In diesen Jahren begann sich zu formieren, was die neue Jenaer Opposition werden sollte und was für Personen, wie Jürgen Fuchs, Matthias Domaschk (kam 1981 in einer MfS-Untersuchungshaftanstalt ums Leben), Lutz Rathenow oder Siegfried Reiprich, um nur vier bekannte Namen zu nennen, sie hervorbrachte. Auerbach war in den 70er-Jahren das Zentrum dieses Mikrokosmos. Sie protestierten, aber sie hatten vor allem viel Spaß. Auerbachs Motto „Opposition muss Spaß machen“ übertrug sich auf die Szene. Die Geheimpolizei war immer dabei. Dass sie auch Spaß hatte, scheint eher unwahrscheinlich. Da zuvor immer wieder Unterdrückungs- und Zersetzungsmaßnahmen scheiterten, nutzte sie die Chance mit der Unterschriftensammlung. Am 17. November telefonierte Doris Liebermann, die Freundin von Auerbach, mit Jürgen Fuchs, der bei Robert Havemann in Grünheide wohnte. Dieser diktierte ihr den Protestbrief der Künstler. Am 18. November trafen sich über 50 junge Leute in den Räumen der Jungen Gemeinde. Die Erklärung der Künstler wurde verlesen und die Anwesenden beschlossen die Unterschriftenaktion. Ein IM informierte noch nachts die MfS-Kreisdienststelle. Die Geheimpolizei reagierte umgehend – von der Bezirksverwaltung traf morgens um fünf Uhr ein „operativer Einsatzstab“ in Jena ein, ab sechs Uhr begannen die Festnahmen. Insgesamt holte das MfS 40 Personen zu teils mehrtägigen Verhören ab, acht blieben in Haft. Sieben von ihnen wurden im September 1977 nach West-Berlin abgeschoben. Im Weigerungsfall hätten sie mit einer Haftstrafe von bis zu zwölf Jahren rechnen müssen. Thomas Auerbach und die anderen Jenenser blieben auch in West-Berlin im Visier des MfS. Die Jenenser Szene in West-Berlin wuchs in den nächsten Jahren ständig an. Viele von ihnen engagierten sich politisch, eine Reihe zählte zu den wichtigsten Unterstützern der DDR-Opposition in den 80er-Jahren – sie blieben auch im Westen im Visier der Stasi.

Nicht nur Bahro kam wegen eines verfassten Buches ins Gefängnis. Das gab es immer wieder, verhaftete und verurteilte Personen wegen verfasster Artikel oder Bücher. Meist erfuhr die Öffentlichkeit davon nichts. Peter Wulkau etwa ist schon als 21-jähriger Student in einem Gruppenvorgang von der Geheimpolizei überwacht worden. Er wollte eigentlich Staatsbürgerkundelehrer werden. Der „Prager Frühling“ ließ ihn hoffen, seine Niederschlagung zu zweifeln. Die neuen marxistischen Strömungen aber, die von der SED pauschal als „Revisionismus“ bezeichnet und bekämpft wurden, faszinierten ihn. Nun interessierte sich das MfS für ihn. 1970 folgte die systemlogische Zwangsexmatrikulation von der Leipziger Universität. Die Geheimpolizei blieb ihm auf den Fersen. Die Beobachtung verschärfte sich ab 1974 in Magdeburg, wo er jetzt wohnte, unter anderem weil er in einem Arbeitskreis „Marxismus“ ausgerechnet in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) mitarbeitete und mehrere Ausreiseträger stellte. Heimlich schrieb er ein Buchmanuskript. Einen Arbeitskollegen bat er, es in die Bundesrepublik zu bringen. Der Kollege war IM des MfS, dieses erkannte in dem Papierstapel, den der IM pflichtschuldig übergab, „staatsfeindliche Hetze“. Im März 1978 kam Peter Wulkau in Untersuchungshaft, im September verhängte das Bezirksgericht vier Jahre und sechs Monate. Kurz vor Weihnachten 1979 kam er im Zuge einer Amnestie frei. Das MfS beobachtete ihn weiter. Im Juni 1981 durfte er endlich ausreisen.

Ende der DDR

Im Frühsommer 1989 glaubten die meisten bundesdeutschen Kommentatoren und Intellektuellen, dass die DDR „trotz alledem“ stabil sei, obwohl die politische Legitimation des Regimes nun wieder häufiger in Frage gestellt wurde. Kaum jemand, und schon gar nicht in den meinungsbildenden Foren, hinterfragte das kommunistische Macht- und Herrschaftsprinzip. Gorbatschow legitimierte es auch im Westen auf eine neue Weise, die bis heute fortwirkt. Kanzler Kohl, Außenminister Genscher und viele andere sprechen noch immer von ihm, als wäre er jemals demokratisch legitimiert gewesen.

Viele DDR-Menschen entwickelten sich in dieser Phase zu Bürgern, die sich Rechte nahmen, als wären sie staatlich garantiert. Seit Ende 1987/Anfang 1988 schwoll die Zahl der bewussten Bürger in einem Land ohne Bürgerrechte stetig an. Einer von ihnen war der 1967 geborene Martin Rohde.

Rohde wuchs in Berlin-Friedrichshagen am Müggelsee auf, absolvierte dort die 10. Klasse und erlernte den Beruf eines Werkzeugmachers. Er war ein renitenter, aber leistungsstarker Schüler, Mitglied der FDJ und bekleidete in seiner Klasse



FDJ-Funktionen. Seine Eltern waren Physiker, sein Vater agierte in einem Berliner Betrieb als SED-Funktionär. Rohde genoss zu Hause viele Freiheiten, hatte einen breiten Bekanntenkreis und symbolisierte als Jugendlicher schon durch sein Outfit, dass er den Einheitstrott nicht mitmachte. Irgendwie politisch links denkend, standen Partys, Lust und Freude im Mittelpunkt. Politisch und historisch interessiert, las er Tageszeitungen, Bücher und Magazine ebenso, wie er sich allmählich Material aus kirchlichen Gruppen und oppositionelle Samisdat-Produkte besorgte. 1985 trat er aus der FDJ aus, indem er einfach keinen Beitrag mehr bezahlte. Er legte an einer Abendschule Abitur ab und arbeitete ab 1988 als Hausmeister und Kraftfahrer. Im selben Jahr beschloss er, den Wehrdienst total zu verweigern. An den Kommunalwahlen am 7. Mai nahm er nicht teil, beteiligte sich aber an der oppositionellen Wahlüberwachung. In der Nacht vom 1. zum 2. Juli 1989 nahm ihn ein Polizist in Frankfurt (Oder) fest. An verschiedenen Stellen der Oderstadt hatte er großformatig Losungen angemalt: „Herbst in Peking“, „Winter in Berlin“, „Frühling in Moskau“, „RAF Dich auf“, „Wer die Wahl hat, hat die Qual, wer nicht wählt, wird gequält“, „Bei Hager geht's uns mager“, „Peking lebt“, „Die Mauer stirbt“.

Martin Rohde folgte dem Polizisten fast bereitwillig, dachte, man könnte ihn höchstens wegen Sachbeschädigung belangen, und hoffte, sie davon zu überzeugen

zu können, dass er doch Recht habe. Die Vernehmungsprotokolle und Niederschriften von Rohde sind exemplarische Dokumente für Aufrichtigkeit, Mut, Resistenz, Klarsicht – und auch ein bisschen Naivität. In den Vernehmungen entwarf der junge Mann geradezu ein Programm davon, was alles in der DDR geändert werden müsse. Er zeigte sich nicht als Feind sozialistischer Ideen, aber sehr wohl als Gegner des SED-Sozialismus. Rohdes Vernehmer müssen verblüfft gewesen sein, denn ihr Delinquent zeigte sich offen, ehrlich und belastete sich dabei in ihren Augen so unentwegt, dass sie wahrscheinlich gar nicht umhinkamen, über diesen aufrichtigen und intelligenten jungen Mann und seine Ideen nachzudenken. Martin Rohde blieb standhaft, verriet keinen einzigen Namen, nicht einmal die Herkunft von oppositionellen und kirchlichen Materialien, unterschrieb einzelne Protokolle nicht, weil sie seine Aussagen nicht richtig wiedergaben, trat zeitweise in einen Hungerstreik – und litt unter diesen für ihn völlig überraschenden Lebensumständen. Die überlieferten Dokumente sind Zeugnisse individuellen Muts und zugleich Anschauungsmaterial dafür, warum dieses System im Sommer 1989 an sein Ende gelangt war. Vernehmer und Häftling arbeiteten über Wochen fast den gesamten Katalog jener Fragen ab, die kritische Menschen an die DDR-Verhältnisse stellten. Rohde bekannte sich zu den Oppositionsgruppen, nannte Menschenrechtsverletzungen beim Namen und kritisierte die Pressepolitik. Mitte Juli fragte der Vernehmer: „Wie kommen Sie dazu, zu behaupten, dass in der DDR das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht gewährleistet sei?“ Was soll man darauf im Sommer 1989 im Gefängnis antworten? Rohdes Antwort muss wohl auch den Vernehmer entwaffnet haben: „Konkret sehe ich das an meinem eigenen Beispiel, also dass ich mich derzeit in Untersuchungshaft befinde, nur weil ich von meinem verfassungsmäßig garantierten Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht habe, indem ich die mir zur Last gelegten Schriften im Stadtgebiet Frankfurt (Oder) angebracht habe.“ Einen Monat nach seiner Verhaftung schrieb er eine ausführliche Stellungnahme, die einer Grundsatzkritik der DDR gleichkam. Sie endete mit dem Satz: „Ich bereue die Tat als solche, ich kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht meine Meinung bereuen, da ich davon überzeugt bin, dass sie richtig ist.“ Das MfS hat es trotz Einzelhaft nicht geschafft, den jungen Mann zu brechen. Am 22. September 1989 verurteilte das Kreisgericht Frankfurt (Oder) Martin Rohde zu 14 Monaten Gefängnis. Das Arbeitskollektiv, auch das gehört zur Diktaturwirklichkeit, schrieb noch am 20. September, „dass Koll. Rohde für sein Vergehen gerade stehen muss.“ Es erklärte, bereit zu sein, nach Strafverbüßung den Kollegen wieder aufzunehmen „und ihn zu unterstützen, im Kollektiv wieder

festen Fuß zu fassen“. Und nicht untypisch für das Verhalten in jener Zeit war, dass der Direktor im September verkündete, wenn der Rohde zurückkomme, werde er hier nur noch den Hof putzen. Als Martin Rohde dann tatsächlich dem Direktor 1990 gegenüberstand, bezeichnete dieser ihn als „Helden“. Erst kurz vor Weihnachten 1989 kam der politische Häftling Martin Rohde frei. Er fand ein anderes Land vor. Im Februar 1990 drehte der junge Mann einen noch heute bewegenden 17-minütigen Film über seinen „Fall“ an Originalschauplätzen. Am 21. August 1991 rehabilitierte ihn das Bezirksgericht Frankfurt (Oder). Da lebte er bereits zehn Monate in der Schweiz, wo er studierte, eine Familie gründete und als Kunsthistoriker an einer Dissertation zur französischen Erinnerungskultur im 19. Jahrhundert arbeitete. Martin Rohde ist ein Beispiel für Tausende, die noch im Sommer ohne Netz und doppelten Boden für Demokratie und Freiheit eintraten und so ganz unverhofft individuell, aber entscheidend dazu beitrugen, dass die SED-Diktatur beseitigt wurde.

Opposition hatte immer viele, zum Teil widersprüchliche Erscheinungsformen. Gerade mit jüngeren Personen ging die Staatssicherheit in den 80er-Jahren weniger zimperlich um. Die bekannten Oppositionellen standen im Fokus der Aufmerksamkeit, sind rund um die Uhr bewacht und umfangreich zersetzt, zum Teil außer Landes verfrachtet worden. Aber dennoch fürchteten SED und MfS immer wieder die westliche Medienöffentlichkeit. Gerade wegen dieser Reaktionen blieben spektakuläre Zugriffe in den 80er-Jahren eher Ausnahmen. Anders hingegen gingen sie vor, wenn es um in der Öffentlichkeit unbekanntere Personen ging. Wolfram Hasch, der seit seinem 16. Lebensjahr unter MfS-Kontrolle stand, und einige seiner Freunde etwa wurden nur zwei Tage, nachdem Ulrike Poppe und Bärbel Bohley wegen des hohen internationalen Protestes am 24. Januar 1984 aus der Untersuchungshaft entlassen worden waren, in Weimar festgenommen. Sie hatten verschiedene Aktionen unternommen und wollten Flugblätter verteilen, um zum Wahlboykott aufzurufen. Hasch erhielt zweieinhalb Jahre Gefängnis. Schwache westliche Proteste saß die SED-Führung aus. 1985 konnte Hasch nach West-Berlin ausreisen. Im November 1986 ist er erneut festgenommen worden. Mit vier Freunden hatte er auf der westlichen Seite der Mauer begonnen, einen weißen Strich zu malen, um gegen die Mauer und gegen die Umgestaltung der Mauer auf westlicher Seite in eine öffentliche Galerie zu protestieren. Er wurde dabei kurzerhand auf die Ostseite gezogen und erhielt drei Jahre Haft im MfS-Sondergefängnis Bautzen II. Am 18. Juni 1987 fuhr ihn Anwalt Vogel zurück nach West-Berlin – diesmal hatten westliche Proteste sehr geholfen.

Bei Thomas Kretschmer war dies ganz ähnlich. 1973 wollte er in die Bundesrepublik fliehen, wurde festgenommen und erhielt 15 Monate Jugendhaft. Im November 1980 verweigerte er, gerade eingezogen, den Wehrdienst. Nach sechswöchiger Untersuchungshaft und einer Bewährungsstrafe, er hatte die Totalverweigerung zurückgezogen, ist er zu den Bausoldaten gekommen. Dort vertrat er „offensiv seine pazifistische Haltung, propagierte Solidarität mit Solidarnosc und der sich in der DDR entwickelnden Friedensbewegung. Kurz vor Ende seiner anderthalbjährigen Dienstzeit wurde er deshalb Anfang 1982 erneut verhaftet, ins Untersuchungsgefängnis des MfS nach Berlin gebracht und im Herbst 1982 zu viereinhalb Jahren verurteilt.“ Im Juli 1985 kam er vorzeitig frei – amnesty international hatte ihn zum „Gefangenen des Jahres“ erklärt.

Einer der letzten aus politischen Gründen Verurteilten war der erwähnte Martin Rohde. Für ihn wurde die Revolution zu einer doppelten Befreiung: Im Dezember kam er wirklich frei.

Schlussbetrachtung

Was ich hier andeutete, hörte für die meisten nach dem Mauerdurchbruch und der Wiedervereinigung nicht auf. Der demokratische Rechtsstaat verfügt nur über unzureichende Mittel, begangenes Unrecht einer Diktatur auch nur annähernd zu rehabilitieren, wiedergutzumachen. Das haben wir in Deutschland seit 1990 schmerzvoll erfahren müssen. Die Biografien vieler in der DDR verfolgter, verhafteter, verurteilter Menschen erfuhren neue Brüche. In den 90er-Jahren lernte ich zum Beispiel einen Mann kennen, der wegen seiner Beteiligung am 17. Juni 1953 von den Russen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist. Er kam 1960 frei. Am Vorabend seiner Hochzeit wenige Jahre später erzählte er seiner künftigen Ehefrau von seiner Vergangenheit – sie beschlossen beide, ihren Kindern niemals davon zu erzählen, um diese nicht in Gewissensnöte zu bringen. Tatsächlich erzählte der Mann seinen beiden erwachsenen Kindern von seiner Haftzeit erst nach 1990. Sein Sohn war stolz auf ihn, bewunderte seinen Vater als Widerstandskämpfer, als Helden. Seine Tochter – verheiratet mit einem extrem systemtreuen Mann – wandte sich entsetzt von ihrem angeblich kriminellen Vater ab und hat mit ihm bis zu dessen Tod nie wieder ein Wort gesprochen.

Wir können die einstigen Widerständler und Oppositionellen materiell nicht angemessen rehabilitieren, wenn es auch weitaus angemessener möglich wäre, als es die augenblickliche Rechtslage zugestehen will. Was wir aber können, ist die Erinnerung an solche Menschen wachzuhalten, an die kommenden Generationen

weiterzugeben, ihnen so Erinnerungsdenkmäler zu bauen, ohne Steine und Mörtel bemühen zu müssen.

Nicht zuletzt vor dem aktuellen Zustand Europas dürfte es hilfreich sein, darauf hinzuweisen, dass Krisen keine typische Erscheinung unserer Gegenwart sind. Charakteristisch war immer, sich dagegen zu wehren, sich einzusetzen, ohne zu fragen, was am Ende dabei herauskommt. In solchen Perspektiven, die die Geschichte „randvoll“ machen, wird die Gegenwart vielleicht nicht besser, aber unter Umständen zukunftsfruchtiger.



Podiumsdiskussion

Diktatur im Alltag und die Handlungsoptionen Einzelner

WOLFGANG TIEFENSEE, MARIANNE BIRTHLER, LUTZ RATHENOW
 Moderation: JACQUELINE BOYSEN

JACQUELINE BOYSEN: Schön, dass Sie so zahlreich hier nach Bautzen gekommen sind. Wir greifen den 17. Juni auf. Es mag Sie vielleicht erstaunen, dass wir das mit einem Podium von Menschen tun, die in den Jahren 1955, 1952 und 1948 geboren sind. Viele von Ihnen, den Damen und Herren im Publikum, würden sich als Zeitzeugen eher anbieten. Wir wollen aber darüber reden, wie der 17. Juni nachwirkt und welche Prägungen es gab. Insofern trägt auch dieses Podium nicht die Überschrift „Wie erinnern wir den 17. Juni?“ – eine Frage, die wir gleichwohl aufgreifen werden. Sondern wir wollen uns mit Diktatur im Alltag und dem Alltag in der Diktatur auseinandersetzen und dem Phänomen, wie der Einzelne eigentlich Handlungsspielräume erspürt und Handlungsfelder für sich entdeckt, die ihm der Staat offiziell gar nicht offenhält. Wie stellt man Fragen, die gegen den Mainstream laufen, wie behauptet man sich gegen die Mehrheits-

meinung und gegen das, was staatlich gewünscht ist? Mit diesen Fragen werden wir uns auf diesem ersten Podium beschäftigen.

In seinem Einleitungsvortrag hat Ilko-Sascha Kowalczyk uns mit seiner eindrucksvollen Schilderung von Biografien deutlich gemacht, wie viel Geschichte aus Lebensläufen abzulesen ist. Über das Leben in der Diktatur und über die Frage, welche Handlungsspielräume es gibt und wie man sie ergreift, sie ausnutzt und an welche Grenzen man stößt. Diese Fragen werden wir mit den drei Zeitzeugen auf dem Podium jetzt auch aufgreifen. Marianne BIRTHLER hat sogar eine eigene Erinnerung an den 17. Juni 1953, vermutlich mischt sich diese mit dem, was ihre Familie berichtet hat. Welche Erinnerung ist das, Frau BIRTHLER?

MARIANNE BIRTHLER: Ich war 1953 fünf Jahre alt. Wir wohnten in Berlin, 300 Meter von der Oberbaumbrücke entfernt. Fünfjährige Kinder verstehen nichts von Politik, auch nicht von Aufständen, aber sie haben aus Überlebensgründen ein sehr feines Sensorium dafür, wie es den Eltern geht, was die sagen und was die fühlen. Ich erinnere mich daran, dass irgendwie so eine hoffnungsvolle Stimmung war von „Jetzt wird alles anders“. Dann kam der 17. Juni und ich erinnere mich an einen zornigen Vater, der in der Wohnung hin und her lief und auf den Balkon lief und nach meiner Mutter Ausschau hielt, die immer noch nicht zu Hause war, obwohl Sperrstunde war. Irgendwann kam sie dann und ich habe als Kind nicht verstanden, warum er ihr eine Szene machte, anstatt sie freudig in die Arme zu schließen.

Am Beispiel dieser Geschichte habe ich etwas über mein Erinnerungsvermögen gelernt. Ich habe bestimmt nicht nur einmal bei verschiedenen Gelegenheiten erzählt, wie ich als Fünfjährige in der Warschauer Straße auf dem Balkon stand und unten die Panzer mit viel Lärm vorbeifuhren. Denn ich hatte die Erinnerung ja sehr plastisch vor meinem inneren Auge. Bis diese Geschichte eines Tages meinem Freund und Kollegen Ilko-Sascha Kowalczyk zu Ohren kam und er sagte, dass da gar keine Panzer langgefahren sind. Erwiesen ist das bis heute noch nicht, aber es scheint so zu sein, dass ich diese Erinnerung „montiert“ habe. Natürlich habe ich bei anderen Gelegenheiten Panzer gesehen, laute Panzer, die mir auch Angst gemacht haben. Meine Mutter hat mir auch immer deutlich gemacht, dass Panzer etwas Schreckliches sind. Und dazu noch diese bedrohliche Situation zu Hause. Einiges spricht also dafür, dass ich in meinem kindlichen Gedächtnis zwei Erinnerungen zu einer gemacht habe. Das ist nicht strafbar und zulässig ist es auch, aber ich habe daraus natürlich gelernt, dass ich nicht nur den Erinnerungen anderer, sondern auch meinen eigenen Erinnerungen gegenüber sehr vorsichtig sein sollte. Ich behaupte seitdem nicht mehr, etwas sei so und so

gewesen, sondern ich sage, woran ich mich erinnere. Dann bin ich auf der sicheren Seite.

BOYSEN: Eine persönliche Erinnerung, gemischt mit dem, was Sie gelesen und gehört haben, was Bilder transportiert, die im Kopf bleiben, die haben auch Sie, Herr Rathenow. Wie wurde in Ihrer Familie über den 17. Juni gesprochen? Wie haben Sie ihn erlebt? Und was gibt Ihre Erinnerung her?

LUTZ RATHENOW: Also für meine eigentliche Erinnerung als Einjähriger beanspruche ich nicht das Wort vom unmittelbaren Zeitzeugen. Es wurde im Grunde sehr wenig ausführlich analytisch, diskutierend darüber gesprochen und sehr oft wurde das Thema auf Gängen über den Ostfriedhof angesprochen. Dort führte meine Mutter mich beim Besuch von Verwandten am Grab des in Jena von der sowjetischen Armee Erschossenen vorbei und erklärte, so ist das eben, wenn du das und das machst, wirst du eben erschossen. Sie würzte das damals noch mit dem Kommentar, bei den Kommunisten ist es schlimmer als bei den Nazis. Das hat sie dann später wieder zurückgenommen, auch da gab es eine Veränderung in ihrer Haltung.

Dann gab es den 17. Juni immer wieder als Bezugsrahmen, der so in Diskussionen hineinsplitterte. Am stärksten nach meinem Rausschmiss von der Universität, als ich ein halbes Jahr Transporthilfsarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena war. Ich wurde vom Vater einer ehemaligen Freundin begrüßt: Willkommen in der herrschenden Klasse. Da seid ihr ja ganz schön weit gekommen mit euerm Stänkern. Wärt ihr noch weiter gekommen, wären die Panzer aufgefahren und sie hätten euch erschossen. In der kurzen Zeit habe ich die Einführung des Mixkaffees erlebt, die Kaffeekrise in der DDR. Zwei Tage wurde faktisch gestreikt. Es wurde natürlich nicht gestreikt, da Streik verboten ist, wie mir mehrere sagten. Da Streik also verboten ist und wir keinen Kaffee bekommen, können wir eben nicht arbeiten, und man ließ etwas fallen. Ich habe im Fahrstuhl den Dialog zwischen zwei Arbeitern über mögliche Durchfahrtrouten von Panzern nach heutigen Straßenverhältnissen unter Berücksichtigung von Baustellen, die als Panzersperren wirken würden, erlebt – zwischen Ironie und Ernst. Der 17. Juni war eine Folie, die die ganze Zeit nachwirkte, jedenfalls in Jena.

BOYSEN: Herr Tiefensee, Sie können keine eigene Anschauung mitbringen, weil Sie zu den Nachgeborenen zählen. Wie wirkte der 17. Juni in den Erzählungen Ihrer Familie in Leipzig nach?

WOLFGANG TIEFENSEE: Ich kann als Nachgeborener, Jahrgang 1955, nicht mit einer Erinnerung aufwarten. Ich erinnere mich nicht, dass der 17. Juni explizit im Elternhaus eine Rolle gespielt hat. Ich weiß aber, dass natürlich immer die Dis-



kussion im Gange war, wie gehen wir mit dem Regime um, wie grenzen wir uns ab, inwieweit lassen wir uns ein, wie beurteilen wir die Handlung derjenigen, die als Freunde und Bekannte sich anders entschieden haben. Das war also ständiges Thema. Ich weiß, dass die erste Diskussion, die ich noch im Kopf habe – und ich gebe Frau Birthler recht, dass man nie so genau weiß, ob die Erinnerung einen nicht trügt –, die Diskussion 1968 zum Abriss der Universitätskirche in Leipzig war. Da war ich 13 Jahre alt und saß im Klassenzimmer der Goetheschule unweit des damaligen Karl-Marx-Platzes. Ich wurde von meinen Eltern darauf aufmerksam gemacht, dass an diesem Tag etwas Schlimmes, Kulturbarbarisches in der Stadt Leipzig passieren wird, und ich habe den Knall von der Sprengung noch im Ohr. Diesen Moment, ich sehe mich fast noch sitzen – vielleicht ist das auch bloß Einbildung –, habe ich noch innerlich vor Augen. Später dann beim Bachwettbewerb das Ausrollen dieses Plakats „Wir fordern Wiederaufbau der Universitätskirche“. Wie sich später herausstellte, hat sich der Kantor und Organist Kurt Grahl, der damals den Bachpreis für Improvisation erhielt und für mein späteres Leben übrigens eine ganz wichtige Persönlichkeit war, mit seiner Kraft auch gegen dieses Regime gewandt, und da schloss sich der Kreis wieder. Das ist also meine erste Erinnerung an ein politisches Ereignis von Tragweite.

BOYSEN: Ich will mich auch nicht nur mit der Erinnerung an den Tag 1953 und der Symbolik aufhalten. Sie stammen aus einer katholischen Familie in Leipzig. Sie haben sich dagegen entschieden, Mitglied der Jungen Pioniere und der FDJ zu werden, und haben nicht an der Jugendweihe teilgenommen. Können Sie beschreiben, wie Sie sich als Kind und Jugendlicher von der staatlich gelenkten Mehrheitsgesellschaft abgesetzt haben?

TIEFENSEE: Zunächst eine Korrektur zu dem katholischen Elternhaus. Das Spannende war, dass meine Mutter sehr katholisch war, mein Vater aber war zusammen mit seinem Vater nach dem Krieg aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Sie können sich denken, dass es spannende Diskussionen gab, weil mein Vater mit Freude und Genuss die Bibel las und die Widersprüche und Ungeheimheiten, die sich in der Wirklichkeit widerspiegelten, thematisierte. Wir haben also über Gott und die Welt im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur geredet, sondern auch gestritten. Diese Entscheidung, nicht zu den Pionieren zu gehen, ist keine eigene Entscheidung gewesen, da ist man noch relativ klein. Aber später dann, nicht in die FDJ und dann zu den Bausoldaten zu gehen, das ist eigentlich aus drei Quellen gespeist.

Zum einen aus dem Elternhaus. Ich glaube, dass tief im Gedächtnis, im Gefühl, im politischen Denken meiner Eltern verwurzelt war, was sie im Zweiten Weltkrieg erlebt hatten. Diese Zwangsmitgliedschaften und alles, was daraus gefolgt ist. Und wir alle wissen, dass viele der Umgehensweisen bei den Jungen Pionieren und der FDJ ja ähnlich waren, wenn auch mit anderer ideologischer Ausrichtung. Die zweite Quelle ist natürlich die katholische Kirche, die ja wie ein geschützter Raum Gelegenheit geboten hat, sich politisch zu bilden bzw. Diskussionen zu betreiben. Die evangelische und die katholische Kirche haben ja unterschiedliche Umgehensweisen mit dem Regime gehabt. Die evangelische Kirche hat – wir haben es jetzt unlängst wieder in Bezug auf den Vater von Angela Merkel gelesen – die Überschrift „Kirche im Sozialismus“ geprägt. Ich dagegen bin mit der Überschrift „Überwintern“ erzogen worden. Ich wurde erzogen: Wolfgang, das wird vorbei gehen, wappne dich für die Zeit danach. Und während dieser Zeit, passe Dich nicht an. Und die dritte Quelle sind meine Verwandten in Westdeutschland. Die Geschwister meiner Mutter waren dort und waren relativ oft da. Dieses Spannungsverhältnis können Sie sich sehr gut vorstellen, aus der freien Welt in die Diktatur. Und auch diese Diskussionen waren sehr spannend. Die Leipziger Messe war ein Pool, wo ganz unterschiedliche, interessante Leute nach Leipzig kamen, und das habe ich natürlich auch genutzt.

BOYSEN: Die von Ihnen erwähnte Theorie von der „Kirche im Sozialismus“, das

sollten wir dazusagen, war keinesfalls durchgängig innerhalb der evangelischen Kirche verbreitet oder akzeptiert, wenngleich sie von evangelischen Theologen erdacht wurde. Frau BIRTHLER, wie war es bei Ihnen? Sind Sie aus eigenem Antrieb aus der FDJ ausgetreten?

BIRTHLER: Es war alles viel komplizierter. Zuerst durfte ich nicht zu den Pionieren, worunter ich sehr gelitten habe. Nicht aus Überzeugung, sondern weil ich so gern wie die anderen Kinder sein wollte. Irgendwann hat meine Mutter entnervt aufgegeben, da war ich in der vierten oder fünften Klasse, und ich durfte Pionier werden. Damit war der Fall für mich erledigt. Ich habe dann auch nie ein Halstuch getragen, aber ich war endlich wie alle anderen. In der neunten Klasse, mit 16, bin ich tatsächlich aus der FDJ ausgetreten. Das war ziemlich dramatisch, da wurde wirklich ein Exempel statuiert und es gab große Aussprachen. Daraus wird jetzt manchmal eine frühe Widerstandsgeschichte konstruiert. Aber ich selber erzähle diese Geschichte nie, ohne zu sagen, dass ich ein paar Jahre später wieder eingetreten bin. Das war auch nicht inhaltlich begründet. Ich arbeitete da schon im Außenhandel, meine Kollegen hatten ein Jugendkollektiv gegründet und irgendwie störte es, dass da eine nicht in der FDJ war. Und dann habe ich gesagt, na gut. Ich will damit eigentlich nur andeuten, dass ein Leben sehr unterschiedlich verläuft und manchmal auch Widersprüche vorhanden sind, die sich gar nicht so richtig miteinander verbinden lassen.

Das passt auch ein bisschen zu dem, was ich an meiner Mutter erlebt habe. Mein Vater ist gestorben, als ich noch sehr jung war, deswegen spreche ich in diesem Zusammenhang immer nur von ihr. Sie war in ihren Überzeugungen eigentlich ganz klar. Bei uns wäre der Rost aus dem Fernseher gerieselst, wenn wir auf den Osten umgeschaltet hätten – haben wir aber nicht. Als Willy Brandt Bundeskanzler wurde, hat sie eine Flasche Sekt aufgemacht. Aber sie hatte immer Angst, dass ich mir meine Zukunft verderbe, indem ich zu viel sage oder etwas an der falschen Stelle sage.

Gleichzeitig erzählte sie uns aber auch, dass sie immer darunter gelitten hat, in der Nazizeit nicht den Mund aufgemacht zu haben. Sie war also in gewisser Weise unentschieden. In ihrer Meinung klar, aber in ihrer Haltung unsicher. Sie sagte dann manchmal, dass sie viel zu feige war, um etwas zu sagen. Ich habe ihr das nie übel genommen, im Gegenteil, wir haben es ihr eigentlich hoch angerechnet, dass sie wenigstens ehrlich damit umgegangen ist, auch mit ihrer Scham. Und irgendwie kommt es mir vor, als hätte sie meine Schwester und mich mit dieser eingestandenen Schwäche stärker gemacht. Weil dieses Eingeständnis ehrlich war, und obwohl sie, was Zivilcourage und Mut betraf, überhaupt kein Vorbild war.



Aber auch Ehrlichkeit hat eine starke Wirkung, auch wenn man ehrlich zu Schwächen steht. Das kann eine starke Wirkung auf die eigenen Kinder haben.

BOYSEN: Um einen Zeitsprung zu vermeiden – sonst würde sich natürlich die Frage anbieten, wie Ihre Mutter später darauf reagiert hat, als Sie wirklich in die Opposition gingen –, möchte ich zuerst Herrn Rathenow nach seinem Weg zwischen Anpassung und Resistenz befragen: Sie haben ein Studium mit dem Ziel begonnen, Lehrer für Deutsch und Geschichte zu werden. Das klingt jetzt nicht so, als hätten Sie sich in diesem frühen Lebensstadium schon an der DDR gestört oder an der Obrigkeit geirrt?

RATHENOW: Ach, gestört hat sie mich eigentlich immer. Die Frage ist nur, um im Nachhinein nicht irgendwelche linearen Heldengeschichten zu projizieren, aus welchen Motiven und welchen Umständen. Die Familiensituation war so ähnlich wie bei Marianne Birthler, nur noch verschärfter. Kirche spielte gar keine Rolle. Meine Mutter war immer mal wieder der Meinung, man müsse meinen Vater und andere Genossen aufhängen. Oder sie machte sich große Vorwürfe, nicht rechtzeitig in den Westen geflohen zu sein. Was sie aber nicht hinderte, dann zur Parteileitung des Betriebes – mein Vater war als Direktor der Verkehrsbetriebe in der SED – zu gehen, als mein Vater auf der Parteischule eine außereheliche Affäre hatte. Die Konflikte waren dramatisch.

In der Straße, in der ich lebte, hat sich jemand aus politischen Gründen das Leben genommen, es gab Fluchtversuche, Verhaftungen, eine Kette von politischen Punkten, die es mir nicht ermöglichten, einfach in so einem Kokon aufzuwachsen, der sich von all dem fernhalten konnte. Ich gründete mit 16 die „Black Panther Party Jena“, weil ich Farbige für bessere Menschen hielt. Meinen Lehrern gegenüber forderte ich den Atomkrieg gegen die USA und die Aufhebung des Staatsbürgerkundeunterrichts. Die Lehrer sollten sich freiwillig für Vietnam melden, um dort gegen den amerikanischen Aggressor zu kämpfen. Gleichzeitig habe ich ständig mit den Lehrern gestritten, versucht, die politische Fassade zu durchlöchern, richtige Fragen zu stellen, und all das inspiriert vom Westfernsehen und von Westrundfunksendungen. Che Guevara und Rudi Dutschke waren für uns vertraute Größen. In der Literatur waren das Solschenizyn und andere bürgerliche Denker.

Lehrer wollte ich nur werden, weil mein Notendurchschnitt zu schlecht war und ich nichts Besseres hätte studieren können. Ich hätte noch Offizier werden können, das konnte jeder werden, der dazu bereit war. Das wollte ich nicht, die Armee war für mich ein wirklicher Schock. Während meines Jahrs als Grenzsoldat hatte ich das Gefühl, hier kannst du schuldig werden. Auch wenn ich kein Pazifist war. Darüber habe ich in zwei Büchern geschrieben, das ist ein extra Thema.

Ja, ich war dreieinhalb Jahre Student, drei Jahre ging es um meinen Rauschmiss und den anderer Kommilitonen. Das war eine sehr lebendige Zeit, in der ich viel außerhalb des Studiums machte. Ich habe zum Beispiel den Arbeitskreis „Literatur und Lyrik“ gegründet, der verboten wurde. Ich hatte Kontakte zu Jürgen Fuchs, Robert Havemann, Wolf Biermann. In der Zeit war viel los in Jena. Und am Rande war ich auch noch Student. Irgendwann wurde die Reißleine gezogen, und zwar durch eine Festnahme 1976, im Rahmen der Ausbürgerung, wo 50 Jenaer zeitweilig festgenommen wurden: 30 Stunden Verhör – das war meine erste wissentliche Begegnung mit der Staatssicherheit. Viele Sachen waren noch beschlagnahmt vom MfS, es gab vier Vernehmungen, die in Anwerbesprachen mündeten – bis ich endlich den Mut hatte, Nein zu sagen. Sie saßen noch ein paar Mal im Auto vor der Tür und diese Episode ging fließend in eine oppositionelle Tätigkeit über.

BOYSEN: Jetzt sind Sie im Schnelldurchlauf durch diese Zeit gerast. Ich würde gern noch einmal den Rückwärtsgang einlegen. Wir wollen im Rückblick tatsächlich keine Helden kreieren, aber doch rekonstruieren, was Sie damals als jungen Mann bewog, was Sinn und Zweck der Gründung des Arbeitskreises „Literatur

und Lyrik“ war. Wollten Sie für sich und Ihre Mitstreiter einen Raum schaffen, in dem Sie sich frei bewegen konnten? Oder wollten Sie darüber hinaus etwas erreichen, Denkanstöße geben? Können Sie sich daran erinnern?

RATHENOW: Sehr gut. Vielleicht kann ich mich überhaupt aus der Distanz, seit ich nicht mehr in Jena wohne, wieder besser daran erinnern. Das Grundmotiv vieler Lehrlinge – es waren vorwiegend junge Arbeiter und kaum Studenten – war, Zonen des freien Denkens und aktiven Handelns zu finden. Wir haben auch Lehrlinge rausgeklingelt und gesagt, unten ist in einer Stunde Lesung, da hat dann jemand Wolf-Biermann-Lieder abgespielt. Bernd Makowski hat sie abgespielt, ich hätte mich das nicht getraut als Student, aber ich habe es als Leiter des Arbeitskreises nicht verhindert. Und da haben wir die Lehrlinge sozusagen genötigt, eigene, nicht immer geglückte, Gedichte und erschienene kritische Texte, gemixt mit ein paar verbotenen Texten anzuhören.

Das ging zwei Jahre mit vielen Auseinandersetzungen gar nicht so schlecht, wir wurden nicht gleich verboten. Wir wurden sogar etwas gefördert, bis dann allerdings die Repression – Staatssicherheit, operativer Vorgang, Rausschmiss von der Uni, individuelle Maßnahmen gegen die Einzelnen – einsetzte. Und letztlich spielten diese Gruppen und Kreise, die es parallel in der Stadt gab und die zum Teil auch gegeneinander arbeiteten – eine große Rolle. Sonst hätte es 1976 nicht 50 Hausdurchsuchungen und Festnahmen auf einmal gegeben. Die offene Jugendarbeit war dort ganz wichtig, und als 1976 Biermann ausgebürgert worden ist, haben sie dort Unterschriften gegen seine Ausbürgerung gesammelt. Ziemlich viele Leute auch in den Betrieben hatten schon unterschrieben. Es wäre eine Situation entstanden, wo es mehr Unterschriften gegen die Ausbürgerung als dafür gegeben hätte.

Damit war für wenige Tage faktisch ein Ausnahmezustand da: Taxifahrer wurden nach Hause geschickt. Die Staatssicherheit übernahm im innerstädtischen Bereich den Taxiverkehr und patrouillierte durch die Straßen, um einige Wohnungen ständig unter Observation zu halten, damit Leute nicht miteinander kommunizierten. Diese Situationen habe ich damals in Jena in einer Schärfe erlebt, wie ich sie so später in der DDR nie wieder erfuhr.

BOYSEN: Herr Tiefensee, Herr Rathenow hat davon gesprochen, dass er bei der NVA war. Sie waren Bausoldat, haben sich dem Dienst an der Waffe verweigert. Können Sie sich an Ihre Motive erinnern? War es Ausdruck Ihrer persönlichen Haltung in einer grundsätzlichen Frage oder wollten Sie darüber hinaus auch ein Signal für Gleichaltrige setzen?

TIEFENSEE: Die Entscheidung, den Dienst an der Waffe zu verweigern, ist

eigentlich auf einer Linie mit dem, was wir vorhin angesprochen haben. Also nicht zu den Pionieren und zur FDJ zu gehen, keine Jugendweihe abzulegen. Der Hintergedanke war ganz stark durch das Elternhaus und durch starke Persönlichkeiten im kirchlichen Raum in Leipzig geprägt. Der Grundgedanke war eigentlich immer wieder: Wie kann man mit eigener Stärke, mit geradem Rückgrat dem Regime deutlich machen, dass man widerständig ist, dass man die Auffassung nicht teilt, vor allem, dass man sich die Unfreiheit und letztlich diese Diktatur nicht gefallen lässt.

Mir war von Anfang an klar, dass das Konsequenzen hat. Zum Beispiel, dass es im beruflichen Leben keine Karriere geben wird, dass es mit einem Studium schwierig sein wird. Das alles war einem bewusst. Ich darf kurz die Geschichte meiner kleinen Schwester erzählen, die acht Jahre jünger als ich ist. Ich war so alt, um miterleben zu können, wie das an der Universität Leipzig gelaufen ist. Wir waren in diesem Verwaltungstrakt, der mittlerweile abgerissen ist, bei einer Prorektorin eingeladen. Die haben gesagt: Fräulein Tiefensee, wir haben hier den Antrag zur Mitgliedschaft in der FDJ. Wenn Sie hier unterschreiben, kriegen Sie Ihr Veterinärmedizinstudium. Sie hatte 1,0. Und das Liebste, das Beste, was sie sich im Leben erträumte, war dieses Studium. Und sie, damals 14 Jahre alt, hat gesagt: Nein, ich lasse mich nicht kaufen. Entweder ich mache das Veterinärmedizinstudium ohne FDJ oder ich mache es nicht. Dann ist sie auf der Hacke umgedreht und rausgegangen.

So kenne ich das auch von mir. Die Entscheidung, nicht normal zur NVA zu gehen, ist aus einer ganz langen und intensiven Diskussion über den Pazifismus gewachsen. Denn hier spielte jetzt noch eine andere Seite eine Rolle. Nicht nur die Regimekritik, sondern auch die Frage, wie gehen wir eigentlich mit Gewalt um und gibt es eine gerechte Gewalt. Nach vielen Diskussionen habe ich mich dann entschieden, den Dienst an der Waffe zu verweigern. Und ich hatte das große Glück, einer der wenigen zu sein, die schon mit 20 Jahren zu den Bausoldaten eingezogen wurden. Normalerweise wurde man mit 26 eingezogen, man hatte Familie und Kinder oder steckte mitten im Studium. Und gerade dann, wenn es überhaupt nicht passte, schlug die NVA zu.

Die Ironie der Geschichte war, dass ich zuvor keinen Studienplatz bekommen hatte, die Bewerbung aus dem Bausoldatenstatus heraus hat in Görlitz aber Erfolg gehabt. Görlitz suchte händeringend Studenten und machte sogar eine Armee-Klasse auf. Wir sind also etwas später eingestiegen. Und da hat man sogar den Kerl genommen, der bei den Bausoldaten war und keine FDJ und nichts hatte. Das ist dann wieder die Ironie des Schicksals, dass ich Ingenieur für industrielle



Elektronik studieren konnte, obwohl eigentlich jeglicher Makel an mir haftete, der dazu geführt hätte, es nicht zu werden.

BOYSEN: Wurde Ihnen Ihre Vergangenheit als Bausoldat irgendwann einmal zum Nachteil?

TIEFENSEE: Nein. Der Schritt ging dann konsequent zum Studium weiter. Vielleicht darf ich aber noch eine ganz witzige Geschichte einfügen, weil sie so wunderbar die DDR-Verhältnisse beschreibt. Nämlich, wie ich zum Abitur gekommen bin. Denn ich bin das einzige der vier Tiefensee-Kinder, das auf die Erweiterte Oberschule durfte. Mein großer Bruder war ein Genie, er hatte 1,0 und war bei der Mathematikolympiade. Der wurde natürlich vom Direktor Rausch auf die EOS delegiert. Da kriegte der Direktor furchtbar eins auf die Mütze, wie er denn den Eberhard zum Abitur schicken könne, wo der doch keine FDJ, keine Jugendweihe und nichts hätte. Dann zog der wieder zurück und Eberhard durfte nicht studieren.

Jetzt kam der zweite, Wolfgang, hatte nicht ganz so gute Leistungen, 1,7. Rausch hatte gelernt: nicht FDJ, nicht Jugendweihe, darf nicht auf die EOS. Also hat er das abgelehnt. Nun kriegte er von der Stadtschulrätin wieder furchtbar eins auf die Mütze, wieso Wolfgang denn nicht auf die EOS geschickt würde, der hätte

doch gerade als Schüler den Bachpreis der Stadt Leipzig auf dem Cello errungen, sei ein hoffnungsvolles Talent und müsse doch unbedingt Musik studieren. Und der Rausch wusste wieder nicht, wie die Welt zusammenhängt. Auf diese Art und Weise, nur durch das Cello-Spielen, bin ich überhaupt auf die Erweiterte Oberschule gekommen. Von 1 000 Schülern gab es zwei, die diesen Makel des Nicht-FDJ-Mitglieds besaßen. Und wir haben damals die Schule – eine sehr rote Schule – auch kräftig aufgemischt.

BOYSEN: Frau Birthler, Sie haben zunächst im Außenhandel der DDR gearbeitet. Dann kam ein Punkt, an dem Sie sich total umentschieden haben. Wie kam das? Und wie kam es dann dazu, dass Sie eine Fernausbildung zur Katechetin absolviert und sich vom Außenhandel in einen ganz anderen Sektor bewegt haben?

BIRTHLER: Ich bin Ihnen ganz dankbar für das Stichwort „Punkt“. Den gab es nämlich nicht. Und wenn ich das richtig sehe, gab es ihn auch bei niemand anderem bei meinen politischen Freundinnen und Freunden. Dass irgendjemand nach einer durchwachten Nacht voller Gedanken aufgestanden wäre und gesagt hätte: Ab heute bin ich Dissident.

BOYSEN: Das würde uns auch alle wundern, wenn es so wäre.

BIRTHLER: Irgendwann habe ich mal angefangen, mich dafür zu interessieren, und habe einige meiner Freunde gefragt, wie sie Oppositionelle wurden. Mir scheint, dass das ein sehr langwieriger und widersprüchlicher Prozess ist. Wenn alles gut geht, fängt es damit an, dass jemand an irgendeinem beliebigen Punkt damit beginnt, die eigene Würde und Integrität zu verteidigen und zu sagen: Nicht mit mir! Dass dieses oder jenes mit mir geschieht, lasse ich nicht zu. Die interessante Frage dabei ist, was jemanden dazu befähigt, sich so zu verhalten.

Gerhard Schöne hat einmal ein Lied über einen jungen Mann gemacht, der eigentlich kein anderes Interesse hatte, als die Kröten zu schützen, die von einer auf die andere Straßenseite hüpfen und dabei von Autofahrern totgefahren wurden. Da hat er ein Schild gemalt, auf dem stand: „Achtung Autofahrer, hier überqueren Kröten die Straße!“ Da kam der ABV und sagte, Schilderaufstellen sei hier verboten. Da hatte er schon zwei Themen. Dieses Lied fängt ganz gut ein, wie Politisierung beginnen kann.

Und dann gibt es noch – und das wird, glaube ich, häufig unterschätzt – ganz unpolitische Rahmenbedingungen. Angst und Mut sind ja nicht immer politisch begründet. Ich hatte als kleines Mädchen ein Poesiealbum, in dem stand: „Sei wie das Veilchen im Moose, bescheiden, sittsam und rein. Und nicht wie die stolze Rose, die immer bewundert will sein.“ Es muss mehrere solcher Botschaften gegeben haben, die jedenfalls dazu führten, dass ich noch als junge Frau,

nach der Einschulung meiner ältesten Tochter, auf einer Elternversammlung, als ich eine völlig unpolitische Frage stellen wollte, fast gestorben bin, bevor ich mich gemeldet habe und aufgestanden bin. Weil ich Angst hatte, mich vor anderen zu exponieren, Angst hatte, da könne jetzt jemand meinetwegen die Stirn runzeln, ich könne den anderen auf den Senkel gehen, oder dass die mich nicht verstehen.

Und ich glaube, solche eher persönlichen Hemmungen spielen manchmal auch in dem Zusammenhang, über den wir jetzt sprechen, eine Rolle. Da verdanke ich einer Pastorin in Schwedt an der Oder, zu deren Gemeinde ich gehörte, sehr viel. Sie hat mich bei der Hand genommen und ermutigt: mal dazu, in der Gruppe einen Gesprächskreis vorzubereiten, dann wieder, einmal die Moderation zu übernehmen oder die Begrüßung. So hat sie mir ganz allmählich das Gefühl gegeben, dass ich das ja kann und auch gar nichts Schlimmes passiert, wenn ich einmal vor anderen das Wort nehme.

Manche Schritte auf dem Weg in die Opposition bin ich gegangen, weil mir Menschen so imponiert haben, dass ich ihnen ähnlich werden und mich vor ihnen auch nicht blamieren wollte. Ein politischer Mensch zu werden, ist ein Prozess. Natürlich spielten da oft auch eigene Entscheidungen eine Rolle, und manchmal bin ich auch bewusst ein Risiko eingegangen. Ich bin sicher, dass es solche widersprüchlichen Entwicklungen bei den meisten Dissidenten gab. Menschen gehen nun mal nicht immer geradeaus, sondern machen Umwege. In meinem Leben zum Beispiel gab es auch ziemlich unpolitische Phasen: Im legendären Jahr 1968 zum Beispiel, das in Ost und West viele Menschen mobilisiert hat, war ich schwanger und habe ein Kind bekommen. Politik war mir in dieser Zeit nicht besonders wichtig.

Ich habe jetzt vielleicht ein bisschen ausführlich begründet, warum ich um Verständnis dafür werbe, dass Menschen sich nicht immer so straight entwickeln. Und ich finde, wir sollten von uns auch nicht nachträglich erwarten, dass wir uns so geradlinig entwickelt haben. Eigentlich wird es ja erst so richtig spannend, wenn wir über unsere kleinen und großen Umwege und Kurven und Ecken nachdenken und sie beschreiben.

In den 80er-Jahren, in meiner Zeit als Katechetin, habe ich sehr viel im Umgang mit Kindern gelernt. Ich bin Katechetin geworden, weil die erste berufliche Entscheidung nicht die richtige für mich war. Dann war ich ein paar Jahre wegen meiner Kinder zu Hause, habe ehrenamtlich in der Gemeinde gearbeitet und daraus wurde dann ein Beruf. Also ganz unspektakulär. In der DDR gab es ja keinen Religionsunterricht, sondern die Kinder kamen einmal in der Woche zur



Christenlehre in die Gemeinde. Ich fand es sehr spannend, mit Kindern zu arbeiten. Da gab es die ganz lieben Kinder, die alles machten, was man sagte, immer mitsangen und Fragen richtig beantworteten. Und dann gab es die Nervensägen, die manchmal schwer auszuhalten waren. Die reinkamen und alle Schranktüren öffneten, sich nicht hinsetzten, wenn ich dazu aufforderte. Die haben mich natürlich oft genervt. Aber ich habe allmählich verstanden, dass dieser Eigensinn auch eine Stärke ist. Die waren anders als ich als kleines Mädchen, immer gehorsam und brav. Kleine Nervensägen sind ziemlich interessant. Inzwischen bin ich Großmutter. Da bin ich nicht für die Erziehung zuständig und habe immer meine Freude daran, wenn die Kinder ihre eigenen Wege gehen und nicht immer das Erwartete tun. Vielleicht ist das eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass jemand auch als Erwachsener einen eigenen Kopf hat und macht, was er für richtig hält. War das überhaupt die Antwort auf Ihre Frage?

BOYSEN: Sie haben einen weiten Bogen geschlagen, aber natürlich neue Anknüpfungspunkte geliefert. Wir wollen nicht so tun, als sei die Frage, wann ich mich widersetze, wann ich nicht tue, was von mir erwartet wird, eine punktuelle Entscheidung. Man wacht nicht morgens auf und plötzlich ist der Widerstandsgeist geweckt. Natürlich ist es ein Prozess, deswegen reden wir ja darüber. Sie haben geschildert, inwieweit die Pastorin für Sie ein Vorbild war und Ihren Mut geweckt

hat. Herr Rathenow, Sie haben Jürgen Fuchs erwähnt. Hatte Fuchs für Sie so eine Rolle? Brauchten oder hatten Sie in Jürgen Fuchs jemanden, der Ihnen als Vorbild diente, Sie zur Nachahmung gereizt hat, weil Sie an seinem Tun sahen, dass es auch anders geht?

RATHENOW: Jürgen Fuchs war in einer bestimmten Lebensphase vielleicht mein engster Freund, und zwar in der Phase, in der ich ihn nicht sehen konnte, als wir täglich telefonierten, ich in Ost-Berlin, er in West-Berlin. Da müsste man jetzt viel über Jürgen Fuchs reden. Aber ein Vorbild hatte ich in der Weise nicht. Eher eine Kette von Anregungen, Vorbildern. Und da gehörte Jürgen Fuchs mit seinen Gedichten und seinem klugen, analytischen, ermunternden politischen Handeln in Jena dazu. Er war auch mehrfach im Arbeitskreis Literatur, ohne dass er dessen Mitglied war, weil er doch eigentlich sehr autonom agierte. Es waren dann Leute im Westen, Autoren, polnische Autoren, tschechische, ungarische Autoren. Es waren auch noch DDR-Schriftsteller wie Stefan Heym und die bis 1976 noch in der DDR lebenden Reiner Kunze und Wolf Biermann. Es waren völlig unterschiedliche Leute. Und irgendwann dachte ich mir, so eine Mischung aus alledem. Du musst, Du willst in der DDR ein verbotener Schriftsteller werden, das war so das Ziel, na, das ist jetzt wirklich zu eitel.

Ich frage mich heute natürlich schon – wir haben uns damals mit Tod und Teufel befasst, nächtelang diskutiert –, warum es uns eigentlich in diesen Gruppen und Grüppchen so schwer fiel zu erfahren, was am 17. Juni in Jena wirklich los war. Den Namen „Eisenberger Kreis“ las ich zum ersten Mal in einem aus dem Westen eingeschmuggelten Buch. Das lasen wir dann auch. Und was nach 1945 hier auf dem Gebiet der ehemals sowjetisch besetzten Zone, auch in Sachsen passiert ist und die Lebenserinnerungen, all das, was ja zum Teil schon veröffentlicht war, damit hatten wir wenig Berührung. Erst über den Umweg West-Berlin, über unsere ausgebürgerten Freunde, die dann Bücher wieder zurückschmuggelten, über die akkreditierten Westjournalisten, kam allmählich das Wissen, vor dem wir uns bis dahin doch auch geschützt haben, weil es unseren Handlungen in der einen oder anderen Phase eine andere energische Konsequenz abgefordert hätte.

Ich würde auch darüber nachdenken wollen, was Entwicklungsverzögerungen sind. Es zeigt sich ganz klar, dass es – ohne Kirche – ganz viele Parallelen bei mir und Marianne Birthler gibt. Es zeigt sich ganz klar, dass es aber sehr unterschiedliche Wirkungsmöglichkeiten gab. Das, was dann in Ost-Berlin passierte, wäre in Eisenhüttenstadt durch verschiedene Umstände einfach nicht möglich gewesen. Reiner Kunze war in seinem Wohnort Greiz trotz vieler Freunde furchtbar isoliert. Und er wurde auf eine Art und Weise schikaniert, wie

das in Leipzig nicht so einfach gewesen wäre, weil einfach diese Form der Isolation nicht möglich gewesen wäre. Das muss man heute ganz genau sehen. Auch der unterschiedliche Druck, der auf Menschen ausgeübt wurde. Dafür sind Biografien gut geeignet. Aber man muss sie auch manchmal in abstrakte politische Wertungssysteme zurückverwandeln.

BOYSEN: Das tun wir, indem wir uns jetzt fragen, inwieweit sich im Laufe der DDR-Geschichte auch die Bedingungen für Eigenständigkeit und Widerstand gewandelt haben. Ausgangspunkt ist auf dieser Tagung natürlich die Situation in den 50er-Jahren. Jetzt sind wir aber aufgrund Ihrer Biografien schon weit in die 70er- und 80er-Jahre fortgeschritten. Wie haben Sie die Veränderungen wahrgenommen, Frau Birthler?

BIRTHLER: Das, was für mich im Moment ganz obenauf liegt, hat auch mit den Erfahrungen zu tun, über die heute Vormittag gesprochen wurde, und mit Gesprächen, die ich beim Mittagessen mit Menschen geführt habe, die von Ende der 40er-Jahre an bis weit in die 50er-Jahre hinein inhaftiert waren und deren Freunde zum Teil umgekommen sind. Da wird mir schon klar, dass wir in den 80ern zwar ein paar Risiken eingegangen sind, aber nicht um Leib und Leben fürchten mussten. Das ist ein großer Unterschied. Trotzdem haben sich viele Leute gescheut, Risiken einzugehen, das ist wahr. Ich weiß nicht, wie es für mich gewesen wäre, wenn ich damit hätte rechnen müssen, dass ich abgeholt werde oder das Leben meines Mannes oder meiner Kinder bedroht ist. Solche Situationen habe ich nie selber existenziell erfahren.

Auch im Verlauf meiner Schulzeit habe ich unterschiedliche Phasen erlebt. Manchmal waren die Zügel ein wenig lockerer, dann waren sie wieder ganz stramm. Und das hing nicht nur von den Zeiten ab, sondern auch von den konkreten Bedingungen, es gab ja durchaus verschiedene politische „Biotope“. Wir hatten in Berlin-Friedrichshain zwei Erweiterte Oberschulen, durchaus vergleichbar und unter einer Verwaltung. Und während in der einen – in meiner – immer „Guten Morgen“ gesagt wurde und alles ziemlich lässig zuging, wurde an der anderen immer mit „Freundschaft“ begrüßt und alle mussten bei besonderen Anlässen das FDJ-Hemd anziehen. Es lag also offenbar auch daran, wer gerade das Sagen hatte und wie ernst Lehrerinnen und Lehrer die Regeln nahmen oder ob sie sich ein bisschen darunter weggeduckt haben.

Auf die regionalen Unterschiede hat Lutz Rathenow ja schon aufmerksam gemacht. Es war etwas anderes, Mitte der 70er-Jahre in Berlin zu leben als irgendwo in der Provinz. Deswegen überlasse ich es lieber den Wissenschaftlern, genau zu beschreiben, welche politischen Voraussetzungen wo bzw. wann existierten.



Ich kann nur sagen, dass die DDR bei Weitem nicht so homogen und gleichmäßig war, wie das manche heute versuchen zu schildern.

BOYSEN: Genau deswegen sind Biografien so aussagekräftig und deshalb werfen wir Schlaglichter auf Ihre Erlebnisse – Herr Tiefensee, wie haben Sie die veränderten Bedingungen in der DDR wahrgenommen?

TIEFENSEE: Ich mache diesen Wandel, auch für mich selbst eine neue innere Hoffnung oder eine Aufbruchsstimmung, an ein paar wenigen Daten fest. Da ist einmal der 19. März 1970, Erfurt, Willy Brandt am Fenster. Ich werde nie vergessen, was das in mir ausgelöst hat, auch im Kontext der Ostpolitik. Dass plötzlich eine Öffnung möglich wird, die wie eine Art Frühling, wie ein geöffnetes Fenster auf mich wirkte. Ich habe ja bereits angedeutet, dass Leipzig als Schmelztiegel während der beiden Messen im Frühjahr und im Herbst sowieso immer eher eine flirrende Stimmung hatte. Wir hatten bei der Buchmesse die Gelegenheit, an Bücher heranzukommen, sie zu lesen oder in der Tasche verschwinden zu lassen, die andere nie gesehen haben. Das alles war mit diesem Datum im März 1970 verbunden.

Das zweite ist 1975, die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Wo ich gehe und stehe, sage ich das immer wieder, weil dieses Datum im Gedächtnis

eigentlich verschwunden ist. Die Perfidie, die darin besteht, dass sich Erich Honecker neben Helmut Schmidt setzt und die Schlussakte von Helsinki unterschreibt, in der alles das drin steht, was wir uns gewünscht, erhofft und gefordert haben, und dann nach Hause kommt und so weiter macht wie bisher. Nichts mit Reisefreiheit und Pressefreiheit, keine Möglichkeit, Vereinigungen und Parteien zu gründen, keine freie Wahl des Wohnsitzes und so weiter. Das hat er alles mit eigener Hand unterschrieben und tut nichts dergleichen. Damit hat sich Erich Honecker, der allerdings schon auch in der DDR zu einer kleinen Öffnung beigetragen hat, diskreditiert.

Dann spielt natürlich auch der Niedergang der Wirtschaft eine Rolle. Bis tief in die SED hinein waren die Genossen verunsichert, das habe ich gespürt, als ich in der Industrie und an der Hochschule gearbeitet habe. Ich habe die interessantesten Diskussionen und die aufmüpfigsten Worte zum Teil seitens der Genossen gehört. Man merkte also, dass da eine schlechte Stimmung ist, die ständig wächst. Und dann kommen natürlich Gorbatschow bzw. Tapeten-Hager und dann wird es natürlich ganz anders und noch mal spannend.

BOYSEN: Ilko-Sascha Kowalczyk hat in seinem Vortrag darauf hingewiesen, dass Michail Gorbatschow einerseits eine Veränderung im eigenen Land wollte und in der Geschichte der Sowjetunion die Stichworte Perestroika und Glasnost mit ihm verbunden sind, er aber andererseits für viele zugleich als Symbol für die Rettung des Kommunismus galt. Diese Diskussion wollen wir hier jetzt nicht vertieft führen, aber ich wollte zumindest die Verbindung herstellen, dass es durchaus Schattierungen in der Interpretation gibt.

TIEFENSEE: Im Nachhinein. Ich habe vorher nie „Neues Deutschland“ gelesen, dann aber haben wir kräftig gelesen und sind mit den Texten losgezogen. Da gab es für mich nur eine eindeutige Bewertung und die hieß Öffnung und Transparenz, frischer Wind.

BIRTHLER: Aber Gorbatschow war ja nun alles andere als ein Apostel von Demokratie und Freiheit. Das, was für uns an ihm wirklich wichtig war und was wir irgendwann verstanden: Es werden keine Panzer der Roten Armee mehr durch unsere Hauptstädte fahren. Das war im Grunde der Schlüssel, der, denke ich, auch viele ermutigt hat. Denn allen Ländern steckten ja die immer wieder blutig niedergeschlagenen Aufstände noch in den Knochen. Und jetzt keimte die Hoffnung auf, dass Veränderungen jetzt nicht mehr automatisch zur Folge haben, dass sowjetische Panzer rollen werden. Das hatte auf viele sicher bewusst oder unbewusst Wirkung und war insofern eine Voraussetzung für die demokratischen Revolutionen Ende der 80er-Jahre. Das war, glaube ich, die wichtigste Folge, die

mit der Amtszeit Gorbatschows verbunden war. Er hat nicht zur Demokratie ermutigt – wie sollte er auch? –, aber Angst abgebaut.

TIEFENSEE: Er blieb natürlich innerhalb des Systems. Innerhalb des Paradigmas war er jemand, der aufgeschlossen hat, der für Aufbruch gesorgt hat.

BOYSEN: Herr Rathenow, ich würde auch gern von Ihnen wissen, inwieweit welt-politische Ereignisse wie der von Herrn Tiefensee angesprochene KSZE-Prozess oder innerdeutsche humanitäre Erleichterungen wie die Besuche zwischen Ost und West für Sie ermutigende Signale waren?

RATHENOW: Den Assoziationsraum von Herrn Tiefensee kann ich gut nachvollziehen und die Bewunderung von Willy Brandts Besuch und der Reaktion darauf war auch mir sehr wichtig. Es ist interessant, dass sich diese in unterschiedliche konkrete Auswirkungen auflösen, die dann schon sehr wichtig sind, auch unterschiedlich wichtig.

Nach dem KSZE-Prozess begann dann die Ausreisebewegung. Damals gab es auch Diskussionen über den Eurokommunismus – deswegen las ich damals schon das „Neue Deutschland“, da waren ab und zu Dementi drin. Das waren damals nicht Kommunisten, die den Euro wollten, das war noch anders gemeint und insofern stand das Wort Reformkommunismus damals noch nicht zur Verfügung, das war eine Absurdität in sich. Die Anwesenheit von akkreditierten Westjournalisten aufgrund der deutsch-deutschen Verhandlungen war eine Grundlage für eine funktionierende politische Opposition der späten 80er-Jahre. Das war eine sehr, sehr nützliche Auswirkung.

Das Kulturabkommen fand ich nicht so nützlich, das hatte praktisch nicht so große Auswirkungen, es hätte die entstehenden unabhängigen Zeitschriften in der DDR dann eher benachteiligt, weil sie kein gleichberechtigter kultureller Verhandlungspartner gewesen wären. Ich sah diese Auswirkungen also sehr differenziert.

Aber eines ist klar, es war partiell schon eine gesamtdeutsche Existenz im politischen Zölibat der DDR-Existenz. Insofern hat der angeregte Verhandlungsrahmen bis hin zum Gefangenenfreikauf – über den wir ja gerade das vorzügliche Buch „Via Knast in den Westen“ herausgebracht haben – natürlich dazu geführt, dass zu der Zeit die Gefangenen in vielen Fällen nicht mehr so schlecht behandelt worden sind wie Ende der 40er-, Anfang der 50er-Jahre, schon allein aus dem Grund, dass sie künftiges Exportgut waren.

Es ist für die Forschung sehr wichtig, die verschiedenen Daten, gemixt mit den Zeitzeugenberichten und Erinnerungen, wirklich noch einmal in ihren ganz konkreten Wirkungslinien und nicht nur in den Abstraktionen nacherlebbar zu

machen. Es sind gegenlaufende Tendenzen, es ist ein Kampf, es gibt die Erosion, aber es gibt auch das Bemühen der Macht, bis zuletzt, sich mehr Stabilität zuzubefehlen. Diese Konflikte sehe ich zum Teil in den Kopien meiner Staats-sicherheitsakte der späten Jahre, wie verschiedene, völlig entgegengesetzte Wei-sungen aufeinanderprallen. Und die Genehmigungsregeln für Vervielfältigungs-regeln im Betrieb – mein Vater war Direktor, bis er es wegen mir nicht mehr sein durfte – hatten sich verschärft. 1987 wurde einmal ein Copy-Shop in Ost-Berlin in einer Straße unweit des Reuters-Büros, Schönhauser Allee, wo die britische Nachrichtenagentur saß, eröffnet, der nach immer strengeren Regularien geführt wurde. Am Schluss musste man seinen Personalausweis für das Kopieren einer Seite abgeben und die Kopie konnte man eine Woche später abholen.

BOYSEN: Ich habe noch nie von einem Copy-Shop in den 80er-Jahren in Ost-Berlin gehört.

RATHENOW: Aber es hat ihn gegeben. Das ist sehr interessant, und wenn wir uns so weiter unterhalten, stoßen wir in den 80er-Jahren auf bestimmte Dinge, wo Leute sagen, das kann doch gar nicht wahr sein. Auch innerhalb der kirchlichen und nichtkirchlichen Bewegung gab es erstaunliche Entwicklungen. Und da ist Gorbatschow dann vielleicht doch wichtig, weil die Rückendeckung aus der Sowjetunion, alles um jeden Preis zu unterdrücken, dann irgendwann fehlte. Für mich hat Gorbatschow allerdings schon bei Tschernobyl versagt.

BIRTHLER: Opposition war für uns immer eine Mischung aus Angst, Mut und Lust und hatte auch sehr viel mit anderen Menschen zu tun, und mit Lebensstil, auch mit Musik. Ein Freund von mir konnte eine Zeit lang morgens nicht aus dem Haus, ohne ein, zwei Titel von „Ton, Steine, Scherben“ zu hören, sonst hätte er gar nicht die Kraft gehabt, den Tag durchzustehen. Ich war vor vielen Jahren einmal dabei, als Altbischof Scharf mit jungen Leuten diskutierte und erzählte, wie die Nazis ihn beobachtet und verfolgt hatten. Jemand fragte ihn, ob er denn nie Angst gehabt habe. Dann überlegte er eine Weile und sagte, doch, schon, aber meine Angst, mich vor meinen Freunden zu blamieren, war noch größer. Wir haben ja alle einen inneren Maßstab, dem wir gerecht werden wollen, und Menschen, vor denen wir bestehen möchten – reale Personen, aber manchmal auch verinnerlichte Vorbilder.

Ich finde, man darf auch die Lust und unsere Lebensfreude nicht vernachlässigen. Einmal feierten wir in Berlin in der Fehrbelliner Straße bei Werner Fischer ein Fest. Eine Menge Leute aus der Opposition waren da. Die Fenster standen offen und irgendwann saßen wir auf dem Fensterbrett und rauchten und guckten runter. Da standen zwei oder drei Ladas mit Stasileuten, weil die Leute, die sie zu



beobachten hatten, alle bei uns auf dieser Fete waren. Da sagte Werner Fischer zu mir: „Schau sie Dir an! Sind die dort nicht die armen Schweine und wir haben es gut?“ Wir hatten also das Gefühl, auf der besseren Seite des Lebens zu sein. Wir hatten die tollen Themen, wir haben uns für alles Mögliche interessiert und wir hatten die besseren Freunde. Zwar fanden wir die von der Stasi gefährlich, aber auch entsetzlich öde und spießig. Das Gefühl, trotz aller Nachteile auf der besseren Seite des Lebens zu stehen, war ein starkes Motiv. Wir waren nicht so wie alle. Und für junge Leute hat es ja auch einen Reiz, die Mächtigen zu ärgern und herauszufordern. So ein Dissidentenalltag war oft ziemlich spannend. Jedenfalls liefen wir nicht gramgebeugt durch die Gegend.

BOYSEN: Herr Tiefensee, Sie haben vehement zugestimmt.

TIEFENSEE: Ja, da sind wir jetzt an dem Punkt, wo wir die Linie bis ins Jahr 2013 ziehen können. Marianne BIRTHLER hat vorhin völlig zu Recht angesprochen, dass es nicht den Punkt gibt, an dem man zum Widerständler wird. Vielleicht kann man es so umschreiben: Die Muskeln – im Bilde gesprochen – müssen sich erst bilden, Schritt für Schritt. Nicht jeder kann als Kind sofort mehreren Erwachsenen gegenüber seine Meinung behaupten. Das wächst langsam, langsam. Aber ich bin völlig bei Marianne BIRTHLER, wenn sie sagt, dann, wenn du so weit bist,

dass du stolz auf dein gerades Rückgrat bist, dann entsteht daraus ein Selbstwertgefühl und eine Stärke, die was mit David und Goliath zu tun hat. Man merkt, dass man selbst mit einer geringen Kraft piesacken kann.

Ich erinnere mich an Diskussionen im Staatsbürgerkundeunterricht. Es war eine Lust, das, was ich im Philosophieunterricht bei meinem Jugendpfarrer über die ionischen Naturphilosophen Anaximander und Thales von Milet gelernt hatte, dort anzubringen und mit Feuerbach zu verschränken. Und der arme Stabilehrer saß völlig geschlagen dort vorne und konnte nicht antworten. Das war doch köstlich. Das war ein wunderbarer Spaß. Und das zog sich bis ins Ende der DDR. Und jetzt der Sprung bis ins Jahr 2013. Ja, ist es denn jetzt anders? Auch jetzt wächst die Kraft, sich widerständig zu zeigen – im Unternehmen oder wenn es um Politik geht –, auch nicht auf den Bäumen, sondern die will auch mühsam erarbeitet werden. Denn auch heute ist Gesellschaft noch veränderungsbedürftig und veränderbar. Auf eine ganz andere Art und Weise, aber auch jetzt werden wieder diese Muskeln, wird wieder diese Art von Zivilcourage gebraucht. Zivilcourage ist aber eigentlich die Umschreibung eines Begriffes, der viel einfacher ist, nämlich: Mut. Es bedarf des Mutes, einer starken Überzeugung, einer Kraft und auch einem Spaß, einer Lust daran, etwas zu verändern. Das ist damals wie heute gefragt.

BOYSEN: Nur sind die Bedingungen nicht vergleichbar.

TIEFENSEE: Natürlich, aber es gibt schon Geschichten, die mir erzählt werden, wo jemand um seinen Arbeitsplatz bangt, weil er befürchten muss, wenn er seinem Chef gegenüber die Meinung sagt, dass ihm Nachteile erwachsen. Es ist nie etwas gleichzusetzen, aber im Deutschen haben wir zum Glück die Unterscheidung zwischen „gleichsetzen“ und „vergleichen“. Man kann diese oder jene Situation schon vergleichen, was beispielsweise den inneren Mut und die Festigkeit betrifft, die man mitbringen muss, um dem zu widerstehen. Ich denke schon, dass das ähnliche Mechanismen sind.

BOYSEN: Jetzt haben wir uns an einen ganz neuen Punkt bewegt: Sie beschreiben David und Goliath, aber auch Lust und Lebensform, die Überzeugung, auf der besseren Seite des Lebens zu stehen, erinnern an die Fröhlichkeit, die Opposition auch bietet. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, dass es auch Menschen gibt, die in der Repression gebrochen wurden, die gelitten haben und deren Psyche kaputtgegangen ist.

TIEFENSEE: Absolut. Auch Menschen, die kaputtgegangen sind im Konformsein. Biografien sind ganz unterschiedlich, da gibt es keine Schubladen und keine Muster.

BOYSEN: Anpassung ist ein Aspekt, der hier noch keine Rolle gespielt hat. Aber jetzt hat sich Herr Rathenow zu Wort gemeldet.

RATHENOW: Ich kann das nur ergänzen, gerade auch was Herr Tiefensee und vor allem Marianne Birthler zu der Lust an der Opposition sagen, ja. Aber es ist natürlich so, wenn ich als freier und schlecht verdienender Autor in der DDR, der von Spenden bei Kirchenlesungen lebte, von Ost-Berlin aus zu den Lesungen irgendwohin fuhr, und zwar nicht nach Dresden oder Leipzig, was Städte mit autonomen Szenen waren, da war die Stimmung zum Teil schon sehr, sehr schwierig. Und ich bin Menschen und Lebensgeschichten begegnet, die sich sehr ausgeliefert fanden und die wenig Gelegenheit hatten, Lust innerhalb oppositioneller Kreise zu entwickeln, weil es diese Kreise in relevanter Form gar nicht gab. Und dann kommen solche Situationen nach Vernehmungen: Wo ist das Kind hingekommen, Drohungen, das Kind kommt ins Heim. Das sind Geschichten, die mich bis in die späten 80er-Jahre begleitet haben, die immer wieder passiert sind. Nicht immer so lustig wie beim Fotografen Harald Hauswald: Als der wieder einmal zu einer längeren Vernehmung von der Staatssicherheit abgeholt wurde und die kleine Tochter da war – er war alleinerziehender Vater –, fragte einer der Stasileute, wohin mit dem Kind. Da sagte er, bringen Sie es doch zu Lutz Rathenow. Und dann sagte einer sinngemäß, der ist heute nicht dran. Und sie fahren los und gaben Hauswalds Tochter bei meiner Frau ab.

Aber auch wir sind bedroht worden. Auch ich habe beim Anwalt ein Schreiben hinterlegt, was im Falle einer Festnahme passieren soll, welchem Pfarrer das Kind übergeben werden soll, damit es ja nicht ins Heim kommt. Matthias Domaschk ist in der Untersuchungshaftzelle 1981 unter ungeklärten Umständen verstorben. Es gab mehrere Situationen, wo Leute in Vernehmungen körperlich bedroht wurden, allerdings nicht geschlagen – jedenfalls nach meinen Recherchen in den 80er-Jahren nicht. Es gab bis zur letzten Minute der DDR Situationen, wo sich Menschen unter einem Druck fühlten und Grund hatten, sich unter Druck zu fühlen, wo ich manchmal fast schon ein schlechtes Gewissen bekommen habe als jemand, der jetzt zur dpa oder zu einer anderen westlichen Nachrichtenagentur gehen kann und da wieder illegal eine Meldung lanciert. Diese Möglichkeit hatten viele Menschen natürlich nicht.

BIRTHLER: Mir ging es darum, deutlich zu machen, dass zumindest für mich das Leben in der Opposition nicht darin bestand, immer nur etwas zu geben, sondern ich habe auch etwas bekommen, habe dadurch auch viel gewonnen.

RATHENOW: Richtig.

BIRTHLER: Freilich, ich war kirchliche Mitarbeiterin, ich musste keine Angst um



meinen Beruf haben. Und ich musste nie die Einsamkeit erleiden, die Ilko-Sascha Kowalczuk heute in seinem Vortrag über Thomas Rhode geschildert hat, der auf eigene Faust protestiert hat, der nicht in einer Gruppe war, die Protestaktionen organisiert hätte. Außerdem haben wir hinterher erfahren, dass wir uns manchmal ein bisschen sicherer fühlten, als wir es tatsächlich waren. Spätestens ab dem 4. Juni 1989, als die DDR-Regierung den Einsatz des Militärs in Peking demonstrativ begrüßt hatte, wussten wir, die können auch anders. Diese Botschaft ging ja in unsere Richtung und nicht in die der chinesischen Regierung.

Dann kam noch etwas hinzu, was natürlich alle Leute beschäftigte, die Kinder hatten. Ich kann ja gut mein Risiko für mich kalkulieren und tragen und kann entscheiden, ob ich das in Kauf nehme. Aber habe ich eigentlich das Recht, meinen Kindern ihren Weg zu verbauen? Wenn meiner ältesten Tochter gesagt wurde, Anna, versuch es gar nicht erst mit dem Abi, das wird bei den Eltern sowieso nichts: Habe ich eigentlich das Recht, meinen Kindern so einen Nachteil zuzumuten, nur wegen meiner Überzeugung? Ich habe das später manchmal mit Jugendlichen diskutiert und gefragt, wie sie das sehen. Da gingen die Meinungen sehr auseinander. Uns hat immer sehr beschäftigt, ob man andere die Zeche zahlen lassen darf für das Leben, das wir geführt haben. Viel gewonnen und manchmal auch viel verloren. Aber es war auf jeden Fall ein sehr intensives und sehr lebendiges Leben.

BOYSEN: Inwieweit war es auch von Angst und Furcht geprägt?

BIRTHLER: Die kam manchmal. Die Angst und unser Lachen waren nah beieinander, und ich vergesse nicht, dass mir Ulrike Poppe eben auch die Bescheinigung gab, dass ich, falls sie und ihr Mann verhaftet werden, ihre Kinder zu mir nehmen solle. Und wenn man so eine Erklärung schreibt, hat man schon Angst, sonst macht man so etwas nicht. Es gab Momente der Angst oder der Einschüchterung.

BOYSEN: Liebe Frau Birthler, lieber Herr Rathenow, lieber Herr Tiefensee, ich bedanke mich herzlich für die Diskussion.



Podiumsdiskussion

Warum Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR-Geschichte? Ein Plädoyer der heute 30- bis 40-Jährigen

HANKA KLIESE, MARIA HIEBSCH, JULIANE THIEME, PETER WURSCHI
Moderation: SVEN RIESEL

SVEN RIESEL: Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zum nächsten Podiumsgespräch unter dem Titel „Warum Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR-Geschichte? Ein Plädoyer der heute 30- bis 40-Jährigen.“ Sie sehen, mit diesem Podiumstitel steht weniger ein historisches Ereignis im Mittelpunkt, sondern neben mir sitzen vier junge Menschen, die sich aus beruflichen Gründen, aus persönlichem Interesse oder ehrenamtlichem Engagement mit der jüngeren deutschen Geschichte, speziell mit der SBZ/DDR-Geschichte auseinandersetzen. Der Untertitel dieses Podiums schränkt die Altersklasse hier oben natürlich deutlich ein. Neben mir sitzen vier Vertreter dieser in den letzten Monaten in den Medien immer wieder aufgetretenen „Dritten Generation Ost“. Was es mit diesem Identitätskonstrukt dieser „Dritten Generation Ost“ auf sich

hat, werden wir später noch besprechen. Aber unsere Altersklasse wird in letzter Zeit immer unter dieser Bezeichnung subsummiert.

Alle, die hier oben sitzen, erlebten einen Teil ihrer Kindheit oder auch Jugend in der DDR und wuchsen dann nach der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik auf. Alle sind also gewissermaßen doppelt sozialisiert. Sie sind auch alle – und das sage ich ganz bewusst pointiert – „Zonenkinder“. So titelt ein Buch von Jana Hensel, das vor elf Jahren erschienen ist. Damals wurde das in den Feuilletons ziemlich ausführlich besprochen. Jana Hensel wurde 1976 in Leipzig geboren. Sie hat damals in ihrem Buch zum ersten Mal klargemacht und beschrieben, wie es sich anfühlt, in zwei unterschiedlichen Systemen aufgewachsen zu sein. Sie beschreibt auch, welche Erinnerungen sie und ihre Generation an die DDR haben. Und sie beschreibt, wie sie versucht, ihre Erinnerungen und ihre doch recht kurzen DDR-Erfahrungen in ihr Leben zu integrieren.

Diese Podiumsdiskussion wird einen recht persönlichen Zugang beziehungsweise einen biografischen Ansatz haben, weshalb sich diese Generation mit der jüngeren Geschichte auseinandersetzt. Den Untertitel „Ein Plädoyer der heute 30- bis 40-Jährigen“ gilt es jetzt gar nicht zu hinterfragen, denn allein durch die Zusammensetzung des Podiums ist klar, dass alle DDR-Geschichte aufarbeiten und Forschung betreiben und die Aufarbeitung an sich überhaupt nicht in Frage stellen. Deswegen möchte ich jetzt weniger über dieses „Warum Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte?“ sprechen, sondern vor allem darüber, wie und unter welchen Rahmenbedingungen die Aufarbeitung in unserer Generation geschieht. Bevor wir dies tun, möchte ich meine vier Gäste begrüßen und vorstellen.

Ich fange mit der Jüngsten in unserer Runde an, Maria Hiebsch. Sie wurde 1982 in Halle an der Saale geboren und erlebte die DDR damit noch ganze sieben Jahre als Kind mit. Während ihres Studiums der Neueren und Neuesten Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin hatte Frau Hiebsch schon Zeitzeugen der DDR-Geschichte befragt und Oral-History betrieben. Jetzt ist Frau Hiebsch ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende des Instituts für angewandte Geschichte in Frankfurt (Oder). Eines ihrer Anliegen ist es, Geschichte lebendig zu machen und mit neuen Formaten Geschichtsvermittlung für jüngere Leute attraktiv zu gestalten. Frau Hiebsch, vielen Dank, dass Sie da sind. Ich freue mich schon sehr, wenn Sie dann von Ihrer Arbeit am Institut für angewandte Geschichte berichten werden. Herzlich willkommen.

Als nächstes möchte ich ganz herzlich Hanka Kliese auf dem Podium begrüßen. Frau Kliese wurde 1980 in Pasewalk geboren und lebte mit ihren Eltern in den 80er-Jahren sowohl in Zagreb als auch in Pjöngjang in Nordkorea. Sie ist damit

die Einzige hier auf dem Podium, die nicht nur eine DDR-, sondern fast eine Ostblock-Erfahrung vorweisen kann. Die Zeiten des Umbruchs in der DDR erlebte sie im damaligen Karl-Marx-Stadt. Frau Kliese studierte Politikwissenschaft und Erwachsenenbildung an der Technischen Universität in Chemnitz und war zwischen 2006 und 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag für den Bereich Menschenrechte. 2011 beteiligte sie sich an der Gründung des Vereins „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V.“ mit dem Ziel, in dem ehemaligen Stasigefängnis, das für den Gefangenenfreikauf eine ganz zentrale Rolle gespielt hat, einen Gedenkort zu errichten. Frau Kliese, herzlich willkommen. Ich freue mich auf Ihren ganz besonderen Blick auf unser Podiumsthema und vor allem begrüße ich Sie auf dem Podium als einzige Nichthistorikerin, sondern als Politikerin und gesellschaftlich Engagierte, was die DDR-Aufarbeitung angeht.

Ganz herzlich begrüße ich auch Juliane Thieme. Sie wurde 1977 in Erfurt geboren und wuchs in Berlin und Leipzig auf. In Leipzig studierte sie Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt DDR-Geschichte und -Literatur. Bereits während ihres Studiums hat sie im Museum in der „Runden Ecke“ gearbeitet und dort Führungen durchgeführt. Im Schulmuseum in Leipzig hat sie außerdem einen Projekttag mit dem Titel „Schule in der DDR“ mit erarbeitet und durchgeführt. Nach ihrem Studium war Frau Thieme ab 2006 Projektleiterin in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und begleitete dort unter anderem die Konzeption und Umsetzung einer Dauerausstellung. 2010 und 2011 war sie dann im Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ in Jena als Bildungsreferentin tätig. 2012 kehrte sie schließlich nach Torgau in die Gedenkstätte zurück, wo sie jetzt immer noch arbeitet und vor allem für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich ist sowie Betroffene von DDR-Heimerziehung in Rehabilitierungsfragen berät. Frau Thieme, auch an Sie vielen Dank, dass Sie da sind und uns heute von Ihrer Arbeit und Ihrem persönlichen Zugang zur DDR-Geschichte erzählen werden.

Nach den Damen, die ich nun vorgestellt habe, möchte ich nun herzlich Dr. Peter Wurschi begrüßen. Herr Wurschi ist derjenige unter meinen Gesprächspartnern, der die längste DDR-Erfahrung von uns vorzuweisen hat. Er wurde 1974 in Suhl geboren und war, ich darf Sie zitieren, „ein aufmerksamer Beobachter der Friedlichen Revolution in seiner Heimatstadt“, immerhin 14-, 15-jährig. Auf die Quantität und Qualität Ihrer DDR-Erinnerung und Erfahrung werden wir im Laufe des Gesprächs noch zu sprechen kommen. Herr Wurschi studierte in Leipzig Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie und Philosophie und pro-

movierte 2006 als Stipendiat der Bundesstiftung Aufarbeitung mit einer Dissertation über jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum, genauer gesagt im Bezirk Suhl, dem damals kleinsten Bezirk der DDR. 2007 erarbeitete Herr Wurschi ein erstes Konzept für den Gedenk- und Lernort in der Andreasstraße in Erfurt, also auch eine Gedenkstätte im Aufbau. Seit 2008 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Ettersberg, wo er die Bildungsarbeit konzipierte und mit aufbaute. Zudem ist er seit 2010 auch Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Erfurt. Herr Wurschi, auch an Sie herzlich willkommen und danke, dass Sie da sind und von Ihrer Arbeit berichten werden. Nach der Einleitung in das Thema und der Vorstellung der vier Gesprächspartner möchte ich natürlich jetzt auch dieselben gern zu Wort kommen lassen. Frau Hiebsch, ich hatte Sie als Jüngste hier auf dem Podium begrüßt und möchte mich auch als Erstes an Sie wenden, nämlich mit der Bitte, uns etwas über Ihre Arbeit am Institut für angewandte Geschichte in Frankfurt (Oder) zu erzählen. In meiner Vorbereitung auf dieses Podiumsgespräch habe ich auch die Internetseite dieses Instituts angeschaut und mitbekommen, dass viele Ihrer Mitarbeiter und Kollegen ebenfalls unserer Generation zugehörig sind. Vielleicht können Sie noch einmal erklären, warum sich dieser Altersdurchschnitt so zusammensetzt.

MARIA HIEBSCH: Das Institut für angewandte Geschichte hat sich 2001 aus einer Studenteninitiative in Frankfurt (Oder) an der Europa-Universität Viadrina entwickelt. Da kann man vielleicht auch die erste Antwort auf die Frage nach der Generation geben, weil es junge Menschen waren, die dort in dieses deutsch-polnische Grenzland hinkamen und angefangen haben, sich mit den Erinnerungen, vor allem an den Zweiten Weltkrieg, zu beschäftigen. Sie haben versucht, sich nicht nur an der Universität mit Geschichte zu beschäftigen, sondern das auch aus der Universität raus in die Stadt Frankfurt (Oder), aber auch in die Stadt Słubice auf polnischer Seite zu tragen und einen Dialog anzustoßen. Insofern sind sie durchaus in einer ähnlichen Situation wie wir hier auf dem Podium, dass sie Nachgekommene sind, die eine Situation vorfinden, die sie in der Form untragbar finden: Wenn nicht genug miteinander geredet wird, wenn nicht genug Dialog geführt wird, auch über unterschiedliche Geschichtstraditionen, gerade im deutsch-polnischen Grenzland.

Am Institut für angewandte Geschichte versuchen wir, Geschichte lebendig zu entwickeln, Geschichte kritisch zu betrachten. Ich beschreibe einfach ganz konkret zwei Projekte, die auch etwas mit der DDR-Geschichte zu tun haben. Eines der Projekte habe ich 2011 selbst geleitet, es hieß „Die Grenzreporter – Geschichte selbstgemacht!“. Dabei haben wir die deutsch-polnische Grenzthe-



matik am Institut auf die ehemalige innerdeutsche Grenze übertragen. Wir sind mit Schülern an die ehemalige Außengrenze West-Berlins, ins Berliner Umland gefahren und haben an den Orten, wo es keine offiziellen Gedenkstätten gibt, mit den normalen Leuten darüber geredet, wie sie den Mauerbau und den Mauerfall erlebt haben, was ihre Erinnerungen daran sind. Im Wesentlichen war das Zeitzeugenarbeit, aber auch die Orte selbst haben wir betrachtet, wie es dort heute aussieht und wie es dort früher war. Dabei haben wir immer versucht, die Geschichte nicht 1989 abbrechen zu lassen, sondern die Entwicklung in den 90er-Jahren in die Betrachtung mit einzubeziehen. Vor allem der direkte Kontakt zwischen den Schülern und den Zeitzeugen war mir wichtig.

Das zweite Projekt hat mit dem Thema zu tun, an das dieses Jahr besonders erinnert wird. Im Kontext des Instituts ist ein Comic entstanden: „17. Juni – Die Geschichte von Armin & Eva“. Unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg ist er online einzusehen und jetzt ganz frisch in gedruckter Form beim Metrolit Verlag. Das ist insofern angewandte Geschichte, weil es versucht, mit neuen Formaten gerade junge Leute anzusprechen. Comic mag für viele von Ihnen vielleicht erst einmal nach lustigen Bildern und Donald Duck klingen, aber es gibt den Begriff der Graphic Novel, die versucht, ernstere und historische Themen mit dieser Bilderkraft aufzunehmen und zu vermitteln. Dieser Comic wurde von Historikern gemacht und versucht durch eine fiktive, aus

realen Biografien zusammengestellte Geschichte, jungen Leuten eine Identifikation zu geben. Ich persönlich finde das sehr spannend und kann es nur empfehlen. Ich hoffe, dass diese beiden Beispiele einen Eindruck vermittelt haben, was wir unter angewandter Geschichte verstehen.

RIESEL: Vielen Dank. Über Comic soll also ein ernstes Thema transportiert werden, aber eben in der Sprache, der Bildsprache der Jugendlichen, der Zielgruppe, um die es uns allen besonders geht. Frau Kliese, Sie sind das jüngste Mitglied im Vorstand des 2011 gegründeten Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Ziel ist es ja, auf dem Gelände des ehemaligen Stasigefängnisses einen Gedenkort zu errichten. Frau Kliese, warum engagieren Sie sich dafür?

HANKA KLIESE: Die Idee zur Gründung des Vereins ist interessanterweise vor zwei Jahren auf dem Bautzen-Forum entstanden. Bis vor Kurzem wurde das Gelände noch als Justizvollzugsanstalt des Freistaates Sachsen genutzt. Der Freistaat hat dann im Rahmen einer Reform etliche solcher Einrichtungen geschlossen und damit war das Gelände vakant. Es war einfach eine brachliegende JVA, an der draußen ein Schild stand, dass das Gelände zu verkaufen sei. Darüber haben wir vor zwei Jahren hier diskutiert, unter anderem mit Roland Jahn, und haben gedacht, dass wir damit was machen müssen. So ist die Idee entstanden, erst einmal diesen Verein zu gründen. Es hat noch eine Weile gedauert, bis wir genügend Interessenten zusammen hatten, die bereit waren mitzumachen, also eine schöne Mischung aus Zeitzeugen, Honoratioren der Stadt, Politikern und Historikern. Dann haben wir den Verein im November 2011 gegründet.

Meine Grundintention war, nicht nur in der Stadt, in der ich lebe, sondern auch darüber hinaus darüber aufzuklären, was da passiert ist. Denn ich betrachte den Häftlingsfreikauf schon als etwas Einmaliges – nicht unbedingt im positiven Sinne, auch wenn es für viele mit positiven Auswirkungen verbunden war, sondern ganz klar aus menschenrechtlicher Sicht als einen Devisen bringenden Menschenhandel, den es so nirgendwo anders gegeben hat und auf den dringend aufmerksam gemacht werden muss. Weil viele Schülerinnen und Schüler, aber auch Ältere, das so konkret gar nicht wissen. Das Interesse, darüber aufzuklären, ist also der eine Punkt. Das andere ist, dass ich schon längere Zeit im Rahmen von Veranstaltungen, die ich durchführe, mit Opfern der SED-Diktatur zusammenarbeite. Und immer, wenn man mit einem Zeitzeugen zusammentrifft und dessen Geschichte erfährt, ist es ein kleines Versprechen, das man demjenigen geben möchte: Dass man dafür sorgt, dass die Geschichte nach außen getragen wird. Das ist meine zweite Motivation, die Möglichkeiten, die ich durch meinen Beruf habe, zu nutzen, um Dinge nach außen zu tragen, die ansonsten vielleicht

nicht so gut artikuliert werden können. Weil sie medial nicht transportiert werden oder weil die Lobby nicht groß genug ist.

RIESEL: Vielen Dank. Aus dem Ziel, einen Gedenkort zu errichten, ist also ein ganz persönliches Anliegen geworden. Frau Thieme, auch an Sie die Frage, inwiefern Ihre DDR-Sozialisation speziell in Ihrer Arbeit in Torgau eine Rolle spielt und auch in Ihrer Arbeit mit Zeitzeugen, mit ehemaligen Heimkindern und mit Zeitzeugen des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau.

JULIANE THIEME: Zunächst muss ich sagen, dass ich die Ereignisse 1989 als Zwölfjährige erlebt habe. Ich komme aus einem staatskonformen Elternhaus, bin sehr gefördert aufgewachsen und plötzlich änderte sich ganz viel. Deswegen hat mich dieses Anliegen, herauszufinden, „wie es denn nun wirklich war“, schon im Studium immer begleitet. Ich wusste das, was man mir vorher in der Schule erzählt hatte, und später das, was sich in den 90er-Jahren dann alles herausstellte, auch an Unrecht. Ich wollte wissen, wie die schwarze Seite der DDR war. Ich wollte mir für mich ein eigenes Geschichtsbild zusammenbauen.

In Torgau arbeiten wir sehr viel mit Zeitzeugen zusammen. Das sind Betroffene, die nicht nur den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau als Disziplinierungseinrichtung im Alter zwischen 14 und 18 Jahren durchlaufen haben, sondern auch sehr häufig in anderen Jugendwerkhöfen waren oder zum Beispiel in den geschlossenen Durchgangsheimen, die also komplex traumatisiert sind. Ich habe es immer als sehr sinnvoll empfunden, dass der Verein vor Ort da ist und dass Betroffene, die selber in Torgau waren, einen Ansprechpartner in Rehabilitierungsfragen finden, bei der Aktenrecherche oder auch einfach, um ihre Geschichte zu erzählen und darin ernst genommen zu werden. Denn gerade ehemalige Heimkinder erzählen oft nicht über ihre Vergangenheit. Viele, die zum Beispiel in Torgau waren, erzählen nicht mal ihren Partnern oder anderen Angehörigen, dass sie im Geschlossenen Jugendwerkhof waren, aus Angst, als kriminelle Jugendliche abgestempelt zu werden. Und es ist einfach eine große Motivation, dagegen anzutreten.

RIESEL: Vielen Dank. Herr Wurschi, auch an Sie die Frage zu Ihrer jetzigen Arbeit bei der Stiftung Ettersberg, aber auch noch mal auf Ihre Doktorarbeit von 2006 bezogen, wo Sie sich mit Jugendkulturen im Bezirk Suhl auseinandersetzen. Inwiefern spielt für Ihre Forschung und Ihre Tätigkeit Ihre Kindheit in der DDR eine Rolle, zusammengefasst gesagt, wie biografisch besetzt ist denn Ihre Arbeit?

PETER WURSCHI: Herzlichen Dank für die Einladung und für die Vorstellung. Und Ihnen auch einen herzlichen Dank, dass Sie uns, der Generation der 30-



und 40-Jährigen zuhören, wenn wir darüber erzählen, wie wir versuchen, die Erinnerung an die SED-Diktatur wachzuhalten, und Projekte entwickeln, um den nachwachsenden Generationen die von Ihnen erlebte Geschichte nahezubringen. Und indem wir, diejenigen, die gerade noch einen Zipfel DDR-Geschichte gefasst haben, und Sie, die sehr viel mehr mit der DDR verfasst waren, anfangen, miteinander zu reden, gehen wir einen richtigen Schritt, diese Erinnerung an die DDR und die Aufarbeitung wachzuhalten. Ich glaube, das ist es, was uns alle hier auf dem Podium vereint und was uns miteinander hier nach Bautzen gebracht hat.

Ein bisschen Biografie ist natürlich immer dabei. Mit 15 habe ich die Friedliche Revolution erlebt. Zu jung, um aktiv dabei zu sein, aber alt genug, um zu verstehen, um mitzulaufen, mitzumachen, den revolutionären Geist mitzuatmen. Und das hat mich schon bewegt. Meine Biografie in der DDR wäre die eines jungen Mannes gewesen, der nicht auf die EOS gekommen wäre. Ich hätte all die Dinge, die ich nach 1990 machen durfte und konnte, nicht tun dürfen. Zudem bin ich wohl auch ein bisschen regional verbunden und deshalb hat mich bei meinen Studien immer auch meine Heimat interessiert. Suhl als Bezirk in Südtüringen ist ein spannendes Feld. Früher „die rote Republik“ oder das „sozialistisch unterentwickelte Hinterland“ genannt, bot sich an, um wie durch ein

Brennglas auf die Dinge zu schauen, die sich irgendwie überall in der DDR abgespielt haben. Ich fand es spannend, die Provinz zu erforschen und nicht immer über Berlin, Leipzig und Dresden zu schreiben. Denn die DDR an sich war ein provinzieller Staat. Und ich glaube, mit dem Blick in die Provinz und dem Umgang der Menschen dort miteinander kommt man sehr viel näher an das Eigentliche der DDR ran, als wenn man „nur“ das Urbane betrachtet.

Meine Vorrednerin hat gerade einen Comic hochgehalten. Graphic Novel scheint die neue Art zu sein, sich mit DDR-Geschichte auseinanderzusetzen. Das war nicht vorher abgesprochen. Denn wir von der Stiftung Ettersberg, die jetzt die Gedenk- und Bildungsstätte in Erfurt betreibt, haben auch angefangen, mit einer Graphic Novel zu arbeiten. Wir haben einen Kubus gebaut, auf dem die Revolution von 1989 auch als eine Art Comic dargestellt ist. Insofern finde ich es eine spannende Herangehensweise an Geschichte, die uns als Jüngere vielleicht auch von den Älteren unterscheidet, nämlich andere Mittel – Graphic Novel, Internet – zu nutzen, um DDR-Geschichte zu bearbeiten. Und wenn wir das gemeinsam machen, wir von Ihren Erfahrungen profitieren und Sie von unserem Interesse, dann können wir noch sehr viel dazu beitragen, die SED-Diktatur in der Erinnerung zu behalten, zu der sie gehört, nämlich, dass dies nicht wieder sein sollte.

RIESEL: Vielen Dank, Herr Wurschi. In der Tat war es nicht vorher abgesprochen, dass Sie beide auf Ihre aktuellen Graphic Novels eingehen. Aber das lässt mich gut zur nächsten Frage übergehen. Denken Sie allgemein, dass Ihre, unsere Generation andere Vermittlungsformen sucht, gibt es noch andere Möglichkeiten neben den Graphic Novels, um Geschichte zu vermitteln? Zum Zweiten habe ich den Eindruck, dass gerade bei Ihrer Generation die stasizentrierte Sicht in der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR-Geschichte zwar auch eine Rolle, aber nicht die einzige Rolle spielt. Es sind vielmehr die kleineren und kleinen Geschichten von nebenan, die es wichtig ist aufzuarbeiten, um überhaupt die DDR als Diktatur verständlich zu machen. Können Sie das so bestätigen? Gibt es also andere Inhalte, nach denen Sie suchen, und andere Vermittlungsformen, mit denen Sie arbeiten? Zum Beispiel im Jugendwerkhof, Frau Thieme?

THIEME: Wir arbeiten als Gedenkstätte ja Repressionsgeschichte auf, von daher setzen wir durchaus auch auf klassische Formate. Wir haben sehr viele Angebote, in denen die Jugendlichen aktiv an multiperspektivischen Quellen arbeiten. Oft sind in unsere Seminare moderierte Zeitzeugengespräche integriert, die natürlich vor- und nachbereitet werden müssen. Die Begegnung mit den Zeitzeugen hat einen hohen Stellenwert, weil sie Emotionen weckt und eine hohe Motivations-



kraft hat. Vor- und Nachbereitung sind entsprechend wichtig. Ansonsten planen wir gerade für September, das zweite Sächsische Geschichts-Camp auszurichten, eine Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus. Schüler aus ganz Sachsen kommen für mehrere Tage in die Gedenkstätte nach Torgau und setzen sich forschend mit verschiedenen Inhalten auseinander. In diesem Jahr ist das Thema „Macht aus dem Staat Gurkensalat. Anders jung sein in der DDR“. Weiterhin setzen wir auf das Format „Schüler führen Schüler“, weil Studien zeigen, dass junge Leute am meisten von Gleichaltrigen aufnehmen und lernen. Wir gehen auch an Schulen, zu Klassen, die nicht zu uns nach Torgau kommen können – obwohl das in den letzten Jahren immer mehr werden –, wir bieten mobile Projektstage an, wo wir in den Schulen forschendes Lernen zum Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau ermöglichen.

RIESEL: Vielen Dank. Ich möchte noch einmal auf Ihre Zielgruppen zu sprechen kommen, nämlich Schüler, aber auch andere Besuchergruppen. Einleitend dazu möchte ich gern einige Sätze aus dem Buch „Zonenkinder“ vorlesen. „Wir sind die Kinder der Zone, in der alles neu aufgebaut werden musste, kein Stein auf dem andern blieb. (...) Die Wende traf uns wie ins Mark, wir waren gerade zwölf, dreizehn, vierzehn oder fünfzehn Jahre alt. Sie fuhr uns in die Knochen und machte, dass sich alles um uns drehte. Wir waren zu jung, um zu verstehen, was

vor sich ging, und zu alt, um wegzusehen.“ (Jana Hensel: Zonenkinder. Reinbek bei Hamburg 2002, S. 159 f.) Den letzten Satz, Herr Wurschi, habe ich ja gerade von Ihnen fast genauso gehört. Wenn Sie mit Schülern oder insgesamt mit Besuchern in den Gedenkstätten oder bei Projekten auf dem Land zu tun haben, werden Sie selber auch als Zeitzeuge wahrgenommen und befragt? Die Frage ist auch, welche Qualität Ihre eigene DDR-Erinnerung hat. Sehen Sie sich als Zeitzeugen?

WURSCI: Das ist immer ein spannendes Konstrukt. Und man sollte sich dessen immer bewusst sein: Ich war 15, als die DDR aufhörte zu existieren, und ich lebe mit dieser Ambivalenz, zum einen Zeitzeuge zu sein und dabei – durchaus auch noch aus eigener Erfahrung – Empathie für jene Lebensläufe der Nonkonformen, der politisch Verfolgten, der Oppositionellen zu spüren. Und gleichzeitig bin ich Vermittler von historischen Zusammenhängen. Damit muss man lernen umzugehen. Andererseits heißt es oft, wenn ich mit Klassen arbeite: „Jetzt erzählen Sie doch mal, wie es in der DDR war.“ Und das soll dann bitteschön auch noch die Wahrheit sein!

Das Bestreben meiner Arbeit ist es, dass sich die Schüler zu kritischen Mitbürgern entwickeln. Sie müssen sich selber eine Meinung darüber bilden können, wie es in der DDR war. Wenn ich Ihnen erzählen würde, wie es in der DDR war, wird das nicht Ihre DDR gewesen sein. Sie haben einen ganz anderen Erlebenshorizont. Wir alle haben einen anderen Erlebenshorizont. Allein Frau Thieme und ich werden, obwohl wir fast gleichaltrig sind, von zwei unterschiedlichen DDRen sprechen, wenn wir uns erinnern. Das zu begreifen und es auch nicht als schlimm zu empfinden, dass es nicht die eine Wahrheit gibt, sondern verschiedene Zugänge zu DDR-Geschichte, ist die eigentliche Aufgabe. Allerdings – da bin ich Historiker – muss diese Geschichte auch faktisch abgesichert werden. Es gibt Protokolle, es gibt die Akten der Staatssicherheit, es gibt Akten der SED, es gibt persönliche Erinnerungen, die zur Erarbeitung eines Geschichtsbildes genutzt werden müssen. Miteinander ins Gespräch zu kommen und sich historisch mit der DDR zu befassen, das ist die Aufgabe, die wir als Mittler bei den zukünftigen Generationen leisten müssen. Das ist das, was Frau Hensel nicht geleistet hat, indem sie mit einem großen „Wir“ spricht. Denn ich bin nicht ihr „Wir“, ich bin ich, ich habe meine eigene Perspektive, meine eigene Geschichte und ich weigere mich, als „Zonenkind“ eingeordnet zu werden oder in den Erfahrungshorizont, den Frau Hensel aufmacht. Doch da fängt es an, in die Diskussion zu gehen. Und genau das müssen wir als Mittler von Geschichte leisten: Wir müssen die unterschiedlichen Wahrnehmungen zur DDR aushalten, wir müssen miteinander ins

Gespräch kommen und wir müssen die historischen Fakten zur Kenntnis nehmen.

RIESEL: Gutes Stichwort, diese Kritik an Frau Hensel ist natürlich auch damals, als das Buch erschien, gleich hochgekocht. Sicherlich einerseits zu Recht, wie Sie es gerade begründet haben, Herr Wurschi. Man warf ihr mit dem Buch „Zonenkinder“ vor, erstens die Erinnerung für die ganze Generation zu vereinnahmen, indem sie von einem kollektiven „Wir“ spricht. Das können wir aber gerne überhaupt noch einmal hinterfragen, wenn wir auf das Konstrukt der „Dritten Generation“ zu sprechen kommen. Andererseits ist in dem Buch ganz oft eine Art Romantisierungsversuch zu beobachten: Das war eben die heile Welt der Kindheit in der DDR, die sie da zum Teil beschreibt, und die böse Wende hat das alles weggenommen, plötzlich gab es eine große Freiheit und man war mit sich und der Freiheit alleingelassen. Frau Kliese, Sie haben ja in Ihrer Kindheit noch andere Länder im Ostblock erlebt. Wie sehr zehren Sie noch aus Ihren Erinnerungen für Ihr Engagement, die DDR- oder die deutsch-deutsche Geschichte aufzuarbeiten?

KLIESE: Auf die Erfahrung, die ich in Zagreb gemacht habe, kann ich nur wenig zurückgreifen, weil ich da noch sehr klein war. Ganz bewusst wahrgenommen habe ich, weil ich da auch eingeschult wurde, die zwei Jahre, die meine Familie und ich in Nordkorea gelebt haben. Unter anderem deswegen, weil wir keine Botschaftsangehörigen waren und mehr oder weniger frei in Pjöngjang gelebt haben. Nicht in einer kleinen DDR-Enklave, sondern in einem nordkoreanischen Wohnhaus und einer „normalen“ Umgebung. Man kann sich das dort so vorstellen wie eine potenzierte DDR. Alles, was man an der DDR heutzutage zu Recht als negativ bewertet: den Umgang mit politisch Andersdenkenden, die Gleichschaltung, den Umgang mit Menschen mit Behinderung, mit psychisch kranken Menschen, den großen Personenkult, das gab es in Nordkorea in einer extrem übersteigerten Form. Darüber hinaus gab es auch noch die Schwierigkeit, dass der Wunsch nach Wiedervereinigung in diesem Land wesentlich geringer ausgeprägt war, weil die beiden Bruderstaaten durch den Koreakrieg ja auch schon aufeinander geschossen hatten – eine Situation, die wir hier zum Glück nie hatten. Man kann sich das als eine völlig überdimensionierte Diktatur und eine eigene Welt mit einer eigenen Ideologie vorstellen. Das habe ich als Kind natürlich schon wahrgenommen.

Hängen geblieben ist bei mir neben der Erfahrung, dass Menschen dort gehungert haben, dass Menschen schlecht behandelt wurden, es eine sehr prekäre medizinische Versorgung gab, die Menschen sehr ärmlich gelebt haben, auch in



den Vorzeigevierteln. Daher rührt vor allem meine sehr starke Abneigung gegen jegliche Indoktrination im Kindesalter. Ich habe dort schon sehr zeitig mitbekommen, dass Kinder in einem ganz frühen Alter an politische Themen herangeführt wurden, ohne dass sie gefragt worden wären. Das gab es in der DDR ja teilweise auch. Sie wurden eben nicht zu kritischen Menschen herangezogen, sondern, bevor sie es begreifen konnten, mit Informationen überhäuft, die ihr Weltbild prägen sollten. Das spielt auch dann hinein, wenn wir uns über die jetzige Gedenkstättenarbeit Gedanken machen. Ich habe immer große Berührungspunkte bei politischer Bildung und Gedenkstättenarbeit bei Kindern, weil ich nicht so genau weiß, wie man das machen kann, und weil ich aus dieser Zeit sehr stark geprägt bin. Wir hatten zum Beispiel ein Buch, das ich mit sieben Jahren gelesen habe, Irma Thälmanns „Erinnerungen an meinen Vater“. Das war ein kleines Buch mit einem starken Pappereinband und einer Nelke vorne drauf. In diesem

Buch beschreibt Irma Thälmann auch, wie ihr Vater im KZ gequält wurde. Als Kind habe ich das wahnsinnig schlecht vertragen. Wir haben das in Pjöngjang in unserer Schule gelesen. Und es war viel zu zeitig, einem Kind so ein Buch zu geben. Daran erinnere ich mich sehr negativ und das sind Fehler, die sich einprägen.

Das andere ist, wenn ich heute auf Demonstrationen oder politischen Kundgebungen – ich komme ursprünglich aus der Anti-Rechtsextremismus-Arbeit – beobachte, dass kleine Kinder mitgenommen werden, die dann auch mal eine Fahne tragen oder so, dann habe ich eine totale Abneigung dagegen. Ich habe damit wirklich große Probleme. Ich wünsche mir für mein Kind, dass es auch ein politisch denkender Mensch wird, aber von allein und nicht dadurch, dass ich es irgendwohin mitnehme, zu etwas dränge oder ihm eine Botschaft vorgebe. Und – ich bin ja selbst, seit ich 18 bin, Mitglied in einer Partei – ich habe auch Probleme mit größeren Massenveranstaltungen. Das ist sicher eine Spätfolge aus Nordkorea. Wir haben jegliche sogenannte Führergeburtstage dort mit großen Aufmärschen in überdimensionierten Stadien, wo alles bunt war, mitfeiern müssen. Als ich das erste Mal in meinem Leben bei einem SPD-Bundesparteitag war, wo die Leute gerne und freiwillig hingehen, hat mir das trotzdem Schwierigkeiten bereitet, obwohl das ja wirklich nichts Schlimmes ist. Aber das ist eine Folge, die diese Erfahrung bei mir hinterlassen hat.

RIESEL: Danke für die sehr persönlichen Einblicke. Helmut Kohl hat einmal, auf seine Generation bezogen, von der Gnade der späten Geburt gesprochen. Frau Hielsch und Frau Thieme, keine von Ihnen ist in Familien groß geworden, die verfolgt wurden oder Betroffene sind, und trotzdem engagieren Sie sich so überaus für die Aufarbeitung der SBZ- und DDR-Geschichte. Die meiste Zeit Ihres Lebens haben Sie ja auch im vereinten Deutschland verbracht, in der Demokratie, in der Freiheit. Ist es eine Art Verpflichtung, die Sie haben – ich will das gar nicht so persönlich fragen, sondern generell, weil ich dann noch einmal auf diese „Dritte Generation“ als Kollektiv zurückkommen möchte –, gibt es eine Art Verantwortung, die wir haben, an diese Geschichte zu erinnern?

THIEME: Natürlich, die Verantwortung haben wir auf jeden Fall. In Bezug auf meine persönliche Biografie denke ich schon, dass es mich geprägt hat, dass meine Eltern Träger des Systems waren, zumindest bis zu ihrem Alter von etwa 30. Zumindest unbewusst war ein gewisses Schuldgefühl durchaus eine Motivation, wenn man das familiensystemisch betrachtet, etwas, was falsch war, was Verletzungen verursacht hat, ein Stück weit mit zu heilen. Wenn ich meine Arbeit in Torgau beschreiben müsste, würde ich das Wort des „Heilens“ durchaus ver-

wenden. Mein Eindruck ist, dass in dem Moment, wo es dort eine Ausstellung gibt, wo Jugendliche mit Älteren ins Gespräch kommen und gesehen wird, dass es in der Kindheit oder Jugend des Zeitzeugens schwerwiegende Verletzungen gab, diese natürlich nicht wiedergutmacht werden. Aber allein dadurch, dass sie da sein dürfen, hat dies etwas Heilsames für unsere Gesellschaft, weil es nicht mehr verdrängt wird. Wenn es in Torgau nicht den Verein aus wenigen sehr engagierten Leuten gegeben hätte, dann würde es dort gar nichts mehr geben, was daran erinnert. In Torgau ist der ehemalige Zellentrakt ja zu Wohnungen ausgebaut worden, wir sind als Gedenkstätte nur in einem Teil des ehemaligen Jugendwerkhofs, und das ist natürlich eine ganz eigene Situation.

HIELSCH: Ich antworte jetzt mehr mit meiner persönlichen Geschichte, und Verpflichtung ist für mich eigentlich nicht das richtige Wort. Ich komme nicht aus einer oppositionellen Familie, aber auch nicht aus einer angepassten. Ich komme aus einer dieser Familien, die Mischformen sind. Ich bin in die Christenlehre gegangen, gleichzeitig gab es da auch Anpassungsleistungen meiner Eltern. Geprägt hat mich glaube ich, dass immer sehr viel darüber geredet wurde. Ich glaube auch nicht, dass mich diese sieben Jahre vor 1989 zu dem Menschen gemacht haben, der ich bin, sondern mehr die Erinnerung und Haltung meiner Eltern, wie sie mit mir darüber geredet haben und mit mir umgegangen sind, sich auch kritisch selbst hinterfragt haben und zugelassen haben, dass ich nachgefragt habe. Das hört allerdings nicht bei meinen Eltern auf. Kurz nach meinem Abitur habe ich auch meine Großeltern über ihre Lebensgeschichten in beiden Diktaturen interviewt. Ich sehe das alles ein bisschen mehr in einer größeren Linie. Für mich ist es wichtig zu gucken, woher ich komme, wer ich bin, wie meine Familie damit umgegangen ist.

Ich finde es sehr beeindruckend, wie Sie, Frau Thieme, das mit dem „Heilen“ sagen. Für mich hat es auch noch etwas zu tun mit „Zeugenschaft ablegen“, das ist für mich der Begriff. Es gibt ja solche Zauberwörter, die einem immer wieder durch den Kopf gehen. Denn es muss erzählt werden und wir hören zu. Aber dabei kann es natürlich nicht aufhören, da sehe ich eben die Aufgabe dieser vielbemühten „Dritten Generation Ost“, dass wir in der Mittlerposition sind, in einem Dazwischen. Herr Wurschi hat das ja auch angesprochen, dass wir eben dieses Zipfelchen DDR-Geschichte noch mitbekommen haben, für uns ist es noch nicht historisiert, noch nicht Geschichte. Wir haben aus erster und zweiter Hand mitbekommen, dass das nicht Geschichte, sondern Leben ist, und kriegen das auch im Gespräch mit Zeitzeugen immer wieder mit. Oft habe ich bei Zeitzeugen erlebt, dass sie sagen: „Sie kommen ja auch aus dem Osten, Sie wissen

ja, wie das war“, auch wenn das erst einmal ganz irrational erscheint. Ich weiß nicht, wie das war, aber trotzdem gibt mir diese „Ost-Identität“, die ich habe, einen Zugang zu den älteren Generationen.

Gleichzeitig habe ich mit meinem Aufwachsen in den 90er-Jahren, dass ich mich also nicht an dieses System anpassen musste, sondern mit meinen sieben, acht Jahren eher reingewachsen bin, auch eine Mittlerposition für die Jüngeren, für die das nur noch Geschichte ist, die nicht mehr erlebt haben, dass das Leben, Leid und Erfahrung ist. Weil ich mich selbst nicht mehr fragen muss, wie ich mich verhalten habe – und da kommen wir zur Gnade der späten Geburt –, bin ich auch frei von Mitschuld. Dadurch kann ich vielleicht andere, freiere Fragen stellen und einen Schritt zur nächsten Generation machen. Das habe ich so in den Schülerworkshops, die ich gemacht habe, erlebt.

Ich erzähle mal eine Szene, die ich ganz spannend fand. Am Anfang sind wir ganz locker rangegangen, haben gesagt, jetzt sprechen wir mal mit den Zeitzeugen, haben das nicht moralisch tiefschürfend gemacht, das kommt bei den 11- bis 14-Jährigen nicht so an. Dann erzählte einer der Zeitzeugen, er war zu DDR-Zeiten Grenzsoldat. Ein 11-jähriger Schüler hat ihn einfach gefragt: „Und, haben Sie geschossen?“ Plötzlich war diese Ernsthaftigkeit da. Ohne dass man sie vorher reingedrückt hätte, ist sie aus der Situation heraus entstanden. Eine Aufgabe, die ich für mich sehe, ist, dann mit dem Schüler und dem Zeitzeugen darüber zu reden und das gut aufzubereiten, einzubetten und sich mit so einem Thema wie Grenzsoldaten und Mauertoten auseinanderzusetzen. Ich sehe es als einen Vorteil meiner Generation, dass wir keine Erlebnissgeneration mehr sind und trotzdem eine Verbindung zur DDR haben. Es ist eine besondere historische Möglichkeit, das an die Jüngeren weiterzugeben.

RIESEL: Vielen Dank für Ihre Antworten. Sie haben gerade gesagt, es muss erzählt werden, und wir hören zu. Das bringt mich zum nächsten Stichwort. Ich möchte noch einmal aus einem anderen Buch etwas vorlesen. 2011 erschien das Buch „Das Paradies. Meine Jugend nach der Mauer“ von Andrea Hanna Hünninger, 1984 in Weimar geboren. Sie spricht in diesem kurzen Abschnitt ganz gut das an, worüber ich gleich mit Ihnen sprechen möchte, nämlich das „Schweigen der Generationen“: „Ich teile mit vielen jungen Ostdeutschen die Erziehung durch melancholische, ja depressive, eingeknickte, krumme, enttäuschte, beschämte und schweigende Eltern und Lehrer. (...) Ich weiß, wie [meine Lehrerin] Christa Wolf vor der Tafel verteidigte, wie sie auf die Frage, ob sie den Film ‚Good Bye, Lenin!‘ schon gesehen habe, ausdruckslos erwiderte: ‚Ich weiß noch nicht genau, ob ich den Film sehen möchte.‘ Es klangen da so viel Unsicherheit und Angst



mit.“ (Andrea Hünninger: Das Paradies. Mein Leben nach der Mauer. Stuttgart 2011, S. 63 f.) Dieses Schweigen, von dem Frau Hünninger spricht, und auch die Aufforderung: „Es muss erzählt werden, wir hören zu!“ – gibt es denn überhaupt dieses allgemeine Schweigen zwischen den Generationen? Viele von Ihnen kennen sicher den Film „Jeder schweigt von etwas anderem“, da wurde dieses Motiv auch aufgegriffen. Gibt es noch großen Gesprächsbedarf? In Ihrer Familie, Frau Hiebsch, gab es ja einen Austausch zwischen Ihnen und den Eltern. Wie sieht es bei meinen anderen Gesprächspartnern aus? Ist da innerfamiliär gesprochen, aufgearbeitet worden?

KLIESE: Ganz lange Zeit nicht. Ich habe das Gefühl, das wird langsam besser. Das geht auch mit dem Ankommen meiner Elterngeneration in dem System einher. Also damit, dass sie mehr über sich nachdenken, sich auch mehr die Freiheit nehmen, über Dinge nachzudenken und vielleicht auch besser zurecht kommen. Für meine Eltern kann ich sagen, dass sie mit der Wende nicht gut zurecht gekommen sind und demgemäß der Dialog dann auch schwierig war. Ganz lange Zeit habe ich nicht gewusst, wie sie zu dem System standen, und habe mich auch nicht getraut, sie zu fragen, weil sie auch nicht ausgestrahlt haben, dass sie gerne

darüber sprechen möchten. Ich wusste, dass mein Vater drei Jahre bei der NVA war und dort in der Bibliothek gearbeitet hat. Ich habe sehr viele und sehr schöne Bücher geschenkt bekommen, von Kafka, von Böll, und vorne in den Büchern war ein Stempel, auf dem stand: „Wachregiment Feliks Dzierzynski“. Ich muss hier niemandem erklären, wie man das einordnen kann. Und das ist natürlich ein schwieriger Gesprächsbeginn. Wir haben sehr lange gebraucht, um uns darüber unterhalten zu können. Denn ich hatte sehr viele Fragen und habe die in einem jüngeren Alter auch ein bisschen ungestümer vorgetragen, vielleicht auch vorwurfsvoll. Das hat das Gespräch nicht unbedingt befördert.

Inzwischen sind ein paar Jahre vergangen und ich habe den Eindruck, dass es jetzt eine gute Zeit ist, um über diese Dinge zu reden, weil alle so weit angekommen sind mit dem, was sie machen, damit zurechtkommen, auch die Vorteile des neuen Systems erkennen und auch die Fehler, die sie gemacht haben. Das alles ermöglicht uns jetzt den Diskurs. Mein Vater und ich waren neulich bei der Lesung von Sergej Lochthofen aus dem Buch „Schwarzes Eis“. Das war ein sehr schöner Abend und das zeigt ja auch, dass es da eine Entwicklung gibt und dass es durchaus möglich ist, mit ein bisschen Geduld und Fingerspitzengefühl ins Gespräch zu kommen. Natürlich glaube ich, dass die Arbeit, die ich für die Gedenkstätte mache, für meine Eltern auch hart ist, dass es für sie vielleicht wie ein Vorwurf wirkt. Das kann ich ihnen aber nicht abnehmen. Ich fühle in mir, dass ich diese Arbeit gerne machen möchte, und fühle auch die Verantwortung durch die Zeitzeugen. Und ich kann meine Eltern nicht von den Gedanken befreien, die sie dazu haben. Ich möchte aber auch nicht als Buchhalter ihrer Schwächen auftreten, weil ich nämlich eben nicht alt genug bin, um zu sagen, was ich gemacht hätte. Aber ich bin ganz optimistisch, bezogen auf die nächsten Jahre, wie wir da miteinander ins Gespräch kommen können. Vor zehn Jahren hätte ich das viel, viel negativer gesehen. Ich glaube, da ist noch einiges möglich.

RIESEL: Vielen Dank. Herr Wurschi, wie sieht das bei Ihnen aus, schweigt jeder von etwas anderem?

WURSCI: Ich weiß gar nicht, ob das Schweigen zwischen den Generationen das Entscheidende ist. Ich glaube, das Schweigen an sich war ein Phänomen der DDR. Schweigen war besser als Reden. Denn wer sprach, machte sich angreifbar, musste womöglich Konsequenzen in Kauf nehmen, die er nicht in Kauf hätte nehmen müssen, hätte er geschwiegen. Und diese Verhaltensform, nicht miteinander zu sprechen, hat sich auch über das Jahr 1989 hinaus bewahrt. Mir fällt immer wieder auf, dass der „Ostdeutsche an sich“ immer noch Schwierigkeiten hat, sich kommunikativ zu artikulieren, oder sich damit viel schwerer tut als der

„Westdeutsche an sich“. Es gibt natürlich immer Ausnahmen. Solange das so ist, werden genau solche Gesprächsebenen nötig sein. Dass die Jüngeren die Älteren fragen: „Wie war es denn?“ Und die Älteren aber auch von sich aus sagen: „So war es.“ Und das Schweigen ist nicht immer nur ein Angriff auf die Älteren, sondern ganz viele Jüngere fragen auch gar nicht, sondern nehmen es einfach hin, wenn die Eltern schweigen oder über eine Phase ihres Lebens hinweggehen.

Doch ich bin optimistisch, denn Zeit heilt oft die Wunden. Ich denke, wir werden mehr ins Gespräch kommen. Dazu sind auch die Bücher, die Herr Riesel vorstellte, sinnvoll. Denn sie sind Gesprächsangebote. Allerdings auch nicht mehr. Es fällt mir nicht immer leicht, ruhig zu bleiben, wenn ich derartige Bücher in die Hand nehme und dann lese, dass die „heute zwischen 24 und 29“-Jährigen eine „Erziehung durch melancholische, depressive, eingeknickte, krumme, enttäuschte, beschämte und schweigende Eltern und Lehrer“ (ebd.) genossen haben. Herzlichen Glückwunsch! Ich glaube nicht, dass sich so leicht Standardbehauptungen zum gesellschaftlichen Schweigen aufstellen lassen. Aber es lässt sich gut verkaufen. Allerdings kommen wir nicht miteinander ins Sprechen, wenn wir uns solche Vorwürfe gegenseitig machen. Wir kommen nur miteinander ins Gespräch, wenn wir miteinander reden und uns ausreden lassen: Sei es bei Buchvorstellungen, wie von Frau Kliese berichtet, oder indem man beim Kaffee am Sonntag mal mit seinen Eltern oder Großeltern darüber spricht.

RIESEL: Es geht gleich mit sonderbaren Begriffen weiter. Man glaubt ja gar nicht, was sich Soziologen und Feuilletonschreiber so alles ausdenken. Die „Dritte Generation Ost“, über die wir jetzt immer wieder gesprochen haben, ohne dass wir uns, und vor allem Sie sich, Herr Wurschi, diesem Identitätskonstrukt wirklich zugehörig fühlen, ist ja nur die eine Seite, bezogen auf die deutsch-deutsche Geschichtsaufarbeitung. Es gibt ja auch – wortwörtlich – noch die andere Seite, nämlich eine „Dritte Generation West“. Wie sieht es denn da aus? Eigentlich müsste es ja auch deren Anliegen sein, DDR- und damit auch deutsch-deutsche Geschichte aufzuarbeiten und sich damit zu befassen. Auch dazu möchte ich etwas vorlesen, diesmal nicht aus einem Buch, sondern aus einem Zeitungsinterview. Es bezieht sich auf den 1976 in West-Berlin geborenen Schauspieler Lars Eidinger, der im Tatort und im Polizeiruf mitspielt. Er ist also einer der Vertreter der „Dritten Generation West“, die logischerweise nicht als „Zonenkinder“ bezeichnet wird, sondern als „Generation Golf“. Lars Eidinger hat vor Kurzem in einem Interview gesagt, dass er es furchtbar fand, in den frühen 90er-Jahren mit seinen Eltern Ausflüge ins Berliner Umland machen zu müssen: „Ich habe mich zu Tode geschämt, in einem 5er BMW im Schrittempo durch diese Käffer zu

fahren, die Leute standen in den Vorgärten und haben geguckt. Mein Bruder und ich sind hinten immer tiefer in den Sitz gerutscht.“ Das lese ich aus dem Grund vor, um zu zeigen, dass Irritation und Verunsicherung nicht nur rein ostdeutsche Gefühle sind. Gerade was unsere Generation angeht, sind auch die, die im Westen nach 1975 geboren sind, natürlich von der deutschen Wiedervereinigung überrascht worden. Eine Frage an alle meine Podiumsgäste – es ist schade, dass hier oben jetzt kein Vertreter aus dieser Generation aus dem Westen sitzt, aber vielleicht können Sie aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zehren: Wie ist es denn bei unserer Generation im Westen um die Aufarbeitung bestellt?

HIEBSCH: Ich finde den Generationsbegriff schwierig, weil es hier um Integrationsliteratur geht, die nicht Kommunikationsangebot nach außen ist, sondern eine Verfestigung nach innen erreichen soll. Insofern bin ich gegenüber dem Begriff „Generation West“ genauso kritisch wie gegenüber „Generation Ost“. Ich werde oft von Älteren gefragt, ob das bei uns überhaupt noch eine Rolle spiele. Ich habe 2003 in Berlin angefangen zu studieren und wir haben uns natürlich untereinander darüber unterhalten, wo wir herkommen. Der eine meinte: „Mensch, du kommst aus dem Osten, ist ja spannend, erzähl mal“. Es war auf jeden Fall ein Thema. Ob die DDR und ihr Zusammenbruch für meine Freunde aus dem Westen dieselbe Prägungskraft entwickelt hat, kommt – wie auch bei der sogenannten „Dritten Generation Ost“ – auf den persönlichen Lebensweg an. Ein Freund von mir kommt beispielsweise aus Bayern und hatte eine Tante, die in West-Berlin gelebt hat. Als Kind hatte er immer große Angst beim Grenzübertritt in die Ostzone, weil die Grenzer ihn so streng angeguckt haben. Wenn solche Erfahrungen Teil der eigenen Lebensgeschichte sind, dann ist es schon von Bedeutung, was DDR ist und dass die Mauer gefallen ist. Aber es gibt auch Leute, für die es wirklich gar keine Rolle gespielt hat. Ein Gesprächsthema ist es jedoch in meinem Umfeld auf jeden Fall. Dabei geht es weniger um Ossi-Wessi-Rhetorik, sondern um die verschiedenen Sichtweisen und vor allem um die eigene Geschichte. Auf der anderen Seite muss ich sagen, dass ich 1990 in dieselbe mediale Kultur hineingewachsen bin, ich habe dieselben Serien geguckt wie die Leute aus dem Westen. Darüber schreibt Jana Hensel auch. Also ich kann mich nicht komplett davon trennen und sagen, ich bin Außenseiter, komme aus dem Osten und gehöre da nicht dazu. Das lässt sich nicht wirklich durchziehen.

THIEME: Ich habe mit 18 ein Soziales Jahr in Frankreich gemacht. Wir waren dort zehn deutsche junge Mädchen, die neun anderen kamen aus den alten Bundesländern und ich war die Einzige, die aus den neuen Bundesländern kam. Schon damals war meine DDR-Erfahrung sehr oft Gesprächsstoff, sowohl mit



den französischen Kollegen als auch mit meinen Mitstreiterinnen. Vielleicht hat mich das auch ein Stück weit geprägt.

KLIESE: Die Erfahrung, die ich in meinem nicht repräsentativen Umfeld mache, ist, dass meine westdeutschen Freunde wesentlich weniger hart mit der DDR ins Gericht gehen als ich. Aus einer gewissen falsch verstandenen Höflichkeit oder Freundlichkeit. Die haben manchmal glaube ich wirklich Sorge, uns zu beleidigen, wenn sie etwas Negatives sagen, was mitnichten der Fall ist, und üben sich deswegen in sehr großer Zurückhaltung. Ich stelle fest, dass man versucht – gerade wenn man im Osten studiert –, höflich und freundlich zu sein und aufgeschlossen und nichts Negatives zu sagen, dass diese Höflichkeit aber dazu führt, dass man sich bestimmten Themen auch nicht annähert.

Ich bin ja selber in der politischen Linken verortet und stelle dort bedauerlicherweise auch im Westen ein sehr starkes Schönreden der DDR fest. Ich bedauere das, weil das für mich nichts mit Links- oder Rechtssein zu tun hat. Für mich sind das rein menschenrechtliche Fragen, Fragen der Humanität, die überhaupt nichts damit zu tun haben, ob man sich als konservativ oder links empfindet.

Trotzdem ist es bei der politischen Linken, auch jetzt bei den Jugendlichen, äußerst verbreitet, sehr positiv an die DDR-Betrachtung heranzugehen. Ich muss an der Stelle immer wieder an die Leute denken, die zu DDR-Zeiten in den Westen gekommen sind, die in der DDR Schlimmes erlebt hatten und die Erfahrung machen mussten, dass man in politischen Kreisen von ihrem Schicksal nichts wissen wollte, weil man ja sein schönes, freundliches DDR-Bild, das man auch in der Linken im Westen teilweise hatte, nicht getrübt sehen wollte. Für viele, die erzählen wollten, wie es war, war das sicher eine ganz bittere Erfahrung. Ich habe eigentlich gehofft, dass wir inzwischen darüber hinausgekommen sind, stelle aber immer wieder Tendenzen der Verharmlosung fest. Ich hoffe, dass wir es schaffen, das irgendwann einmal von diesem „politisch rechts oder links“-Diskurs zu lösen, weil die DDR aus meinem Empfinden auch mit einer linken Politik, nämlich mit Solidarität und Menschlichkeit, überhaupt nichts zu tun hatte.

RIESEL: Danke, Frau Kliese. Diese Erfahrung haben sicher auch einige von Ihnen im Publikum gemacht, dass Ihre Geschichten in der Bundesrepublik nicht immer gehört und erwünscht waren. Ich möchte mich ganz herzlich für Ihre doch zum Teil sehr persönlichen Einblicke bedanken, mit denen Sie auch einen großen Teil Ihrer Arbeit und Ihres Engagements begründen. Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute für Ihre Arbeit und dass Sie diesen besonderen doppelten Blick beibehalten, weil Sie eben in zwei Systemen aufgewachsen sind. Vielen Dank!



Zeitzeugengespräch

Widerstand und Haft im SED-Staat

SABINE POPP, HEIKE WATERKOTTE, HARALD MÖLLER, WOLFGANG KOCKROW
Moderation: MARKUS PIEPER

MARKUS PIEPER: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Eisel, vielen Dank für den wirklich netten Empfang. Auf dem Bautzen-Forum ist es eine gute Tradition geworden, sich nicht nur mit Fragen der Aufarbeitung, mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fragen der Bildungsarbeit zu beschäftigen. Wir widmen uns ebenso dem Schicksal von Menschen, um die es uns an diesem Ort in besonderer Weise geht. Es sollen ehemalige Häftlinge von Bautzen und anderen Haftanstalten in SBZ und DDR zu Wort kommen, die einen hohen Preis für ihr Engagement für Freiheit und Demokratie bezahlen mussten. Herzlich willkommen, Frau Popp, Frau Waterkotte, Herr Kockrow und Herr Möller. Haben Sie vielen Dank, dass Sie heute gekommen sind, um uns von Ihren Erfahrungen zu berichten.

Zeitzeugengespräch · Widerstand und Haft im SED-Staat

Unsere vier Gäste haben jeweils ihre eigene Geschichte, die sie an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Jahrzehnten erlebt haben. Ich würde gern mit Herrn Möller beginnen, der Ende der 40er-Jahre verhaftet wurde. Er stammt aus Vacha in Thüringen, lebte direkt in Grenznähe zu Hessen, was damals noch die Demarkationslinie zwischen zwei Besatzungszonen war. Herr Möller, Sie sind vollkommen unerwartet quasi aus heiterem Himmel verhaftet und zu zweimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wie ist es dazu gekommen?

HARALD MÖLLER: Ich wurde unter wirklich dubiosen Umständen verhaftet. Zunächst einmal habe ich während der NS-Zeit bis zum Schluss durchhalten müssen, ich war sogar noch Soldat. Ich kam in amerikanische Kriegsgefangenschaft und nach der Entlassung in meine Heimatstadt zurück. Damals war diese von US-Truppen besetzt. Obwohl es für die Amerikaner ein Fraternisierungsverbot gab, hatte ich das große Glück, mit einem amerikanischen Soldaten häufiger spazieren zu gehen. Ich konnte mein Schulenglisch so etwas aufbessern. Das war eine schöne Geschichte. Eines Tages zogen die Amerikaner ab und noch heute ist es mir ungewiss, wie ein einfacher amerikanischer Soldat schon damals die Verhältnisse recht herauskristallisiert hat. Er hat mir erklärt, dass sich die Amerikaner zurückziehen und die Sowjets kommen. Er hat mir auch erklärt, dass es für junge Leute wirklich schwierig wäre, unter den Sowjets zu leben. Er ist sogar zu meinem Vater gegangen – mein Vater war Justizbeamter und wir hatten eine Dienstwohnung im Amtsgericht – und hat ihm erklärt, dass er mich gerne in die amerikanische Zone mitnehmen würde. Mein Vater hat das total abgelehnt, denn ich war das einzige Kind.

Eines Tages kamen also die Sowjets. Die Schule begann wieder. Es hatte so den Anschein, dass es sich so langsam entwickelte. Als Schulkameraden haben wir uns immer getroffen und waren als kleine Gruppe unterwegs. Die Grenze war jetzt abgeriegelt und meine Heimatstadt war plötzlich getrennt. Ein Stadtteil lag in Hessen und der andere in der sowjetischen Zone. Zunächst waren sowjetische Soldaten als Grenzer eingesetzt. Man war in einem Freiheitsrausch, wir hatten plötzlich Glen-Miller-Musik, es gab für uns jetzt wirklich eine neue Welt und die Erzählungen des jungen Soldaten bedeuteten für mich eben Freiheit. Freiheit war das wichtigste Wort überhaupt. Wir fühlten uns frei, wir dachten, wir können jetzt alles tun, können sprechen, wie uns der Schnabel gewachsen war. Außerdem lebten alle meine Klassenkameradinnen im hessischen Teil, im amerikanisch besetzten Gebiet. Wir waren damals in dem Alter, wo wir gerne mit dem weiblichen Geschlecht zu tun hatten. Wir sind zu Tanzveranstaltungen abends über die Grenze geschlichen. Wir kannten ja unsere Wege, die die Sowjets nicht

kannten. Als wir auf der anderen Seite waren, haben wir denen natürlich auch mal eine lange Nase gezeigt. In der Weise lief es also weiter.

Nachdem wir unser Abitur bestanden hatten, wollte ich Lehrer werden. Ich habe dann auch mit dem Pädagogikstudium angefangen. Eines Tages sagte ein Klassenkamerad, der ein Theologiestudium an der Universität Jena begonnen hatte, besuch mich doch mal, wir haben bald den „Dies academicus“ – das war die Festveranstaltung der Universität. Wir sind dort hingefahren und saßen an einem großen Tisch zusammen, unterhielten uns recht freimütig. Da einige wussten, dass wir öfter über die Grenze gegangen waren, wollten sie wissen, wie es da jetzt aussieht, wir sollten mal eine Zeitung mitbringen. Wir haben ganz freimütig gesprochen, ohne dass wir dachten, dass irgendetwas passieren könnte.

Meine Mutter lebte damals bei einem Onkel in Greiz und sie bat mich 14 Tage später, ihr ihre Sommergarderobe zu bringen. Am 21. April 1948 fuhr ich also mit zwei Koffern Sommergarderobe zu meiner Mutter. An der Sperre am Bahnhof wurde ich von zwei Herren empfangen, die mich fragten, ob ich Herr Möller bin. Als ich Ja gesagt habe, hat einer gesagt, na, da hat mir Ihre Mutter eine gute Beschreibung abgegeben. „Wir haben zufällig ein Auto und man hat mich gebeten – wir waren bei Ihrem Onkel zum Skatspielen –, Sie abzuholen.“ Ich nichts ahnend, nahmen die mich in Empfang. Ich sagte, dass ich noch ein Gepäckstück in der Aufbewahrung hatte, aber der sagte, dass sie das dann schon holen würden. Ich wurde dann ins Auto gesetzt und wir unterhielten uns sehr freundlich. Sie fragten auch nach westdeutscher Zeitung, ich wäre doch öfter mal in der Westzone gewesen. So ging das immer hin und her. Ich habe auch ganz freimütig gesprochen.

Dann hielt das Auto plötzlich vor einem Gebäude. Die beiden stiegen aus, erklärten mir, sie hätten noch was zu erledigen, und ich saß ganz allein im Auto. An diesem Gebäude sah ich das Schild „Volkspolizei“. Ich war ahnungslos und dachte, dass es da vielleicht eine Verbindung zu meinem Onkel gab, der beim Zoll war. Die beiden kamen zurück, öffneten den Wagenschlag und schrien mich an: „Sie sind verhaftet. Raus!“ Da habe ich tatsächlich erst einmal gelacht, weil ich dachte, die machen ein Späßchen mit mir. So naiv waren wir. Ich wurde dann in einen Raum geführt, wo eine Volkspolizistin an der Schreibmaschine saß. Der riefen sie zu: „Das ist Möller, Verdunklungsgefahr!“ Den Begriff kannte ich zwar aus dem Krieg – verdunkelte Autos, verdunkelte Wohnungen –, aber was das mit mir zu tun haben sollte, war für mich nicht nachvollziehbar. Ich bat die Dame, mir zu erklären, was das alles sollte. Da kriegte ich als Antwort nur: „Halt’s Maul!“ Das war alles.

Es dauerte nicht lange, da kamen die beiden Herren mit zwei sowjetischen Offizieren. Ich wurde über einen langen Gang geführt, die beiden vom Anfang verabschiedeten sich und ich war mit den Sowjets alleine. Dann ging es los: „Wo haben Sie Ihre Waffe? Welchen Spionageauftrag hatten Sie? Welche Brücke sollten Sie sprengen?“ Also absoluter Unsinn, auf den ich nur antworten konnte: „Ich habe keine Ahnung, ich weiß nicht, wovon Sie reden.“ Ich musste mich völlig ausziehen, man hat mir das Jackenfutter aufgetrennt und alle suchten nach einer Pistole, die ich natürlich nie hatte. In dem Moment war für mich alles zu Ende, ich wusste gar nicht, was passieren sollte. Es dauerte nicht lange, da wurde ich in ein anderes Auto gesetzt, die Fenster wurden verdunkelt, links und rechts von mir saß jeweils ein sowjetischer Offizier, vorne auf dem Beifahrersitz saß ein sowjetischer Soldat, der seine Pistole entscherte. Wir fuhren in die Nacht hinaus. Ich hatte keine Ahnung, wo die Fahrt hingehen sollte.

Irgendwann im Gelände hielt das Fahrzeug an und ich wurde unter Druck rausgeschoben. Ich sollte in den Wald reingehen und die liefen dann hinter mir her. Ich weiß nicht, was mir in dem Moment durch den Kopf gegangen ist. Es war jedenfalls eine ganz, ganz schlimme Situation. Letztendlich stellte es sich heraus, dass die Herren mal ihr Geschäft verrichten mussten, das war alles. Ich kam dann wieder in das Auto rein und irgendwann hielt es auf einem großen Hof, nachdem es ein paar Mal kontrolliert worden war. Später habe ich dann erfahren, dass das das Oberlandesgericht in Weimar war.

Ich wurde in eine Zelle im Keller hineingestoßen. Da lag eine Person auf dem blanken Fußboden und für mich sah es so aus, als hätte sie einen weißen Verband um den Kopf. Es stellte sich heraus, dass das nur ein Tuch war, das er sich über die Augen gelegt hatte, weil die Lampe in der Zelle sehr grell war. Ich habe ihn gefragt, ob er verletzt sei. Da kriegte ich nur ein Schimpfwort an den Kopf und dass ich mich hinlegen sollte, er sage mir morgen Bescheid. Die ganze Nacht habe ich kein Auge zugetan. Mir ging alles Mögliche durch den Kopf, nur nicht das, was nachher gekommen ist. Am nächsten Morgen hat er mir dann als Erstes erklärt, dass ich hier nicht mehr herauskomme. Er hat mir dann das Du angeboten, das sei hier so üblich. Er sei zwar ein hoher Reichsarbeitsführer im Offiziersrang gewesen, aber wir seien jetzt eins. Das war zunächst einmal meine Geschichte, wie es zu meiner Verhaftung gekommen ist.

PIEPER: Wenig später wurden Sie zu zweimal 25 Jahren Zwangsarbeit wegen Spionage und „antisowjetischer Hetze“ verurteilt und es sah so aus, als wären Sie auf unabsehbare Zeit eingesperrt. Sie waren damals sehr jung, gerade einmal 20 Jahre alt. Was geht einem durch den Kopf, wenn man in diesem Alter zu unvor-



stellbaren 50 Jahren Haft bzw. Zwangsarbeit verurteilt wird?

MÖLLER: Das kann ich Ihnen folgendermaßen erklären. Wir wurden jede Nacht zu Vernehmungen gebracht. Tagsüber durften wir uns nicht auf den Fußboden hinlegen, wir durften auch nicht sitzen, ein Stuhl war sowieso nicht vorhanden, wir mussten immerzu in der Zelle laufen und wurden ständig durch die Spione von den Posten überwacht. Abends, wenn eingeschlossen wurde, ging eine Glocke und es hieß, jetzt ist Nachtruhe. Da klackten dann überall die Schlösser. Gleich am zweiten Abend klackte der Schlüssel und ein Posten kam, der mich anschrie: „Как фамилия?“ – Wie heißt Du? Als ich gesagt habe „Möller“, schrie er „Нет“ – Nein. Er hat wieder zugeschlossen und ging weg. Mein Zellengenosse sagte mir, dass ich Glück gehabt habe, weil ich jetzt nicht zur Vernehmung müsse. Keine fünf Minuten später klackte es wieder, er fragte wieder nach meinem Namen und dann hat er mich hochgetrieben. Er hat mich in den Hintern getreten, mich einen amerikanischen Spion, einen Faschisten genannt. Ich wurde in ein Vernehmungszimmer gebracht. Der Vernehmer hat sich als Kapitän Maslo vorgestellt. „Maslo“ heißt im Russischen „Butter“. Ich vermute, auch das war wieder ein Trick und mir wurde irgendein Name genannt, den es wahrscheinlich gar nicht gab.

Ich wurde dann in entsprechender Form gebeten, zu sagen, welchen Auftrag ich von den amerikanischen Behörden bekommen hatte, welche Brücken ich hätte

sprengen sollen. Ich konnte immer nur sagen, dass ich davon keine Ahnung habe und gar nichts weiß. Da hat er gesagt, kein Problem, schön sitzen bleiben. Da saß ich auf meinem Schemel und habe die ganze Nacht gegessen, ohne dass noch irgendetwas war. Er hat sich Essen bestellt, er hat geraucht, er hat mit seiner Dolmetscherin geturtelt. Kurz vor dem Wecken wurde ich wieder auf meine Zelle geführt und dann ging das übliche Spiel los.

Und wenn Sie das 14 Tage ohne Schlaf erleben – Schlafentzug ist das schlimmste Psychologische, was man Menschen antun kann. Ich habe oft darüber nachgedacht, ob ich nicht hätte stärker sein sollen. Es gab viele Kameraden, die stärker waren. Aber eines Tages war es auch bei denen zu Ende. So, dass ich das gemacht habe, was mir mein Zellenkamerad gesagt hat: Du kommst sowieso nicht wieder raus, unterschreib doch, erzähl denen doch irgendetwas. Er hat mir gesagt, dass der sowjetische Vernehmungsoffizier ihm erklärt habe, er sei ja auch Offizier gewesen, es gebe eine Offizierschule. Er hat mir gesagt, wenn Du gestehst, dann kommst Du irgendwann in kürzester Zeit durch eine Umschulung wieder nach Hause.

Ich habe ihm also gefolgt und bei der nächsten Vernehmung gesagt – nachdem ich vorher schon einmal durch eine Gruppe sowjetischer Soldaten entsprechende Prügel bekam, sodass ich 14 Tage tatsächlich mal nicht zur Vernehmung gebracht werden konnte –, dass ich ihm heute mal etwas erzählen würde. Da wurde mir bewusst, dass ich gar nicht wusste, wo ich anfangen sollte oder was ich ihm erzählen soll. In meiner Verzweiflung habe ich ihm gesagt, schreiben Sie doch einfach hin, was Sie wollen. Das war für ihn das Höchste der Gefühle. Er hat Protokolle geschrieben, alles in Russisch, und dann hat er gesagt, ich soll das unterschreiben. Ich habe gesagt, dass ich nichts unterschreiben kann, was ich nicht gelesen habe. Da hat er mir erklärt, ich solle den Sowjetmenschen vertrauen, vor allem auch den sowjetischen Offizieren. Er hätte schon das Richtige für mich geschrieben.

Ich habe dann unterschrieben, habe ihm vertraut, soweit man von Vertrauen sprechen kann. Jedenfalls wurde ich eines Tages in der Zelle aufgesucht. Es kam ein goldbetresster sowjetischer Offizier, der sich als Militärstaatsanwalt vorstellte und mir dann meine Anklage verlas. Also ich kann Ihnen sagen, was da alles drin stand. Ich war wie ein kleiner Goebbels in Thüringen auf Straßen und Plätzen unterwegs und habe antisowjetische Propaganda gemacht, sollte eine Brücke in Thüringen gesprengt haben und mehrere Aufträge gehabt haben. Nach zwei bis drei Wochen kam ein kleiner mongolischer Sowjetsoldat, sehr ordentlich gekleidet, er war eine tolle Erscheinung, aber ein brutaler Mensch. Wie üblich wurde

ich zum Schwurgerichtssaal geführt, vor dem zwei Sowjetsoldaten mit Kalaschnikow standen. Dort saßen etwa sechs Leute, Offiziere und einfache Soldaten, um einen Tisch mit roter Flagge. Mir wurde noch einmal das verlesen, was mir der Staatsanwalt auch schon vorgelesen hatte. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und kam nach fünf Minuten wieder und erklärte mir: In Ermangelung der Todesstrafe – eine gewisse Zeitlang war die Todesstrafe abgeschafft – werden Sie zu zweimal 25 Jahren verurteilt. Einmal wegen 58-6, 1, das war der übliche Spionageparagraf, dann 58-10, 1, das war der antisowjetische Propagandaparagraf.

In dem Moment habe ich gar nicht darüber nachgedacht, ich habe wirklich ein leichtes Lachen gehabt. So unwirklich das ist. Da wurde ich gleich barsch angefahren: Sie stehen hier vor einem hohen Militärtribunal und Sie sind nicht auf einer Kirmes, wo man lacht. Ich wurde dann gefragt, ob ich noch einen letzten Wunsch hätte. Da habe ich gesagt, ich hätte gern, dass meiner Mutter Bescheid gesagt wird, wo ich bin und dass ihr die beiden Koffer zugestellt würden. Denn die wusste ja gar nichts, ich war ja wie vom Erdboden verschwunden. Das hat man bejaht.

Dann hieß es, ich soll das Urteil unterschreiben. Ich habe mich geweigert und gesagt, dass ich nichts getan habe und mir das Geständnis erpresst wurde. Und dann hat er gesagt, nun auch egal. Und damit war der Fall erledigt. Ich wurde wieder rausgeführt. Vor dem Schwurgerichtssaal stand wieder der junge Mongole. Und jetzt kommt etwas ganz Eigenartiges. Plötzlich klopfte der mir auf die Schulter und fragte, Kamerad, wie viel. Da habe ich gesagt, zweimal 25 Jahre. Da hat er gesagt, nicht schlimm, Du bist bald zu Hause, und hat gefragt, ob ich schon gegessen habe. Da brachte er mir eine große Porzellanschüssel mit Essen. Hinterher ist mir erst bewusst geworden, dass ich plötzlich sein Kamerad war. Er fühlte sich ja auch als ein Geknechteter, der nur im Gefängnis tätig sein musste, auch ein Getriebener, und plötzlich war ich auch einer wie er. Das ist bis heute unbegreiflich.

PIEPER: 1955 wurde Herr Möller zwar begnadigt, hatte aber bereits acht Jahre in Bautzen in Haft verbracht. Er ging dann nach Westdeutschland, wo seine Mutter bereits lebte, und arbeitete anschließend in Düsseldorf beim Regierungspräsidenten und am Landesrechnungshof.

Ungefähr zu der Zeit, als Herr Möller begnadigt wurde, geriet Herr Kockrow in die Fänge der Staatssicherheit. Herr Kockrow kommt aus Berlin-Reinickendorf, also aus West-Berlin. In seiner Geschichte gibt es einige Parallelen, die auch mit den Sowjets zu tun haben: Auch Herr Kockrow ist verhaftet worden, ohne



irgendetwas davon geahnt zu haben. Der Grund für die Verhaftung war, dass er als Mitglied des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Die Falken“ Kontakt zu Jugendorganisationen anderer Länder aufnehmen wollte. Herr Kockrow, was war genau geschehen?

WOLFGANG KOCKROW: Mein politisches Leben begann Mitte der 50er-Jahre als Vorstandsmitglied der „Falken“ in Berlin. Es war die Zeit des eiskalten Krieges. Keiner aus West und Ost hat miteinander gesprochen. Wir als Jugendorganisation wollten schlauer als die Altvorderen sein und dachten, wenn die Alten sich nicht mehr verstehen, dann sollen wenigstens die Jungen zusammenwachsen. So suchte ich Kontakt zur FDJ, der Parallelorganisation der SED. Wir hatten sehr ergiebige Gespräche und der gemeinsame Nenner waren Auslandsreisen. Wir wollten Kontakt zu den Jugendlichen des Ostblocks. Da stellte sich ganz schnell heraus, dass die FDJ auch im Ostblock keine Freunde hatte. So war das ganz deutlich zu sehen, als wir nach Jugoslawien wollten. Da mussten wir als „Falken“ die Tür aufmachen. Genauso in Ungarn. In Polen und Bulgarien war es ganz anders, da machte die FDJ für uns die Tür auf, damit wir mit den Jugendorganisationen sprechen konnten. Es war also ein relativ gutes Einvernehmen zwischen unseren beiden Jugendorganisationen. Angefeindet wurden wir von West wie von

Ost. Die FDJler wurden unter Druck gesetzt, diese Verbindung doch nicht zu eng werden zu lassen. Auch im Westen wurde uns gesagt, wir sollten die westliche Politik nicht unterlaufen.

Ich habe mich davon nicht beirren lassen und habe die Kontakte weiter gesucht und die politischen Gespräche geführt. Von diesen Gesprächen habe ich meinem Vorstand selbstverständlich einen Tagesordnungsbericht gegeben, zu Teilnehmern, Themen und Inhalten der Gespräche. Der Clou war, dass wir als „Falken“ in die Sowjetunion reisen wollten. Das war zur damaligen Zeit ein waghalsiges Unternehmen. Es hat fast ein Jahr gedauert, bis ich alle Anträge zusammenhatte, die ich in der sowjetischen Botschaft abgeben musste. Nach einem Jahr konnte ich dann die Visa abholen. Ein „Falken“-Funktionär, der die Gespräche weitgehend mitgeführt hat, hat mich begleitet.

Zu dieser Zeit hatte ich einen Wagen mit einem roten Nummernschild, weil mein Auto zur Reparatur war, und konnte deshalb nicht mit dem Wagen nach Ost-Berlin fahren, sondern bin mit der U-Bahn bis zum Bahnhof Friedrichstraße gefahren. Dann sind wir die Friedrichstraße bis Unter den Linden hochgelaufen, wo es dann rechts zur sowjetischen Botschaft abging. Da hielt neben uns ein EMW – das war dieser nachgebaute BMW aus Eisenach. Zwei Leute stiegen aus, rissen mir die Arme auf den Rücken und legten mir Handschellen an. Da das der 2. Januar 1959 war und ich ja mit den Leuten vertraut war, habe ich gefragt, ob das ein verspäteter Silvesterschurz sein soll. Da sagte der „Falken“-Funktionär neben mir, das habe schon seine Richtigkeit. Also auch der stand im Dienste der Stasi. Ich wurde dann in den Wagen gestoßen, bekam einen Sack über den Kopf und der Oberkörper wurde auf die Oberschenkel heruntergedrückt. Die Fahrt ging quer durch Berlin.

Irgendwann quietschten zwei Tore. Der Wagen hielt, ich wurde rausgezerrt und der Sack mir vom Kopf genommen. Ich sah nur überall ganz kleine vergitterte Fenster. Ich wusste nicht, wo ich bin und weshalb. Ich wurde dann in eine Kellerzelle geführt, die kein Fenster hatte, vielleicht 2,30 oder 2,50 Meter breit und drei Meter lang war und eine Holzpritsche von links nach rechts hatte. Vorne waren 50 Zentimeter Raum, in dem man vor dieser Pritsche stehen konnte. Auf der Pritsche selbst konnte ich nicht laufen, weil ich dann oben gegen die Decke gestoßen wäre. Dazu kam noch ein Kübel und das war alles. Und dann passierte nichts mehr. Ein Tag nach dem anderen verging. Ich hatte kein Tageslicht, ich weiß nicht, wie lange ich in diesem Kellerloch war.

Eines Tages wurde ich rausgeholt und zu einem Vernehmer geführt, der mir vorwarf, Spionage getrieben zu haben. Man kann sich vorstellen, dass ich den nach

diesen Tagen da unten und nach der Verhaftung angegangen bin und ihn gefragt habe, wie er überhaupt dazu kommt, mir Spionage zu unterstellen: „Ich war an keinem Schreibtisch dran, ich habe keine Aufnahmen gemacht, keine Unterlagen genommen, was wollen Sie überhaupt von mir.“ Er blieb dabei, mir Spionage nachweisen zu müssen. Ich wurde wieder in diesen Keller geführt. Und jetzt weiß ich nicht, was schlimmer ist, Dunkel- oder Lichthaft. Es blieb dann beispielsweise 14 Tage und Nächte lang das Licht an. Ich habe die Arme vor die Augen gehalten, um das Licht abzuwehren, aber das hat nichts geholfen. Und dann kam die Dunkelhaft. Da konnte man jeden Millimeter der Zelle ergreifen.

Die Zeit ging wieder dahin. Ich wurde wieder zur Vernehmung aufgeführt und es blieb wieder bei der Spionage. Ich habe gesehen, dass es draußen heller wurde. Es war also schon Frühjahr und wir waren keinen Schritt weiter. Ich wurde dann eines Tages in ein Besucherzimmer geführt, wo ein kleiner, schwächlicher Mann mit dem Parteiabzeichen der SED saß. Er stellte sich als mein Verteidiger vor. Sie können sich vorstellen, wie ich den angegangen bin: „Welchen Monat haben wir, welches Datum haben wir?“ Er versuchte immer, dass ich ruhig bleibe, weil er ja wusste, dass wir hier abgehört wurden. Ich habe aber kein Blatt vor den Mund genommen und wollte endlich wissen, wo hier der Vorwurf der Spionage sei. Da guckte er in seine Akten und sagte, wieso Spionage, Sie sind doch gar nicht wegen Spionage angeklagt. Ich sagte: „Das darf doch wohl nicht wahr sein. Wie ich jetzt erfahre, war ich sechs Monate unter diesen Bedingungen in diesem Kellerloch und wurde wegen Spionage vernommen und Sie sagen mir jetzt, dass Sie gar keine Anklage wegen Spionage haben. Ich fragte, warum ich überhaupt hier bin.“ Er antwortete, dass das nicht wegen § 14 Spionage, sondern § 15 Nachrichtenübermittlung sei. Ich habe ihn gefragt, wie hoch der Unterschied im Strafmaß wäre. Er sagte, wenn man die Todesstrafe absieht, sei beides gleich, 15 Jahre als Höchststrafe. Ich dachte, ich bin in einem Irrenhaus. Dass das ein normaler deutscher Staat sein sollte, konnte ich mir nicht vorstellen. Das waren also die Lehrlinge des NKWD, von dem Herr Möller erzählt hatte, die uns nun vorgesetzt wurden.

PIEPER: Herr Kockrow, Sie wurden zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, die Sie vom ersten bis zum letzten Tag absitzen mussten. Vielleicht können Sie uns erzählen, was passierte, als endlich der lang ersehnte Tag der Entlassung kam?

KOCKROW: Ich habe dreieinhalb Jahre wegen Nachrichtenübermittlung bekommen, ohne dass ich wusste, was ich da gemacht habe. Mein Anwalt hat mir erzählt, die Nachrichtenübermittlung war, dass ich Namen, Funktionen und Aufgabengebiete von meinen Gesprächspartnern der FDJ dem westlichen Verband

der „Falken“ zur Kenntnis gegeben habe. Um alles in der Welt, was ist an einem FDJ-Funktionär so gefährlich, dass man den nicht in unseren Protokollen nennen darf. Das waren aber keine FDJler, sondern Staatssicherheitsleute und ich habe deswegen auch deren Biografien in meinen Besprechungsprotokollen den „Falken“ zur Kenntnis gegeben. Das war also die Nachrichtenübermittlung.

Ich habe in meinen dreieinhalb Jahren nicht ein einziges Mal Besuch gehabt, nicht ein einziges Mal Post bekommen. Mein Vater war schon tot, von meiner Mutter habe ich nie etwas gehört. Ich habe dreieinhalb Jahre völlig isoliert gelebt. Das war in Waldheim im Kuhstall, den es heute nicht mehr gibt. Alte Schweinekoben waren zu Zellen umgebaut worden. Kurz vor meiner Entlassung wurde ich noch nach Leipzig gebracht.

An meinem Entlassungstag kam ich auf meine Zelle zurück. Mein dunkelblauer Anzug, den ich am 2. Januar anhatte, mein weißes Hemd und blankgeputzte Schuhe waren da. Ich habe mich angezogen und stand 1962 in meiner Zelle, so wie ich am 2. Januar 1959 verhaftet worden war. Die Zellentür wurde aufgeschlossen. Und jetzt hieß es schon: „Kommen Sie“, nicht: „Laufen Sie, Stehenbleiben, Fresse zur Wand.“ Ich lief in Leipzig die Eisentreppe herunter Richtung Ausgang. Irgendwann im ersten Stock drückte mich der VoPo-Mann nach rechts rüber an eine Steinbrücke, die von uns Gefangenen immer als Seufzerbrücke bezeichnet wurde. Diese Brücke verband den normalen Knast in Leipzig mit der Staatssicherheit.

Drüben angekommen, ging die ganze Prozedur wieder von vorne los. Mir wurden die Sachen vom Leib gerissen, ich wurde von einer Ecke in die andere gestoßen, ich wurde wieder in so eine Zelle geführt. Und nun hatte ich eigentlich aufgegeben, weil ich sicher war, das überlebe ich nicht noch einmal. Zumal der erste Vernehmer zu mir gesagt hatte: „Dich Sau lassen wir nie wieder raus.“ Das fiel mir jetzt wieder ein, als ich das zweite Mal die Anstaltskleidung der Staatssicherheit anhatte. Zwei Jahre war ich wieder alleine, keine Post, keine Informationen von außen.

Wie viel Macht die Staatssicherheit in der DDR hatte, will ich Ihnen einmal kurz aufzeigen. Bereits 1961, also während meiner ersten Inhaftierung, schrieb das Ministerium für Staatssicherheit Berlin an Leipzig: „K. vermutet von einigen unserer Verbindungen eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Er kann nach der Haftentlassung großen operativen Schaden anrichten. Wiederholt hat er geäußert, dass er nach der Haftentlassung mindestens zehn Personen in Westberlin für Jahre ins Zuchthaus bringen kann. K. ist hinlänglich als Hetzer in der Haftanstalt bekannt. Die Voraussetzungen sind gegeben, ihn erneut wegen Hetze zu zwei

Jahren zu verurteilen. Um entsprechende Vorkehrungen für die Sicherheit unserer Verbindungen in Westberlin zu treffen, wird gebeten, die günstige Gelegenheit für eine erneute Verurteilung des K. zu nutzen. Wir bitten um verbindliche Rückantwort. Oberst Wichert, Leiter der Verwaltung.“

Das heißt also, 1961 war ihnen schon klar, dass ich eineinhalb Jahre später nicht entlassen werden sollte, um den Stasileuten, die in West-Berlin tätig waren, nicht gefährlich zu werden. Die hatten sich aber selbst offenbart, ich hatte sie nicht ausgespioniert. Am Rande will ich Ihnen nur sagen, wie weit die Macht der Staatssicherheit ging. Das ist unvorstellbar. Ein zum Tode Verurteilter hat ein Gnadengesuch an den Staatspräsidenten Wilhelm Pieck gestellt. Da heißt es: „Die an den Staatspräsidenten Pieck gerichteten Gnadengesuche sind durch dessen erfolgten Tod nun dem Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik vorzulegen und durch ihn zu entscheiden.“ Aus diesem Text machte ein Herr Sorgenicht von der Staatssicherheit Folgendes: „Der Präsident Pieck hat die Gnadengesuche abgelehnt. Unterschrift Staatssicherheit.“ Das heißt, sie haben nicht nur willkürlich über jahrelange Haft entschieden, ohne Richter, ohne Staatsanwalt, sondern sogar über Leben und Tod. Der Mann wurde hingerichtet.

PIEPER: Herr Kockrow hat weitere zwei Jahre auch bis zum Ende abgesessen, wurde nach insgesamt fünfeneinhalb Jahren Haft entlassen und ging nach West-Berlin zurück. In seiner Autobiografie beschreibt er diesen Tag als seine Wiedergeburt. Herr Kockrow machte später in Westdeutschland seine wiedergewonnene Freiheit zu seinem Beruf und war über 30 Jahre lang in leitender Position bei der Deutschen Lufthansa tätig.

Ebenfalls von West-Berlin aus unterhielt Heike Waterkotte Kontakte in die DDR. Sie stammt gebürtig aus Wanne-Eickel und absolvierte in den 70er-Jahren ein Freiwilliges Soziales Jahr in West-Berlin. Mit Kirchenmitgliedern im Ost-Berliner Stadtteil Weißensee diskutierte sie über die Charta 77 in der Tschechoslowakei und über notwendige Veränderungen im Ostblock. 1976 wurde der Liedermacher Wolf Biermann aus der DDR ausgebürgert. Frau Waterkotte, welche Folgen hatte dieses Ereignis für Ihr Leben?

HEIKE WATERKOTTE: Ich würde gern vorher ansetzen. 1976 war ja unsere Flugblattaktion und parallel dazu eine Petition, ein Aufruf an die Bürger Berlins und der DDR, die Ausbürgerung Wolf Biermanns kritisch zu hinterfragen und zu diskutieren. Das hatte natürlich eine längere Vorgeschichte. Ich komme aus Wanne-Eickel. Es gab regelmäßige Treffen zwischen einer Gruppe unserer Kirchengemeinde, einer holländischen Gruppe und einer Gruppe aus dem Erzgebirge. Diese Treffen fanden in der Stephanus-Stiftung in Weißensee immer eine Woche



lang statt. Wir haben in West-Berlin gewohnt, waren aber tagsüber bis abends in Ost-Berlin.

Auf dem Gelände der Stephanus-Stiftung gab es noch weitere diakonische Einrichtungen, ein Heim für geistig und mehrfach Behinderte und eine Diakonenschule. Mit einer Freundin zusammen bin ich dort unabhängig von den Kirchentreffen mit jungen Menschen aus der DDR ins Gespräch gekommen. Es wurde viel diskutiert. Im Laufe der Jahre gab es wichtige Ereignisse wie zum Beispiel den KSZE-Gipfel, die Mut machten. Es bewegte sich also was. Ich habe Zeitschriften wie den „Spiegel“ oder andere kritische Literatur rübergeschmuggelt, weil es mir auch wichtig war, Material zum Austausch zu haben.

Mein damaliger Freund Thomas Evler und ich hatten uns dann eigentlich eine Aktion überlegt. Parallel dazu hatte sich in der Bundesrepublik ja auch einiges verändert, es gab die Berufsverbote, der Verfassungsschutz war damals auch intensiv tätig. Ich war dann frisch in West-Berlin und habe die Titelseite der linken Zeitschrift „radikal“ gesehen, mit der Karikatur eines Mannes, dessen Mund zugebunden war. Da haben wir gedacht, dass sich das auf die Situation in der

DDR übertragen lässt, und wollten eine Aktion machen mit Plakaten mit dieser Karikatur. Die Presse im Westen wollten wir informieren, damit diese Aktion fotografiert und veröffentlicht wird, um uns zu schützen.

Am 17. November kam dann die Ausbürgerung Wolf Biermanns und wir haben gesagt, das ist jetzt vorrangig wichtig, das ist eine konkrete Geschichte. Nach einer Woche gab es schon Proteste von Schriftstellern gegen die Ausbürgerung und wir fanden es wichtig, dass sich auch Leute aus anderen gesellschaftlichen Berufen dazu äußern. Dann haben wir also diese Petitionen formuliert. Der Flugblatttext war daran angelehnt. Ich habe das in West-Berlin drucken lassen und weiß bis heute noch nicht, wo das gedruckt wurde, weil wir sehr konspirativ vorgegangen sind. Die Flugblätter habe ich dann im Hosenbund versteckt und bin wie immer unkompliziert eingereist. In einem Café am Alexanderplatz habe ich die Flugblätter übergeben und bin dann wieder zurück.

PIEPER: Als Frau Waterkotte die Flugblätter in die DDR schmuggelte, ist also alles gut gegangen. Mit ihren Freunden in Ost-Berlin hatte sie vereinbart, dass diese sich bei ihr melden, sollte etwas schief gehen. Da sie keine Nachricht erhalten hatte, fuhr sie erneut nach Ost-Berlin und wurde direkt beim Grenzübertritt am Bahnhof Friedrichstraße verhaftet. Frau Waterkotte, Sie waren damals 20 Jahre jung. Haben Sie gewusst, in welcher riskanten Situation Sie sich befinden? Haben Sie im Moment der Verhaftung geahnt, was alles auf Sie zukommen wird?

WATERKOTTE: Nein, eigentlich nicht. Mir war zwar klar, dass es verboten war, was ich gemacht habe. Aber trotzdem habe ich relativ unbedarft gehandelt und mich auch heldenhaft und unantastbar gefühlt. Ich denke, das ist auch eine ganz wichtige Eigenschaft, wenn man jung ist: sich mehr Dinge zu trauen, als wenn man älter ist.

PIEPER: Wir haben eben von Herrn Kockrow gehört, der ebenfalls als West-Berliner verhaftet wurde, dass er erst nach Monaten einen SED-Anwalt zur Seite gestellt bekommen hat. Hatten Sie einen Rechtsanwalt? Hat die Ständige Vertretung Sie betreut? Konnten Sie Kontakt zu Ihren Eltern in der Bundesrepublik aufnehmen oder waren Sie ganz isoliert?

WATERKOTTE: Anwaltlich wurde ich zunächst gar nicht vertreten. Einen Anwalt aus dem Vogel-Büro konnte ich erst sprechen, nachdem die Anklage formuliert war, also nach Monaten. Meine Eltern haben auch erst 14 Tage später erfahren, dass ich inhaftiert worden bin. Sie haben mich bundesweit suchen lassen und wussten nur von den Mitbewohnern meiner WG, dass ich vorhatte, einzureisen. Aber es hätte ja alles Mögliche passiert sein können. Meine Eltern und parallel

dazu auch die Ständige Vertretung in West-Berlin wurden nach knapp 14 Tagen von der Generalstaatsanwaltschaft informiert.

Ein Mitarbeiter der Ständigen Vertretung hat mich dann einmal im Monat besucht. Er hat auch vermittelt und mir Nachrichten von meinen Eltern überbracht. Über die Sache selbst durfte natürlich nicht gesprochen werden. Es war auch immer jemand von der Stasi anwesend, um aufzupassen, dass nichts Verbotenes gesagt wird. Ich durfte zum Beispiel auch nicht sagen, wie es mir geht. Aber diese Treffen waren schon sehr hilfreich. Er brachte Kleidung, Obst, Gemüse, Bücher – also wichtige Dinge, wenn man eingesperrt ist. Ich wurde dann wegen staatsfeindlicher Hetze, § 106 Strafgesetzbuch der DDR, angeklagt. Für die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung war das sehr ungewöhnlich. Denn die meisten Westbürger, die sie nach dem Grundlagenvertrag zu betreuen hatten, wurden als sogenannte Fluchthelfer wegen § 105 angeklagt. Zunächst hatten sie gedacht, es sei ein Druckfehler.

PIEPER: Sie wurden dann wegen sogenannter „staatsfeindlicher Hetze“ verurteilt. WATERKOTTE: Darf ich Sie korrigieren. Die Staatsanwaltschaft hat vier Jahre und zehn Monate beantragt, verurteilt wurde ich zu drei Jahren und acht Monaten, weil man mir schon zugebilligt hat, dass ich nicht zu den üblichen Hetzern gehörte. Während der Vernehmungen, die von November bis Mai gingen, war mir auch wichtig, deutlich zu machen, dass ich nicht von jemandem geschickt oder bezahlt wurde, sondern meine eigenen Ideen dazu hatte. Die ganze Zeit während der Vernehmungen war ich in der Stasi-U-Haft in Pankow, dann ungefähr vier Wochen auf Zwischenstation in der Keibelstraße und danach ab Juni oder Juli in Bautzen II.

PIEPER: Wenn wir uns die Situation vorstellen: Eine junge Westdeutsche aus Wanne-Eickel, die ein Freiwilliges Soziales Jahr in West-Berlin macht und dort in einer WG wohnt, wird in der DDR inhaftiert und zu drei Jahren und acht Monaten verurteilt. Das muss eine bizarre Situation für Sie gewesen sein. Sind Sie von Ihren Mithäftlingen oder den Wärtern anders behandelt worden, weil Sie aus der Bundesrepublik kamen? Oder waren Sie Häftling wie alle anderen auch?

WATERKOTTE: Für die Zeit in der U-Haft kann ich das schwer beurteilen. Ich war da in einer Zweierzelle mit wechselnden Frauen, aus dem Osten wie aus dem Westen. Einige fanden meine Geschichte schon etwas merkwürdig. Aber was die Behandlung durch die Posten anging, das war korrekt. In Bautzen war es nur eine kleine Abteilung, zu meiner Zeit waren 23 Frauen inhaftiert, einige aus dem Osten, zwei Drittel aus dem Westen. Ich war die Einzige aus dem Westen mit politischer Motivation, die anderen waren Schleuserinnen. Für mich war das eher



schwierig, als junge Frau mit Menschen aus einem ganz anderen Milieu zurechtzukommen. Da waren Frauen, die aus finanziellen Gründen Fluchthilfe gemacht haben, die aus dem Rotlichtmilieu kamen. Ich wurde dann auch begrüßt mit: „Wat, Du sprichst hochdeutsch, wat bist'n Du für Eene.“ Das war in dem Zusammenhang schon eine harte Schule. Das Wachpersonal hat sich aber steif korrekt verhalten und hat mich auch nicht anders als die anderen Frauen behandelt. Das war 1977/78, da waren die Haftbedingungen natürlich anders als früher.

Ich habe im Strafvollzug in der Küche gearbeitet. Dort hatte ich auch Hilfe von einer West-Berlinerin, mit der ich schon in der U-Haft gewesen war. Die hat mir gleich gesagt, dass ich in die Küche gehen muss und nicht in die Produktion. Wie sich dann später herausstellte, war die Arbeit in der Küche natürlich auch hart, aber sie hat mir und den anderen sehr viel mehr Bewegung ermöglicht, das Treppenhaus rauf und runter, zum Kartoffelkeller, das war alles möglich. Das war sehr viel besser, als von einer Zelle in die andere umgeschossen zu werden. Dann ging es darum, sich die Zeit so zu gestalten, dass sie zum einen schnell vorbeigeht und auch so vorbeigeht, dass ich nicht verblöde – ich habe unheimlich viel gelesen. Es wurde dann auch genehmigt, dass ich einigen Frauen Französischunterricht gab. Die Bücher dafür habe ich über die Ständige Vertretung

bekommen. So wurden wir zwei Mal in der Woche für eineinhalb Stunden zusammengeschlossen, was auch wieder ein Stückchen Freiheit und Selbstbestimmung war.

PIEPER: Frau Waterkotte wurde nach eineinhalb Jahren Haft von der Bundesrepublik freigekauft. Nach kurzer Zeit ging sie nach Hamburg, wo sie inzwischen als Sozialpädagogin in einer psychiatrischen Klinik arbeitet.

„Wir wollen die Wiedervereinigung!“ muss für die Schülerinnen und Schüler hier auf dem Bautzen-Forum absurd klingen, schließlich wurde Deutschland bereits wiedervereinigt, als sie noch gar nicht auf der Welt waren. Als Sabine Popp aus Reichenbach im Vogtland diese Worte als Schülerin mit Autoreparaturlack auf Straßen und Wände schrieb, war die Wiedervereinigung jedoch noch lange nicht in Sicht. Frau Popp, Sie haben zwei Jahre lang im Vogtland unentdeckt politische Parolen auf Straßen und Wände geschrieben, als Sie 17 Jahre alt waren. Was hat Sie dazu gebracht, diese Forderungen zu verfassen und dafür ein nicht unerhebliches Risiko einzugehen?

SABINE POPP: Gute Frage. Heute ist alles, was ich damals gefordert habe, so normal. Im Laufe der Zeit habe ich mir etliche Gedanken darüber gemacht, wie ich überhaupt darauf kam. Ich fange damit an, Ihnen etwas von meiner Oma zu erzählen. Sie kam aus Schlesien und musste flüchten. Sie hatte drei Kinder, ein Mädchen und zwei Jungs. Meine Oma ist mit zweien ihrer Kinder ins Ostgebiet gekommen, ein Sohn ist im Westgebiet gelandet, in Frankfurt am Main. 1960 bin ich geboren und ich hatte immer diesen Stress zu Hause, weil wir so gerne wissen wollten, wie es dem Bruder meiner Mutter, also meinem Onkel in Frankfurt geht. Wir haben gehofft, dass er im nächsten Jahr vielleicht wieder mal kommen kann. Ich habe mich zu Hause immer unwohl gefühlt und dachte immer, dass es falsch ist, dass wir nicht zusammen sein können. Und wenn er kam, war es bei uns zu Hause schön.

Da habe ich gefragt, warum wir nicht mal zu ihm kommen können. Man hat mir erklärt, dass das erst geht, wenn man Rentner ist. Ich war aber 14 und konnte mir überhaupt nicht vorstellen, bis 65 zu warten. Das war eigentlich der Ansatz meiner Grübelei. Da verging die Zeit. Und auch meine Freundinnen und Freunde hatten immer gesagt, dass es ihnen in der DDR nicht so gefällt. Nicht nur ich, sondern auch andere waren also unzufrieden. Ich wollte es aber dabei nicht bewenden lassen. Ständiges Jammern macht nur krank und nützt auch nichts. Ich dachte, die Mauer muss weg und wenn wir die Wiedervereinigung hätten, könnte ich nach drüben fahren und die von drüben könnten rüber kommen. So naiv habe ich mir das vorgestellt.

Weil ich eben nicht nur auf meinen 65. Geburtstag warten wollte, dachte ich, ich muss den anderen mal sagen, wie man das ein bisschen schneller machen könnte. Ich wusste natürlich auch, dass das bei der Staatssicherheit oder bei Honecker nicht beliebt sein würde. Deswegen habe ich nachts auf dem Rückweg von der Disko mit Autoreparaturlack auf die Straße einfach meine Anregungen geschrieben: „Die Mauer muss weg. Wir fordern die Wiedervereinigung.“ Damit die, die nach mir nach Hause gehen, das lesen. Ich hatte gehofft, dass Diskussionen entstehen. Aber ich wusste natürlich, dass ich keinen Pieps sagen durfte, und dachte, dass ich vielleicht von anderen mal was höre.

Zwei Jahre gingen ins Land und ich habe das alle vier Wochen geschrieben und nichts gehört. Eines Tages konnte ich es nicht mehr aushalten und habe es dann jemandem erzählt, von dem ich dachte, der versteht mich, der redet auch so, und wir waren auch ein bisschen befreundet. Und da war es dann passiert. Der ist nämlich gleich am nächsten Tag zur Stasi gerannt und hat denen erzählt, was er von mir erfahren hatte. Und gleich sind die Beamten zu mir gekommen. Sie haben gefragt, ob ich die Sabine Popp bin. Ich sollte zur „Klärung eines Sachverhaltes“ mitkommen. Ich musste mit ihnen in den Wartburg steigen und sie fuhren mich in die Kreisdienststelle Reichenbach.

Dort haben schon zwei Beamte auf mich gewartet. Ich habe immer noch gehofft, dass es vielleicht irgendetwas Belangloses wäre und nicht genau das, was ich dem anderen erzählt hatte. Aber als ich reinkam, haben sie mich sofort mit meinem Schriftzug „Mauer weg“ konfrontiert und ob ich ihnen dazu etwas sagen könnte. Da war es mir dann völlig klar. Es war dann ein recht intensives Verhör. Sie haben nach Karl-Marx-Stadt telefoniert, ich sollte ganz dringend dorthin in die Untersuchungshaftanstalt auf den Kaßberg gebracht werden. Das ist dann auch passiert. Das war also meine erste Begegnung mit dem Kaßberg: Zuerst einmal habe ich immer noch an Flucht gedacht, aber die DDR war doch sowieso ein großes Gefängnis, wo wollte man denn da flüchten.

Im Kaßberg war dann das Übliche, Vernehmungen, auch in der Nacht. Ich wusste, dass sie genau wussten, was passiert war. Sie haben mir erzählt, wie sie sich zwei Jahre lang die Mühe gemacht haben zu erkunden, wer derjenige ist. Alle Polizeibeamten von Greiz, Reichenbach, Zwickau waren in Aktion getreten, um herauszufinden, wer das geschrieben hat.

PIEPER: Nicht nur Sie sind ja festgenommen worden. Auch Ihr damaliger Freund und Ihre Schwester wurden verhaftet. Was ist mit den beiden geschehen?

POPP: Es gibt zwar den Bekannten, der mich verraten hat, aber ich hatte auch einen Freund. Der wurde zur gleichen Zeit abgeholt. Er war ja nie daran beteiligt,

er hat manchmal Schmiere gestanden, wenn ich das gemacht habe. Ich wusste, dass er zur gleichen Zeit vernommen würde, und dann war das für die Staatssicherheit ein Leichtes, uns gegeneinander mit allen Tricks auszuspielen. Das Wichtigste war für mich, bloß nicht davon zu erzählen, dass meine Schwester das wusste, die bloß nicht auch noch ins Spiel zu bringen.

Ich konnte meine Schwester vier Wochen raushalten. Eines Tages musste ich noch einmal zur Vernehmung. Da hatten sie meine Schwester ausgetrickst, die hat von sich aus zugegeben, dass sie es wusste. Und alleine das war in der DDR ein Grund, verhaftet zu werden. Gedanken im Kopf müssen schon Ketten bekommen. Das finde ich sehr gemein. Wir hatten dann sieben Monate auf dem Kaßberg verbringen müssen. Keiner wusste, wo der andere war, es gab keinen Kontakt zu den Eltern, die nicht wussten, wo ihre Kinder waren.

Nach sieben Monaten kam der Gerichtstermin am Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt. Das Gericht hat mich zu fünf Jahren Strafvollzug verurteilt und fünf Monate lang zur Zahlung von 2 000 Mark von meiner Oma, was praktisch ihre Rente war, und mein Motorrad haben sie sich auch genommen. Meine Schwester hat für ihre Mitwisserschaft, also alleine dafür, dass sie mich nicht verpiffen hat, zwei Jahre bekommen. Zwei Jahre für nichts. Mein Freund hat drei Jahre und neun Monate bekommen, weil er Schmiere gestanden hat.

PIEPER: Man muss sich vergegenwärtigen, dass Sie 17 waren, als Sie die ersten Graffiti auf die Straße geschrieben haben, und 19, als Sie verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt wurden. Ihre Jugend wurde im Strafmaß nicht berücksichtigt?

POPP: Nein, bei mir nicht. Bei meiner Schwester schon, die war in Hohenleuben bei den Jugendlichen. Ich wurde nach Erwachsenenrecht verurteilt und kam zum Strafvollzug dann nach Hoheneck ins Frauengefängnis. Viele waren dort, die weit höhere Strafen als ich hatten, etliche hatten auch niedrigere Strafen. Der hauptsächliche Grund war Republikflucht. Als ich ankam, dachte ich, jetzt ist es vorbei mit meinem Leben. Ein Zeitraum von fünf Jahren war für mich nicht überschaubar. Ich dachte, jetzt kommt der Frühling, dann der Sommer, dann kommt Weihnachten und da werde ich auch nicht draußen sein. Meine Eltern hatten Silberhochzeit, das Fest hatte ich mit vorbereitet und jetzt war das mit einem Schlag weg. Beruflich konnte ich es sowieso ganz und gar vergessen. Jetzt ging es nur noch darum, die Tage, Wochen und Monate rumzukriegen.

Ich kam mit einem Bündel in eine Zehnmannzelle. Von da an ging es zum Arbeiten. Ich habe im Dreischichtsystem Bettwäsche bei „Planet“ im Akkord genäht. Eines Tages habe ich von meiner Nachbarin, die wegen Republikflucht inhaftiert

war, gehört, dass sie in den Westen will. Da kam ich dann ins Grübeln: Die wollen in den Westen, die wollen weiterleben, die denken, dass es ein Leben gibt. So habe ich mich langsam aufgebaut.

Eines Tages habe ich von meiner Schwester über ein paar Kanäle erfahren, dass sie einen Ausreiseantrag gestellt hat. Mein Freund, der in Cottbus saß, hätte auch einen gestellt. Da habe ich gedacht, jetzt will ich keine Wiedervereinigung mehr, ich stelle jetzt auch einen Ausreiseantrag, mit dem Land bin ich fertig. In Hohen-eck habe ich dann den Antrag gestellt. Lange Zeit habe ich nichts davon gehört. Aber das Hoffen fing bei mir so langsam an.

Montags gingen die Transporte immer ab. Plötzlich wurde jemand aus dem Arbeitskommando rausgeholt – wo sind die Leute hin? Vielleicht kommen die in die Freiheit, vielleicht gehen die in die Bundesrepublik. Nach zweieinhalb Jahren hieß es dann auch für mich: „Kommen Sie mit.“ Ich hatte zehn Minuten zum Sachenpacken. Das war eine Aufregung. Dann war natürlich auch der Zeitpunkt da, wo ich wusste, ich sehe meine Eltern nie mehr. Das war für mich so ein Schlag. Meine Freunde, meinen Hund, meine Kollegen würde ich alle nie mehr sehen. In Amtssprache hieß das „lebenslanges Einreiseverbot“.

PIEPER: Als Sie in den Westen gegangen sind, haben Sie auch Ihre Schwester wiedergesehen. Sie haben in der Bundesrepublik ein neues Leben angefangen, das Abitur nachgemacht, sind Gärtnermeisterin geworden und haben ein Innenarchitekturstudium begonnen. Ihre Eltern haben Sie doch noch treffen können, in Franzensbad in der Tschechoslowakei. Dann kam 1989, die Friedliche Revolution. Das lebenslange Einreiseverbot war damit aufgehoben. Sie haben sich aber nicht nur entschieden, wieder einzureisen, sondern sind ganz nach Ostdeutschland zurückgekehrt. Hatten Sie keine Angst, Ihren Bekannten, der Sie an die Stasi verraten hatte, wiederzutreffen? Und wie gehen Ihre Freunde, die ja in der DDR geblieben sind und ein ganz anderes Leben geführt haben, mit Ihrer Geschichte um?

POPP: 1989 hat mich erst einmal sehr aufgeregt, ich hatte Angst, dass wie in China oder am 17. Juni geschossen wird und sie die Leute in ihrem Freiheitsdrang einfach wieder abführen. Das haben sie Gott sei Dank nicht gemacht. Als es dann hieß, die Grenze geht auf, war das für mich unglaublich. Geschützt von der Mauer oder getrennt von meinen Eltern war beides das Gleiche für mich. Ich bin als Erstes an die Grenze nach Herleshausen gefahren, wo die Grenze auch offen war. Wir sind gleich übergefahren und zu uns nach Hause. Das ist natürlich nach wie vor meine Heimat.

Ich dachte, die Diktatur ist zu Ende und jetzt geht die Demokratie los, so wie ich



es vom Westen her kannte. Ich wollte beim Neuaufbau gern dabei sein, nicht als Besserwessi, aber doch mit meinen Erfahrungen etwas beisteuern. Vielleicht wollte ich auch an meinen Eltern etwas gutmachen, denn sie haben sehr gelitten. Ich hatte inzwischen meinen Gärtnermeister gemacht und dachte, ich schaffe das schon und fange noch einmal an, etwas aufzubauen. 1994 bin ich dann zurück.

Ich wollte keine Rache. Der IM wohnt ein paar Häuser neben mir, bis zum heutigen Tage. Wir haben uns ein paar Mal getroffen und auch gesprochen, aber nicht darüber, sondern über Allgemeines. Ich habe immer gedacht, dass der vielleicht gar nicht weiß, dass es die BStU in Chemnitz gibt und ich aus den Akten Bescheid weiß. Scheinbar hat der sich gar keine Gedanken darüber gemacht, dass ich weiß, dass er mich verraten hat. Ich wollte ihn aber auch nicht bloßstellen. Die Zeit war vorbei, wir haben jetzt ein Deutschland, die Diktatur ist vorbei, wollen wir mal nicht übertrieben reagieren.

2008 gab es eine Bibelausstellung in Zwickau, wo ein Pfarrer unter anderem ein Foto von meinem IM ausgestellt hat. Der hatte schon viel gelernt, dass man sich wehren und gegenhalten kann, und wollte das Zeigen des Fotos verbieten lassen.

Der Pfarrer hat aber keine Angst bekommen, sondern Gegendruck gemacht. Da folgten sogar gerichtliche Prozesse. Das Landgericht Zwickau hat dann das Urteil gefällt, dass es im öffentlichen Interesse möglich ist, solche Namen preiszugeben, und dass das nicht unter die Wahrung der Persönlichkeitsrechte fällt. Letztendlich ist das meine Geschichte und damit wurde es öffentlich. Damit dachte ich auch, dass ich das nun öffentlich erzählen kann. Ich danke.

PIEPER: Haben Sie den ehemaligen Bekannten danach noch einmal getroffen?

POPP: Wir sehen uns fast jeden Tag. Wir sprechen aber seit der Ausstellung 2008 nicht mehr miteinander.

PIEPER: Frau Waterkotte, wie war das bei Ihnen, als Sie nach den Erlebnissen in der DDR-Haft nach Westdeutschland zurückgegangen sind? Sie werden mit Ihrer Familie und Ihren Freunden sicherlich über Ihre Erlebnisse gesprochen haben. Aber ging das überhaupt? Hat man Sie verstanden?

WATERKOTTE: Mit meinen Eltern war es schwierig, die waren die ganze Zeit sehr in Sorge, sie haben das nicht verstanden und mussten doch damit umgehen. Ich war außerdem nach wie vor davon überzeugt, dass das, was ich gemacht habe, richtig war. Ich hatte ja auch meine Kritik gegenüber einigen Dingen im Gesellschaftssystem der Bundesrepublik. Während der Haft war mir die ganze Zeit über wichtig, keine Schwäche zu zeigen. Ich habe mich nie als Opfer erlebt. Natürlich macht das einem was aus, aber ich habe es zum Beispiel hingekriegt, dass man mich nie hat weinen sehen.

Dann ging es eben erst einmal in West-Berlin politisch weiter. Kurz nachdem ich aus dem Aufnahmelager Gießen kam, war ich einige Tage bei meinen Eltern in Wanne-Eickel und bin dann gleich wieder nach West-Berlin. Dort haben sich dann etliche Leute gefunden, die 1977 ausgebürgerten Jenaer Leute wie zum Beispiel Thomas Auerbach, und so entstand eine Verbindung mit den ehemaligen DDR-Bürgern, die sich aber auch vom linken kritischen Ansatz her mit der DDR auseinandergesetzt hatten und auch zur Ausbürgerung Wolf Biermanns etwas gemacht hatten. Dann gab es auch Kontakte zu linken Gruppierungen, die gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands waren. Da habe ich mich wiedergefunden. Wir haben ungefähr ein Jahr lang intensiv gearbeitet, waren zu Podiumsdiskussionen, ich habe über die Haftbedingungen in der DDR berichtet. Dann haben wir in West-Berlin einen Selbsthilfeverein für ehemalige DDR-Bürger gegründet, um der üblichen Indoktrination etwas entgegenzusetzen. Die vorhandenen Gruppierungen, zum Beispiel die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“, haben die ankommenden DDR-Bürger doch politisch sehr in ihre Richtung indoktriniert. Uns war es wichtig, ihnen erst einmal die Wahl-

möglichkeit zu bieten, in welche Richtung sie sich politisch orientieren wollen oder ob sie sich überhaupt politisch engagieren wollen. Das war ein Stückchen Sozialarbeit.

Im Verlauf der Jahre habe ich mich doch mehr und mehr zurückgezogen, weil es mir wichtig war, nicht nur das als einziges Lebensthema immer weiter zu befeuern. Es ist ein wichtiges Thema und ich habe nach wie vor meine Haltung dazu, aber es ist nicht mehr so zentral in meinem Leben.

PIEPER: Sie haben gesagt, dass Sie nach wie vor davon überzeugt waren, dass es richtig war, was Sie getan hatten. Sie haben es also nicht bereut. War das auch eine Strategie, um die schwersten Stunden in der Haft zu überstehen?

WATERKOTTE: Es war ganz sicher keine bewusste Strategie, aber es hat natürlich geholfen. Es war natürlich nicht auf Augenhöhe, aber es war klar, da ist ein Gegner, ich habe aber auch meine Möglichkeiten. Es gab durchaus auch ironische Situationen, auch in den Gesprächen mit dem Vernehmer habe ich vieles hinterfragt und er ist dann manchmal auch an seine Grenzen geraten und sagte, wenn man das alles so macht, dann herrscht ja Anarchie. Oder in der Verhandlung konnte die Richterin sich überhaupt nicht vorstellen, wie das gehen soll, wenn man alles publizieren darf, dann müsse die Zeitung ja mit dem Kran angeliefert werden. Das waren teilweise schon sehr skurrile Erlebnisse.

In der Zeit danach habe ich mich intensiv damit befasst, wie sich Macht auswirkt, zunächst im politischen Bereich. Ich habe dann rückblickend besser verstanden, was mir unbewusst auch anders geholfen hat, stabil zu bleiben und diese Zeit einigermaßen anzunehmen und zu meinem Leben gehörig zu sehen.

PIEPER: Ich würde gern Herrn Möller noch einmal fragen: Sie waren sehr lange in Haft, insgesamt acht Jahre. Hatten Sie eine persönliche Strategie entwickelt, um diese Jahre zu überstehen? Wie schafft man so etwas?

MÖLLER: Ich möchte es unter die Überschrift „Hunger, Kälte, Isolation“ stellen. Viele andere Kameraden haben auf Sälen gelegen, frühere Arbeitssäle, wo bis zu 400 Mann zusammengepfercht waren. Das war schrecklich, aber sie waren zusammen, mit Studienräten, mit Professoren, Studentenvertretern, und es bildeten sich Vortragsseminare, es waren Sänger dabei, später gab es einen Kirchenchor. Aber ich hatte das große Pech, in der ganzen Zeit nur auf einer Zelle gelebt zu haben. Diese Zellen waren früher für einen Häftling vorgesehen. Wir lagen aber grundsätzlich mit vier Mann auf einer Zelle. Es gab ein Dreipritschenbett nach oben und ein klappbares Einzelbett. Am Tag durften wir weder sitzen noch liegen, sondern mussten immer nur laufen.

Überlegen Sie sich mal, wenn Sie mit vier Leuten auf einer Zelle liegen, ohne



äußere Einflüsse zu haben, nur einmal am Tag eine halbe Stunde Freigang auf dem Hof haben, wo Sie mit niemandem sprechen dürfen. Über was kann man sprechen? Es gab weder Literatur noch Zeitungen, keine Spiele, überhaupt nichts. Ich lag mit drei jungen Leuten auf einer Zelle. Der eine war Schustergeselle, der andere war Fleischerlehrling, der dritte war im Metallfach tätig. Wir haben uns unser Leben glaube ich fünfzig Mal erzählt. Man war also vollkommen isoliert und hatte überhaupt keine Möglichkeit, sich in irgendeiner Form bekannt zu machen oder irgendetwas Neues zu initiieren.

In einem Vierteljahr bekamen wir ein Stück Tonseife, das kann sich heute keiner mehr vorstellen. Das war mehr Ton als Seife. Aus diesen Dingen haben wir uns kleine Kügelchen oder irgendetwas gebaut und haben dann versucht, Schach zu spielen. Es war so nervig, man ging sich ja gegenseitig voll auf den Keks. Wir haben Kochrezepte ausgetauscht, erzählt, was wir zu Hause gegessen haben, lauter solch einen Blödsinn. Wir hatten keine Möglichkeit, irgendetwas zu tun.

Plötzlich wurde einer der jungen Leute aus der Zelle herausgeholt und ein voll-

gefressener Häftling wurde uns in die Zelle gelegt – wir waren ja alle abgemagert. Der Mann hat uns erzählt, er war im Strafbataillon 555, also ein reiner Berufsverbrecher. Er hatte aber eine derartige Gewalt, er konnte perfekt Russisch, er konnte mit den Sowjetposten immer kommunizieren und hat uns in der Weise erpresst, dass er gesagt hat: Jeder hat jeden Tag nur ein kleines Schüsselchen Suppe, machen wir es doch so, jeder kriegt einmal die ganzen Schüsseln. Er konnte das fressen, wir nicht – aber das, was von uns übrig blieb, hat er noch mitgefressen. Er wollte uns auch tätowieren und solche Sachen, aber ich habe mich damals geweigert. Da hat er mir ganz klar gesagt, dass ich ganz schnell wieder weg wäre, im Karzer oder irgendwo, wenn ich hier nicht mitspiele.

Mein großes Glück – oder Pech – war es, dass ich plötzlich einen Blutsturz bekam, ich hatte also TBC und kam dann in das TBC-Haus. Dort lagen bis zu 1 000 TBC-Kranke. Diese Krankheit war eine schreckliche Geißel. Wenn jemand mit einem Blutsturz aus der Zelle rauskam, kam im Nu der nächste rein, ohne dass die Zelle desinfiziert worden war. Es war also nur eine Frage der Zeit und der Hunger tat sein Übriges dazu. Das einzig Gute war, dass wir auf den TBC-Sälen den ganzen Tag liegen durften. Als ich das erste Mal in diesen Saal hineinkam, habe ich nur ausgemergelte Gestalten mit einem Schwellkopf gesehen, und ich habe mich gefragt, wie das kommt. Die bekamen jeden Tag 200 Gramm Hefe in einer Brühe. Wenn es ganz schlimm wurde, kam man in die Innenbaracke, da wusste jeder, dass man da nur noch rausgetragen wird. Es war eine schreckliche Zeit. Aber ich hatte dann das große Glück, dass ich eine Zeitlang im Sanitätsbereich mitarbeiten durfte. Es gab einen Zahnarzt, der nur Zähne ziehen konnte, aber sonst nichts. Da durfte ich mal Zahnzement anrühren, war also mit etwas beschäftigt.

Ich lag dann in der Sanitätszelle, wo unsere inhaftierten Ärzte tätig waren. In Bautzen hatten wir außer einem leitenden VP-Arzt nur Sanitätspersonal von jungen Sanitätswachmeistern, die wahnsinnig stolz waren, über ihrer Uniform einen weißen Arztkittel tragen zu dürfen.

Einer unserer Häftlingsärzte erinnerte sich, während seines Studiums etwas über ein Pneumothoraxgerät gelesen zu haben. Ein Gerät, das dazu diente, den oder die erkrankten Lungenflügel stillzulegen, damit sie ausheilen konnten. Durch eine Kanüle, ohne Betäubung, wurde durch einen Rippenabstand Luft zugeführt. Eine Maßnahme aus einer Zeit, als es noch keine Medikamente gegen die Tbc gab. Dieser Häftlingsarzt hat mit Häftlingen aus der Hauswerkstatt aus zwei Medikamentenflaschen ein solches Gerät gebaut, allerdings ohne jede Kontrollmöglichkeit. Immer, wenn eine Lungenfüllung nötig war, konnte eine Vene

getroffen werden, was den Tod zur Folge haben konnte. Das war eine Therapie, der auch ich drei Jahre unterzogen war, das heißt, ich wurde jede Woche mit 1 000 Kubik neu gefüllt. Jedes Mal, wenn man sich auf die Pritsche legte, wusste man nicht, ob man wieder aufsteht. Trotz der großen Schmerzen war uns allen diese Maßnahme eine große Hilfe.

Und dann kamen diese jungen Sanitätsleute, die sich hinstellten und dem Arzt sagten, jetzt fülle ich aber mal. Der Arzt hatte zum Glück den Mut und sagte, dass das nur die approbierten Ärzte machen. Einer hat dann gesagt, „wissen Sie, wir haben auch schon das Visum“ – er meinte das Physikum. Es war entsetzlich, was sich da abgespielt hat. Diese 43 Häftlingsärzte, die unter demselben psychologischen Druck standen wie wir auch, haben es ohne Medikamente und ohne medizinische Geräte trotzdem irgendwie geschafft, uns alle aufzubauen. Wir sind diesen Kameraden zu großem Dank verpflichtet. Unsere verstorbenen Ärzte haben wir aufgelistet und werden demnächst für sie einen Ehrenplatz in der Gedenkstätte finden.

PIEPER: Wir sind froh, dass es Menschen gibt, die auch die schweren Erfahrungen Ihres Lebens an uns weitergeben, auch wenn es für sie nicht immer einfach ist. Deshalb, liebe Frau Waterkotte, liebe Frau Popp, lieber Herr Kockrow, lieber Herr Möller, haben Sie herzlichen Dank, dass Sie uns heute so eindrucksvoll aus Ihrem Leben berichtet haben.



Podiumsdiskussion

Geschichtsvermittlung in Jubiläen – Was bleibt?

CLAUDIA SCHREINER, ROLAND JAHN, OLIVER REINHARD

Moderation: DIETMAR MOLTHAGEN

DIETMAR MOLTHAGEN: Ein herzliches Willkommen zu dieser Abschlussdiskussion. Zum Ende des Bautzen-Forums wollen wir noch einmal über die gegenwärtige Erinnerungskultur gegenüber der DDR sprechen und danach fragen, was eigentlich bleibt nach der Erinnerung, nach dem Gedenktag. Ich freue mich auf das Gespräch mit den drei Referentinnen und Referenten auf dem Podium. Beginnen wir gleich mit der ganz großen Frage: Wo stehen wir eigentlich 24 Jahre nach der Friedlichen Revolution und 23 Jahre nach dem ersten Bautzen-Forum 1990? Wo stehen wir im Prozess der Erinnerung an die DDR und an das Leben in der DDR? Als Erstes möchte ich Roland Jahn fragen. Das diesjährige Motto des Bautzen-Forums lautet „Widerstand gegen den Kommunismus“. Das ist ein etwas anderer Akzent als das, was oft im Mittelpunkt des Gedenkens steht, was oft die Verbrechen der Stasi oder der Regierenden sind. Und oft ist es ja gerade

Podiumsdiskussion · Geschichtsvermittlung in Jubiläen – Was bleibt?

das Negative, das Unrecht, was mit einer besonderen Faszination behaftet ist. Brauchen wir aus Ihrer Sicht mehr Erinnerung an positive Seiten, etwa an Widerstand?

ROLAND JAHN: Ich denke schon. Das hat sich ja gerade da gezeigt, wenn es darum geht, der nächsten Generation zu vermitteln, was geschehen ist. Es ist, denke ich, ganz wichtig, dass hier keine Gruppe von Menschen sitzt, die gefangen ist im Leid, sondern eine Gruppe von Menschen, die deswegen ins Blickfeld der kommunistischen Diktatur geraten ist, weil sie Werte hochgehalten hat. Dass das Menschen sind, die für Freiheit und Demokratie ins Gefängnis gekommen sind. Das gilt es zu vermitteln: Dass es nicht um Akten geht, sondern um Menschen. Menschen, die Ideale hatten und haben. Und hier liegt auch die große Chance, um die Brücke zur jetzigen Gesellschaft zu schlagen, denn Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeiten, Freiheit und Demokratie sind erkämpft worden und müssen bewahrt und geschützt werden.

Diese Brücke macht es auch möglich, dass die nächste Generation sagt: Das hat ja was mit mir zu tun, das sind ja Ideale, die ich genauso sehe und, vor allem, von denen ich profitiere; von der Freiheit, mich zu artikulieren, von der Freiheit der Presse, mich zu informieren, von der Freiheit, zu reisen. Davon profitiert jeder Mensch, der in dieser Gesellschaft lebt, auch die, die jetzt erwachsen werden. Es ist wichtig, diese Botschaft mitzugeben, wenn wir über die Vergangenheit reden und betrachten, was kommunistische Diktatur ausgemacht hat. Und ich betone immer wieder: Wir haben 111 Kilometer Akten als Nachlass der Staatssicherheit. Diese Akten sind ein Monument der Überwachung, der Repression. Aber sie sind auch Zeugnisse des Freiheitswillens von Menschen.

MOLTHAGEN: Sie haben gerade den Satz gesagt, es geht nicht um Akten, es geht um Menschen. Ein schönes Zitat vom Leiter der umgangssprachlich Stasiaktenbehörde genannten Einrichtung. Wie sieht das praktisch aus, wie setzen Sie das in Ihrer Arbeit in der Behörde um?

JAHN: Wichtig ist, dass wir die Akten erst einmal den Betroffenen zur Verfügung stellen. Das ist die wichtigste Dienstleistung, die wir bieten. Letztes Jahr ist die Zahl der Anträge auf persönliche Akteneinsicht sogar wieder von 80 000 auf 88 000 gestiegen. Das ist unsere Basisarbeit, denn dadurch bekommen die Menschen wieder ein Stück gestohlene Biografie zurück. Sie alle haben ihre Erfahrungen gemacht, dass die Akten Beweise dafür sind, dass sie aus politischen Gründen im Knast gesessen haben, dass sie die Dokumente für ihre politische Rehabilitierung nutzen können. Und da gibt es auch heute noch Erfolge. Wir sind dabei, die Akten, die die Stasi zerrissen hat, zusammensetzen. Gegenwärtig



sind manuell 1,3 Millionen Blatt zusammengesetzt worden. Und da waren sogar Dokumente dabei, die für die Rehabilitierung von Einzelnen notwendig waren. Das ist konkrete Hilfe für Menschen. Das wirkt sich am Ende dann sogar bis in die Rente oder die Opferrente aus, die jetzt gezahlt werden kann.

Aber gerade auch für Journalisten, die in die Akten hineinschauen, versuchen wir vermittelnd tätig zu sein. Die Opferakten sind ja geschützt, da kann nicht jeder Journalist einfach hineinschauen. Aber wir setzen auch hier die Journalisten mit auf die Spur, sodass sie in der Lage sind, Geschichten zu erzählen. Der letzte Skandal, der präsentiert wurde, war ja die Veröffentlichung über die Pharmatests westlicher Konzerne in den DDR-Kliniken ohne Einwilligung der Patienten. Auch hier hatte die Staatssicherheit die Finger im Spiel, sie hat diese Geschäfte angebahnt und sie kontrolliert. Viele dieser Dinge finden wir in den Akten. Da geht es auch immer darum, deutlich zu machen: Es geht hier um menschliche Schicksale. Und das ist der Schub, den wir für die Presse und die Medien leisten können. Aber es ist noch einmal zu betonen: Auch da sind wieder alle aufgerufen, das ist nicht allein Sache einer Behörde, sondern alle sollen sich an der Aufklärung über das, was geschehen ist, beteiligen.

MOLTHAGEN: Vielen Dank. Roland Jahn hat gerade das Stichwort gegeben, Geschichten von Menschen müssten erzählt werden. Darum geht es auch sehr stark in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und das war ja auch



ein Bestandteil dieses Forums. Das bringt mich zu einer Frage an Sie, Frau Dr. Schreiner. Ich fand es sehr beeindruckend, den Zeitzeugenberichten im vorherigen Podiumsgespräch zuzuhören. Haben wir eigentlich in der bisherigen Erinnerungskultur an die DDR ausreichend solche Geschichten gehört und erzählt? Haben wir die sogenannten Normalbürger ausreichend im Blick oder schauen wir zu sehr auf wichtige Politiker, berühmte Künstler und die größten Verbrecher?

CLAUDIA SCHREINER: Für den Mitteldeutschen Rundfunk kann ich sagen, dass das Reservoir an menschlichen Schicksalen, an Opfergeschichten eigentlich die Quellen sind, mit denen wir unsere historischen Dokumentationen ausstatten. Am Ende sind Opfer und Täter Menschen und beide haben Geschichten. Es ist uns dann weniger wichtig, ob ein Opfer oder ein Täter prominent ist. Es geht uns darum, welche Qualität die erlebte Geschichte hat. Täter und Opfer gegenübergestellt besetzen aus medialer Sicht unterschiedliche Felder. Die Täter besetzen eigentlich die Sensation, das Grauen. Wie kann denn ein Mensch so etwas machen, mit welcher Motivation macht er so etwas, wie wird denn der gesteuert? Da gibt es wenig Mitleid. Die Geschichten von Opfern, so wie ich sie auch ges-

tern und heute gehört habe, sind emotional besetzt. Die sogenannten Zeitzeugen sind für uns in unseren historischen Dokumentationen sehr wichtig und das Rückgrat, um die Geschichten zu erzählen. Prominente spielen da für uns weniger eine Rolle. Zum Beispiel ist das Buch über Angela Merkel und ihre Vergangenheit in der DDR für uns kein großes Thema, abgesehen davon, dass ich die Diskussion darum im Moment sowieso unter Wahlkampf einstufen würde. Dieses Buch wurde uns im Vorfeld angeboten, um es als historische Dokumentation zu begleiten, und dazu haben wir Nein gesagt. Mir und auch meinem Bereich sind die Geschichten, die Sie zu erzählen haben, die Sie erlebt haben, am wichtigsten. Sie sind die Quelle für unser historisches Tun.

MOLTHAGEN: Bezüglich des Buchs über Angela Merkel fand ich es sehr interessant zu beobachten, was in der Rezeption dieses Buches passiert ist. Gegen den Vorwurf, dass Merkel als FDJ-Aktivistin nicht nur Mitläuferin, sondern Protagonistin des DDR-Regimes gewesen sei, wurde sie von einer sehr breiten Allianz verteidigt. Das reichte von Gregor Gysi über Katrin Göring-Eckardt bis hin zu BILD-Vizechef Nikolas Blome. Herr Reinhard, was sagt so eine Debatte eigentlich über den Zustand der Erinnerung in Deutschland aus?

OLIVER REINHARD: Ich denke, dies sagt ebenso viel über Erinnerungskultur aus wie über Medien. Natürlich arbeiten Bücher mit solchen Skandalen und Skandalchen, das machen Medien ja auch. Ralf Georg Reuth hat – wie man es von ihm ja teilweise kennt – neben Neuem auch jede Menge Bekanntes und einige ältere Kamellen ausgegraben. Die breite Öffentlichkeit und insbesondere die westdeutsche Öffentlichkeit kann aber zentrale Begriffe gar nicht einordnen – welche Aufgabe hatte zum Beispiel welcher SED- oder FDJ-Funktionär? Und wer von diesen Dingen keine Ahnung hat, denkt sich vielleicht: Schau an, die Frau Merkel war FDJ-Kulturbeauftragte an der Akademie der Wissenschaften. Menschen, die mit der Thematik etwas vertrauter sind, sagen sich da wohl eher: Na und? Worin liegt das Verwerfliche? Wollen wir den Ball mal lieber flach halten. Ich glaube, dass es immer noch eine große Bereitschaft in der Öffentlichkeit gibt, sich an solchen Aufregungen und Skandalisierungen zu beteiligen. Und natürlich greifen das Medien wieder auf. Eine Hand wäscht da sozusagen die andere. Natürlich leben auch Medien von dem Besonderen in den Geschichten. Aber ich glaube, dass diese Debatte trotzdem wieder relativ schnell auf ein sachliches Niveau zurückgefunden hat. Ich finde, damit macht sich unsere Diskussionskultur über die Vergangenheit eigentlich selber ein schönes Kompliment. Dass man sich nämlich nicht immer nur im aufregenden Gestus darüber unterhalten kann, sondern sachlich, nüchtern und vor allem fair damit umgehen kann.

Ich finde, die Fairness hat – sowohl journalistisch als auch im Umgang mit der Vergangenheitsdebatte – zugenommen. Ich weiß nicht genau, woran das liegt, aber ich bin darüber sehr, sehr froh.

MOLTHAGEN: Ein positiver Blick von Herrn Reinhard. Herr Jahn, stimmen Sie dem zu, dass wir eigentlich ein erfreulich sachliches Niveau erreicht haben? Wie ist es eigentlich mit dem Stichwort Fairness gegenüber der individuellen Vergangenheit, die jemand – in Ost- oder Westdeutschland – hatte?

JAHN: Ich denke, dass die Debatte schon immer fair war und dass natürlich bestimmte Gesichtspunkte von Mediengesetzmäßigkeiten immer zu einer Zuspitzung geführt haben. Aber im Endeffekt war die Debatte im Großen und Ganzen fair. Was wollte man nicht alles herbeireden: Lynchjustiz mit Aktenöffnung. Dass die Opfer von damals die Täter von damals nicht rechtsstaatlich bewerten würden. All das ist nicht eingetreten. Und zwar deswegen, weil die Opfer im Gefängnis saßen, weil sie für Rechtsstaat und Demokratie eingetreten sind. Und sie werden nicht das, wofür sie im Gefängnis saßen, wegwischen. Das ist das Entscheidende. Das hat man unterstellt, aber die Praxis beweist, dass es nicht eingetreten ist. Die Akten wurden rechtsstaatlich genutzt. Die Fragen von Strafe und Öffentlichkeit sind rechtsstaatlich abgelaufen. Und das ist das Wichtige, dass man die Regeln der Demokratie als Basis im Umgang mit den Tätern von damals hat. Das ist nicht einfach, da gibt es auch viel Unzufriedenheit, gerade im strafrechtlichen Bereich. Aber da sind auch die Grenzen des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung des Unrechtsstaates. Umso mehr müssen wir die anderen Mittel nutzen, die Öffentlichkeit, die Aufklärung über das, was geschehen ist, und die Täter beim Namen nennen. Dadurch können die Opfer auch Genugtuung bekommen. Das ist ein wichtiger Weg.

Aber ich will noch einen Satz zur Debatte um Merkel sagen. Natürlich springen jetzt viele bei und sagen, ich war doch auch in der FDJ und so weiter. Ich könnte das auch sagen. Ich war auch bei der FDJ und ich war beim Grundwehrdienst. Das habe ich an vielen Stellen auch in der Öffentlichkeit getan. Aber ich habe noch einen Satz hinzugefügt, was das nämlich bedeutet hat. Und diese Debatte wird nicht geführt. Es war keiner bei Androhung seines Lebens verpflichtet, in die FDJ zu gehen. Das heißt, das Eingeständnis, dass diejenigen, die das getan haben – auch wenn es fast alle waren –, auch eine Stütze der Diktatur waren, das Rädchen im Getriebe der Diktatur, dieses Eingeständnis würde ich mir noch dazu wünschen. Jeder, der seinen Grundwehrdienst bei der Armee geleistet hat, hat dieses System gestützt. Und das muss man erkennen und auch selbstkritisch betrachten. Viele meiner Freunde waren sogar an der Grenze, waren bereit zu

töten. Diese Bereitschaft ist durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit dem Studienplatz in Medizin, den man sich dadurch erhofft hat. Und auch nicht mit dem Satz, ich hätte wahrscheinlich gar nicht geschossen. Mit diesem Grenzdienst waren sie bereit, es zu tun, und haben immer gehofft, dass der Zufall nicht eintritt. Im Prozess um Peter Fechter hat einer dieser Grenzer auch gesagt, ich wollte doch eigentlich gar nicht schießen, und am Ende hat er es doch getan.

Bei der Aufarbeitung der Diktatur geht es mir darum, die Frage der individuellen Verantwortung noch einmal deutlich für jeden herauszustellen. Ich denke, auch da haben wir eine Chance, wenn wir nicht gleich mit dem Finger auf die Leute zeigen und sagen, ihr seid schuldig. Aber diejenigen, die damals die individuelle Verantwortung hatten und etwas getan haben oder bereit dazu waren, sollten sich wenigstens im Nachhinein eingestehen, ich habe Unrecht getan, ich habe funktioniert. Gerade gegenüber denen, die hier im Saal sitzen, gegenüber denen, die einen anderen Weg gewählt haben, die sich verweigert haben, ist es wichtig, dieses Zeichen zu setzen, dass Unrecht geschehen ist. Das hilft denen, die Opfer waren, die gelitten haben, und gibt ihnen eine Anerkennung. Das macht deutlich, dass es denen zu verdanken ist, dass wir in Freiheit, Demokratie und Einheit leben, die in den Gefängnissen saßen.

MOLTHAGEN: Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, die noch einmal sehr gut darauf hinweisen, dass das genaue Hinschauen, das differenzierte Informiertsein ganz wichtig bei der Beurteilung von Handlungen in der eigenen Biografie oder auch im Politischen ist.

Wir haben mit der Frage nach der Rezeption der Merkel-FDJ-Debatte schon den Bereich der Medien berührt. Das müssen wir natürlich ansprechen, wo mit mir hier auf dem Podium drei Journalisten sitzen. Sie alle waren oder sind im Medienbetrieb aktiv. Daher finde ich es sehr interessant, wie Sie die Rolle der Medien bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte einschätzen. Frau Dr. Schreiner, wie groß ist eigentlich das mediale Interesse an der DDR-Geschichte aus Ihrer Sicht? Und welche Entwicklungen sehen Sie?

SCHREINER: Das mediale Interesse an DDR-Geschichte im Sendegebiet des Mitteldeutschen Rundfunks – und man muss dabei auch im Blick auf die ARD unterscheiden – ist nach wie vor sehr groß. Das ist nicht verwunderlich, denn der Mitteldeutsche Rundfunk ist ja der sogenannte Nachfolgebetrieb des DDR-Fernsehens, er sendet geografisch aus Mitteldeutschland für Mitteldeutschland mit dem Ziel – wie auch alle anderen ARD-Anstalten –, die Identität im Sendegebiet aufzugreifen und zu berücksichtigen. Und dazu gehört die Geschichte, die hier auf diesem Boden passiert ist. Dazu gehört die Kultur, die Sozialisation. All

das betrachten wir natürlich und es ist im Mittelpunkt unseres Interesses. Deswegen beschäftigen wir uns mit DDR-Geschichte.

Nicht nur, wir beschäftigen uns natürlich auch mit der Geschichte der ersten Diktatur, des Zweiten Weltkrieges, und welche Auswirkungen das auf diesen Boden hier gehabt hat. Wir gucken aber auch weiter über die Grenzen, nach Osteuropa, in die sogenannten sozialistischen Bruderländer. Aber das ist einfach das Reservoir, aus dem wir Themen schöpfen. Das Interesse ist sehr groß. Wir können es sicherlich nicht jedem recht machen, weil in der Auswahl der Themen immer schon eine Selektion und eine Haltung bestehen und in den uns zur Verfügung stehenden Sendezeiten nicht jedes Thema abgedeckt werden kann. Gleichwohl versuchen wir innerhalb des Themas die Sorgfaltspflicht und die manchmal heikle Gratwanderung zu wahren. Es wird ein bisschen schwieriger, wenn es darum geht, bei Themen der DDR die Westdeutschen auf ARD-Ebene mit einzubeziehen oder das Interesse zu generieren. Ich rede dabei natürlich von historisch aufbereiteten Themen, nicht von einer Erinnerungskultur, die darauf setzt: Wir möchten alte Sendungen aus dem DDR-Fernsehen wiedersehen, wir möchten uns in unserem Musikgeschmack bestätigt wissen. Kleines Beispiel: Natürlich haben wir uns gesagt, dass der 17. Juni ein Thema ist, das nicht nur im Mitteldeutschen Rundfunk eine besondere Rolle spielt, sondern das auch in der ARD gewürdigt werden muss. Die Reaktion von den Vertretern der Westanstalten war dann: Wer interessiert sich denn noch für den 17. Juni, wer will denn das noch sehen? Es war dann das gemeinsame Eingreifen vom Rundfunk Berlin Brandenburg und vom Mitteldeutschen Rundfunk, dass wir das doch gemacht haben. So werden wir also auch in der ARD am 17. Juni eine entsprechende historische Dokumentation zeigen, die das Ereignis noch einmal würdigt und betrachtet.

Man merkt manchmal schon in der Diskussion mit meinen Gesprächspartnern bei den Westanstalten – und ich will es kaum aussprechen, aber ich muss es tun, dass immer noch so eine kleine Mauer im Kopf ist. Welches Thema ist eigentlich gesamtdeutsch? Interessieren wir uns wirklich – von der ehemaligen BRD aus gesehen – für die Aufarbeitung der Ereignisse auf dem Boden der ehemaligen DDR? Wir, der Mitteldeutsche Rundfunk, haben versucht, einen Weg zu finden. In dem Bemühen, Ostthemen auch für ein gesamtdeutsches Publikum zu präsentieren und ein Interesse zu wecken, muss man vielleicht manchmal Kompromisse eingehen und mit einigen Ankern arbeiten, von denen wir sicher sind, dass das auch ein Kölner, ein Hamburger und einer im Bayerischen Wald gucken wird.



Sie werden sich zum Beispiel an die Diskussion um Zwangsarbeiter in DDR-Gefängnissen für Westprodukte erinnern. Da haben wir natürlich gesagt, das ist ein Ost-West-Thema. „West-Ware aus dem Ost-Knast“, was dann schließlich als Doku in der ARD lief, mag vielleicht von einigen, gerade hier, als flapsige Beteiligung bezeichnet werden, aber es war eine der erfolgreichsten Dokumentationen, wenn wir einmal den Marktanteil, die Zahl der Menschen, die nachts um halb zwölf noch eine historische Doku gucken, nehmen. Das war ein Einschaltimpuls. Ich sehe es auch als unsere Aufgabe, Geschichten, Themen, historische Ereignisse, Gedenktage, die hier generiert wurden, die hier stattfinden, die hier erlebt wurden, einem gesamtdeutschen Publikum nahezubringen.

MOLTHAGEN: Herr Reinhard, Ihre MDR-Kollegin sprach gerade von der lokalen Verantwortung, die der MDR sieht. Wie sehen das die Zeitungsredaktionen? Nervt Sie das als Redakteur der „Sächsischen Zeitung“ vielleicht auch, dass man jetzt für die gesamte Ostaufarbeitung verantwortlich ist?

REINHARD: Nein, es nervt überhaupt nicht. Ich konstatiere immer noch ein etwas geringeres Interesse an ostdeutscher Geschichte als an gesamtdeutscher Geschichte. Das ist kein Gegensatz, aber dieses Untersegment ist glaube ich bei den großen Medien im Westen etwas weniger vertreten. Wobei ich auch da sagen muss: Das Interesse hat dennoch zugenommen. Wenn man sich anschaut, was die großen Zeitungen und die großen Fernsehsender heute über DDR-Geschichte berichten, ist das nicht zu vergleichen mit dem, was es vor zehn, 15 Jahren gegeben hat.

Herr Jahn kann mir das vielleicht aus seiner Erfahrung damals bei West-ARD-Sendern bestätigen. Es nervt mich deswegen überhaupt nicht, weil wir hier in einer Region leben, wo die Geschichte extrem viele Wurzeln hat, wo die Geschichte extrem viele Geschichten erzählt, auch heute noch sehr, sehr lebendige Geschichten. Das Bautzen-Forum ist ja ein Beweis dafür, wie lebendig Geschichte ist und wie eng sie mit der Gegenwart verzahnt ist.

Aussuchen können wir uns das ohnehin nicht. Denn wir haben, ähnlich wie der MDR, einen Bildungsauftrag und müssen darüber schreiben. Und wir wollen auch darüber schreiben, weil wir natürlich wissen, dass man die Gegenwart nicht begreifen kann, ohne die Geschichte zu verstehen. Geschichtliche Bildung ist tatsächlich aktive politische und demokratische Bildung in der Gegenwart. Ich glaube, und ich kann das ähnlich wie Claudia Schreiner konstatieren, es gibt bei unseren Lesern ein anhaltend extrem großes Interesse an Geschichten aus der Geschichte, auch an DDR-Geschichte. Und nicht nur an den positiven Elementen und auch nicht allein an den negativen, sondern an beiden Facetten. Jeder interessiert sich für Geschichte doch grundsätzlich schon allein deshalb, weil er wissen will, wie seine Eltern zu ihrer Jugendzeit gelebt haben, wie das bei den Großeltern war, also in den Zeiten der Unrechtssysteme. Das schlägt sich in unserer Arbeit auf eine Art und Weise nieder, die für mich auch persönlich sehr erfreulich ist.

Ich habe ja den „Nachteil“, „nur“ für unseren Kulturteil zu schreiben, der natürlich nicht so intensiv gelesen wird wie der Politikteil. Aber ich habe den großen Vorteil, dass ich auch Zeitgeschichte betreue. Und jedes Mal, wenn ich Geschichten aus der Geschichte erzähle – Peter Fechter war dafür ein gutes Beispiel, aber auch der 17. Juni –, wenn ich also Geschichte über menschliche Schicksale erzähle, kann ich mich über ein sehr großes Leserinteresse freuen. Gerade auch bei solch kontroversen Geschichten. Übrigens ist das Leserinteresse gleichermaßen groß, wenn man über die NS-Zeit oder die Zeit nach 1945 schreibt. Es ist also nicht nur so, dass wir diese Themen bedienen, weil es unsere berufliche Leidenschaft ist und wir unserem Bildungsauftrag nachkommen müssen, sondern auch, weil tatsächlich ein immenses Leserinteresse für diese Themen da ist.

Ich möchte noch etwas im Hinblick auf das ergänzen, was Herr Jahn gerade gesagt hat. Ich halte es durchaus für problematisch – ich will nicht sagen, dass es anders möglich gewesen wäre –, dass es in den ersten Jahren nach 1990 auch in den Medien und der Wissenschaft eine zu starke Konzentration auf die Facetten der Unrechtsgeschichte, der Unterdrückung und der Gewalt gab. Das ist zwar

ganz normal, weil man plötzlich Zugang zu Quellen und Themen über einen ganz außergewöhnlichen gesellschaftlichen Zustand hatte. Natürlich interessieren sich die Medien dafür, natürlich interessieren sich die Menschen sehr dafür. Gleichwohl hat das dazu geführt, dass Geschichte und DDR-Geschichte zu lange beinahe ausschließlich über die negativen Elemente erzählt, reflektiert und vermittelt wurde. Das Ergebnis hatten wir ja dann als eine Art Pendelbewegung in die andere Richtung ein paar Jahre später, als es diese Ostalgiewende gab, wo wieder alles über Tempolinsen und Spreewaldgurken sprach. Aber was wir immer wieder feststellen – nicht nur in Sachsen, obwohl die Sachsen darin wirklich Weltmeister sind –, dass die Leute sehr, sehr stolz auf ihre Geschichte sind und entweder auf die besten Momente der Geschichte zurückblicken wollen, wo zum Beispiel die Sachsen Großartiges geleistet haben. Oder, wenn das nicht geht, blicken sie sehr gerne auf die Momente zurück, wo die Sachsen etwas ganz Schlimmes geleistet haben. Ich nenne das gerne den sächsischen Hang zum Superlativ, zum positiven wie zum negativen. Aber – und das meinte ich mit Fairness – mittlerweile ist sowohl unsere Sicht auf DDR-Geschichte wie auch die unserer meisten Leser wirklich ausgewogener. Wir erhalten wesentlich weniger im stalinistischen Duktus vorgetragene Reaktionen als früher, wenn wir über so etwas wie Bautzen berichten. Es ist also etwas mehr Ruhe ins Thema eingekehrt. Und ohne dass die Leidenschaft dafür aufgehört hat, hat die Fairness zugenommen.

MOLTHAGEN: Vielen Dank. Sie haben gerade vom medialen Bildungsauftrag gesprochen. Jetzt wollen wir natürlich, dass Sie ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern, Herr Reinhard, wenn wir schon einmal Journalisten hier haben. Wenn man sehr tief in der Geschichte drin steckt, sich sehr intensiv damit beschäftigt, hat man oft das Gefühl, dass man eigentlich noch ein bisschen mehr darüber berichten, noch ein bisschen genauer recherchieren könnte. Wie gehen Sie in der Praxis, beispielsweise in der „Sächsischen Zeitung“, mit diesem gleichzeitigen Informations- und Bildungsauftrag und der Abwägung um, welche Geschichte wohin kommt, auf Seite 1 oder auf Seite 9? Wie muss man sich das vorstellen, wenn Sie zum Beispiel das Thema Bautzen bringen wollen?

REINHARD: Da gibt es zunächst meine Vorgesetzten, die ich überzeugen muss. Beim Thema Bautzen ist es so, dass ich tatsächlich immer zu hören bekomme: „Och, nicht schon wieder Bautzen!“ Und ich versuche dann immer zu sagen: „Doch, schon wieder Bautzen!“ Ihre Frage am Anfang lautete ja, ob wir nicht schon genug Geschichten und Schicksale erzählt haben. Nein, haben wir nicht. Denn unser Blick auf diese Schicksale verändert sich. Die Geschichte, wie wir sie erlebt haben, verändert sich aber nicht. Und ich glaube, dass es zu unserem

Reichtum dazugehört, gerade über die Schicksale von Menschen Geschichte lebendig werden zu lassen, solange diese Menschen noch leben und unter uns sind. Auch deren Einstellung zu ihrer eigenen Vergangenheit verändert sich ja. Viele denken heute ganz anders und wesentlich differenzierter über ihre Vergangenheit nach als noch vor zehn, 20 oder 30 Jahren. Und habe ich ein spannendes, berührendes persönliches Schicksal, fällt es mir natürlich leichter, auch dafür zu sorgen, dass diese Geschichte einen prominenten Platz in der Zeitung bekommt.

Vor Kurzem gab es eine Buchvorstellung hier in Bautzen. Der Band heißt „Wo ist Lieutenant Adkins?“, erschienen im Ch. Links Verlag, über die Villa Weigang, wo sehr viele Deserteure aus NATO-Armeen Ende der 40er- bis Mitte 50er-Jahre gelebt haben. Ich habe diese Geschichte über zwei Menschenschicksale erzählt, habe darauf extrem viele Reaktionen bekommen und noch danach sehr viel von anderen Menschen über das Thema erfahren. So zeigt sich über die Reaktionen auf solche Artikel in der Zeitung auch wieder, dass sich diese Arbeit wirklich lohnt und man sich auf das Interesse der Menschen verlassen kann.

Sensationelle Neuigkeiten kommen natürlich immer sofort ins Blatt. Vor einer Woche haben wir herausgefunden, dass es unter den überlebenden SS-Aufsehern aus dem Konzentrationslager Auschwitz auch noch einen Sachsen gibt. Wenn wir dann so etwas auf die erste Seite bringen, ist das Leserinteresse ohnehin da. Das sich nicht automatisch einstellende Interesse zu wecken – und deswegen bin ich auch immer wieder gerne beim Bautzen-Forum – fällt nicht schwer, sobald man eine packende Geschichte hat. Spannende persönliche Schicksale, die viel über die Geschichte erzählen, kann ich bei uns ziemlich mühelos unterbringen, auch mal an prominenterem Platz.

MOLTHAGEN: Oliver Reinhard sprach gerade davon, dass aus seiner Sicht in den 90er-Jahren die Aufarbeitung stark von dem Konstatieren von Unrecht und Verbrechen geprägt war und dass das Pendel dann hin zu einer Ostalgiewelle zurückgeschwungen ist. Aus vielen individuellen Berichten kennen wir ja das Phänomen, dass der vielzitierte ganz normale einzelne DDR-Bürger im Nachhinein sagt, er fühlte eigentlich die eigene Biografie durch diese starke Fokussierung auf Unrecht entwertet. Irgendwie war der Eindruck entstanden, scheinbar waren ja doch alle böse – zumindest aus der Perspektive der Westdeutschen, die nicht dabei waren. Herr Jahn, ist es eigentlich heute ein Problem, wenn wir sagen, eigentlich wollen wir individuelle Geschichten erzählen? Sind da Wunden geheilt? Wie verhält sich die persönliche Biografie zu der Aufarbeitung des Unrechts?



JAHN: Natürlich gab es in den ersten Jahren eine Konzentration auf das, was man aus den Archiven, aus den Akten herausgeholt hat, was Menschen loswerden wollten, die lange nicht reden durften. Und das war ganz wichtig. Ein negatives Moment sehe ich nur darin, dass die Konzentration auf das Thema Stasi vielleicht etwas unproportioniert war. Mit dem Blick auf die Enthüllung, wer heimlich bei der Stasi war, hat man vielleicht die Verantwortlichen aus dem Blick verloren. Sowohl die hauptamtlichen Mitarbeiter als auch die SED als Auftraggeber für die Stasi. Das muss immer wieder betont werden: Wir hatten keine Stasidiktatur sondern eine SED-Diktatur. In dem Sinne bin ich dankbar und froh, dass sich das durch verschiedene Publikationen einordnet. Selbst ich als Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen kämpfte vehement dafür, dass wir immer wieder den großen Kontext sehen.

Aber zur Frage negative oder positive Berichterstattung. Das würde ich nicht trennen. Es geht immer darum, ein reales Bild zu zeichnen. Viele Menschen in der DDR haben sich die DDR schöneredet, weil es ja wichtig war, dass man dort in dieser DDR sein eigenes Leben auch führen kann. Meine eigene Mutter hat erst begriffen, als sie ihren Sohn eingesperrt haben, dass man nichts verbrochen haben muss, um ins Gefängnis zu kommen, außer vielleicht seine Meinung zu sagen. Das heißt, bei vielen Menschen war das, was Sie alle hier erlebt haben, überhaupt nicht im Bewusstsein. Und es war und ist gerade heute wichtig, das aufzuzeigen.

Andererseits ist es natürlich wichtig, die Menschen bei ihren eigenen Erlebnissen abzuholen. Die Menschen, die 40 Jahre in der DDR gelebt haben, haben ja nicht nur Schlechtes erlebt. Und wenn mich jemand fragt, was denn nun eigentlich positiv an der DDR war, dann fällt mir nicht viel ein und ich sage dann immer: die Menschen. Die Menschen, die es geschafft haben, in diesen Verhältnissen zurechtzukommen. Und das sind ja die Erinnerungen, die viele haben: dass sie versucht haben, doch einigermaßen zurechtzukommen und dass sie ja auch schöne Erlebnisse hatten. Und wir in der DDR-Opposition hatten tolle Erlebnisse. Ich betone es, ich hatte ein schönes Leben in der DDR. Aber nicht wegen des Staates, sondern trotz des Staates. Und es ist wichtig, das zu benennen. Sie alle hatten wahrscheinlich auch Ihre Erfahrungen, Sie hatten schöne Familienfeste, Freunde, die zu Ihnen gehalten haben, auch wenn Sie unter Druck waren.

Mein schönstes Erlebnis, könnte ich sagen, hatte ich im Knast in Cottbus. Und zwar, weil ich dort im Kartoffelkeller, in den wir jeden Tag rein mussten, Menschen kennengelernt habe, die mir Kraft gegeben haben. Das muss man sich mal vorstellen, in diesem Knast zu sagen: Es ist schön hier. Weil ich Menschen hatte, die zu mir gehalten haben, die ähnlich gefühlt haben wie ich und die es geschafft haben, nicht aufzugeben, und mir dann die Kraft gegeben haben, weiterzumachen. Ich glaube, das ist das Wichtige, dass man das mitteilt. Dass es auch in der Diktatur schöne Momente geben kann. Und so haben es viele erlebt. Ich betone immer: Auch in der Diktatur scheint die Sonne.

SCHREINER: Ich finde das ganz wunderbar, wie Sie das ausgedrückt haben, wie menschlich, wie nah Sie Geschichte eigentlich dargestellt haben. Denn genau darum geht es, die Facetten eines Lebens, die Facetten eines Zusammenlebens so darzustellen, dass Menschen sich wiederfinden oder etwas daraus lernen können. Mal ist es ein ganz furchtbares Ereignis, das hart journalistisch angegangen und analysiert, auch investigativ behandelt werden muss. Und mal sind es Themen, die einen einfach in einem Erinnerungsgefühl oder in einer Erlebniskultur wieder bestätigen oder einen mit anderen Menschen zusammenbringen.

Sie fragten eben nach negativer und positiver Berichterstattung. Das wird dem Mitteldeutschen Rundfunk ja auch immer wieder gern vorgeworfen, dass wir so ein affirmatives Erinnern an ein positives Erinnern anknüpfen, weniger in den historischen Dokus, aber auch dort. Aber ich sage, warum denn nicht? Denn genau das hat ja eben stattgefunden. Geschichte insgesamt ist ja nicht nur eine Aneinanderreihung von dramatischen, furchtbaren Ereignissen, sondern von Entscheidungen, die Menschen in ihrem Leben treffen, die auch positiv sind, die Vorbildcharakter haben können, für Zuschauer in diesem Fall. Und so wie Sie das

dargestellt haben, kann man das auch für ein mediales Tun als Basis nehmen, um zu sagen, das ist das Themenspektrum, mit dem wir umgehen.

REINHARD: Es gibt aber eine Schwierigkeit dabei. Und deswegen, muss ich sagen, sind wir Medien an einer gewissen, möglicherweise auch jahrelangen tendenziellen Schiefelage des Bildes von Vergangenheit, das reflektiert wird, nicht ganz unschuldig. Aber bei einem Thema für ein Medium, das man Lesern, Zuhörern, Zuschauern aufbereiten möchte, geht es immer um das Besondere, gern auch um das Besondere im Alltäglichen. Zum Beispiel besondere Dinge, besondere Menschen, besondere Vorkommnisse. Das ist immer so. Die Normalität im Alltag, das ganz normale Leben, das ist hingegen eigentlich kein Thema. Man kann zwar immer wieder Dokumentationen über ganz normale Alltagsdinge machen wie über Ernährung, Kleidung, medizinische Versorgung, doch geht das ja nicht ohne auch über Mängelwirtschaft und Versorgungsengpässe zu reden. Aber UdF, das war zum Beispiel ein spannendes und ungewöhnliches Thema: Wenige DDR-Bürger sind „Unerkannt durch Freundesland“ gereist, sogar bis in den Ural und den Kaukasus. Da gab es einen schönen Dokumentarfilm, der auch einen Verleih gefunden hat und in Kinos gezeigt wird. Aber warum sollte man eine Dokumentation drehen über zwei befreundete Pärchen, die jedes Jahr wie Tausend andere nach Groß Stresow auf Rügen zum Camping gefahren sind? Die Normalität im Alltag lässt sich wesentlich weniger als packendes, spannendes mediales Thema aufbereiten als das Besondere.

MOLTHAGEN: Eine letzte Frage zum Themenkomplex Medien muss ich allerdings noch stellen, wo ich schon einmal die Gelegenheit habe, neben Roland Jahn zu sitzen, das interessiert mich nämlich brennend. Sie haben vorhin davon gesprochen, dass es wichtig sei, das Bewusstsein für Unrecht zu schärfen. Den größtmöglichen Erfolg diesbezüglich haben ja eigentlich Filme. „Das Leben der anderen“ wurde mit dem Oscar prämiert und hatte mehrere Millionen Zuschauer weltweit. Auch der TV-Zweiteiler „Der Turm“ war so ein medialer Erfolg. Wie finden Sie so etwas eigentlich als Profi aus der BStU? Schauen Sie sich gern solche Filme an? Freut Sie dieses öffentliche Interesse? Nervt Sie die als Unterhaltung aufbereitete Geschichte vielleicht auch?

JAHN: Ich denke, das ist ein wichtiger Weg, ich habe ja 25 Jahre beim Fernsehen gearbeitet und weiß, dass das eine Chance ist, an ein Publikum heranzukommen, was sich eigentlich mit dem Thema gar nicht beschäftigt. Deswegen bin ich dankbar, dass solche Filme entstanden sind. Wir als Stasiunterlagenbehörde unterstützen solche Projekte ja, die Rechercheure lesen bei uns die Akten, um den sachlichen Hintergrund zu erkunden, und wir sind auch manchmal beratend bei



den Drehbüchern dabei. Jetzt wieder bei der neuen Staffel von *Weißensee*, was ja auch wieder ein Millionenerfolg in der ARD ist. Das ist eine tolle Sache. Und ich glaube, das sind die großen Chancen, weil die fiktionale Darstellung von Geschichte nochmal eine Verdichtung herbeiführen kann und weil dadurch auch die Brücke zum Zuschauer noch besser geschlagen werden kann. Denn auch da kann man es sehr gut ins Hier und Heute ziehen.

Mir fallen sofort zwei Filme ein. Dieses Jahr hatte der Film „Zeugin einer Toten“ im ZDF mit Anna Loos in der Hauptrolle fast sechs Millionen Zuschauer. Da ist eine Frau im Hier und Heute der Zeit auf der Spur, als sie im Kinderheim war. Das war als Krimi gemacht, und schon ist das spannend und viele schalten ein. Nicht unerwähnt lassen möchte ich den ARD-Film „Es ist nicht vorbei“ über die Frauen von Hoheneck. Diese Fiktion konnte viele Frauenschicksale verdichten, sodass man einen Fall hatte, den es vielleicht so gar nicht gab, aber am Ende war das eine Frau, die auf vielen Biografien und Schicksalen basierte. Der Film spielte, wenn man so will, eigentlich im Westen. Eine Hoheneckerin trifft im Westen den Arzt, der sie damals mit Psychopharmaka vollgepumpt hat. Das war auch ein geschickter Schachzug, zu sagen, der Spielort ist im Westen, nicht in der DDR, und so den Westzuschauer einzubinden. Das ist auch eine große Chance, über eine moderne Erzählweise an die Leute ranzukommen. Diese Chance hat Fernsehen ganz besonders. Ich wünsche mir dann immer, dass man durch solche Erzählweisen junge Leute erreicht.

MOLTHAGEN: Vielen Dank. Wir schließen jetzt den Komplex Medien erst einmal ab und wenden uns noch einmal explizit der Frage in unserer Überschrift zu: Was bleibt? Oliver Reinhard, als wir im Vorfeld zu dieser Diskussion telefoniert haben, haben Sie gesagt, dass man manch einen Artikel, der zum 15. Jahrestag des Mauerfalls erschienen ist, so zum 20. Jahrestag auch wieder hätte abdrucken können, ohne dass das groß aufgefallen wäre. Das klingt so, als hätten Sie nicht den Eindruck, dass nach solchen Jahrestagen und Gedenkveranstaltungen besonders viel bleibt. Oder sehe ich das falsch?

REINHARD: Nein, nein, so will ich das nicht verstanden wissen. Als wir im Vorfeld des Jahrestags des 17. Juni 1953 überlegt haben, was wir dazu machen, ist mir aufgefallen: Ich hatte vor zehn Jahren ein ganz wundervolles Gespräch in Berlin mit Ilko-Sascha Kowalczyk. Wir haben darüber eine große Magazin-Doppelseite gemacht. Und jetzt vor Kurzem haben wir festgestellt: Es ist einfach so, dass zu manchen Themen, die vor zehn Jahren schon sehr gut erforscht waren, nicht so viele neue Aspekte hinzugekommen sind, sodass man theoretisch das gleiche Interview zehn Jahre später noch einmal hätte abdrucken können, und kaum einer hätte es gemerkt. So etwas verbietet sich natürlich. Was ich aber damit meine, ist eigentlich das Gegenteil: Wir haben so viele Geschichten zu dem Thema zu erzählen, mit denen wir in einer etwas anderen oder vielleicht wirklich etwas neueren Perspektive, mit einem anderen Tonfall jetzt auf das gleiche Thema und die gleichen Fakten blicken können, dass man eigentlich alle fünf Jahre darüber etwas machen sollte.

Ich glaube, das geht ja dem MDR auch so. Man berichtet jetzt natürlich anders darüber und versucht, andere Zugänge, auch zu dem Thema Bautzen II, zu finden, als man das vor zehn, 15 Jahren getan hat. Deswegen glaube ich, dass auch die Geschichtsvermittlung etwas sehr Lebendiges, Waches sein muss und auch versuchen muss, neue Aspekte aus „alten“ Themen herauszukristallisieren, obwohl deren Fakten schon hinlänglich erforscht sind. Aber es gibt ja immer wieder auch Bereiche, die bislang noch nicht so intensiv beleuchtet wurden. Die Dokumentation zum Thema Medizinskandal war klasse, das ist ein gutes Beispiel. Jetzt hören wir auf einmal, aha, Medikamentenerprobung in ostdeutschen Krankenhäusern durch westdeutsche Pharmakonzerne. Nicht die reine Tatsache, aber deren Dimensionen waren ja so noch nicht bekannt.

MOLTHAGEN: Frau Schreiner, wie wichtig sind aus Ihrer Sicht Gedenktage und Jubiläen? Mögen Sie die eigentlich selber? Finden Sie es gut, sich dann in besonderer Form an etwas erinnern zu müssen? Haben Sie den Eindruck, es bleibt was?
SCHREINER: Grundsätzlich sind Jahrestage immer ein Anlass, darüber nachzu-

denken, ob man das Thema nicht besetzen sollte. Aber richtig ist, dass Jahrestage, die eben schon seit langer Zeit immer wieder kommen, die Gefahr bergen, dass man denkt, was soll man denn noch erzählen, welcher Aspekt ist denn noch unentdeckt. Beim Mitteldeutschen Rundfunk haben wir die Erfahrung gemacht, dass wir nach einer anfänglichen Draufschau auf die Ereignisse, da, wo sie hauptsächlich passiert sind – nehmen wir den 17. Juni, da also Berlin – einfach viel mehr in die Provinz gehen. Die Welt schaute zwar auf Berlin, aber was passierte eigentlich in Karl-Marx-Stadt, in Jena, in Gera, in Bitterfeld. Da entdecken wir dann Schicksale, Täter und Opfer, und damit können wir Geschichte auch noch sehr viel fühlbarer für die Zuschauer machen. Das ist also durchaus ein Anlass, dann ins Detail oder in andere Regionen zu gehen, um das jeweilige Ereignis zu beleuchten. Das machen wir in diesem Jahr mit dem 17. Juni in der ARD wie im Mitteldeutschen Rundfunk. Das machen wir auch mit dem Prager Frühling in diesem Jahr. Wir gucken also, wo es noch etwas gibt, was interessant ist, was mehr historischen Erkenntniswert bietet. Sodass das eigentlich gern gesehene Anlässe sind.

Aber in der Tat, wenn Sie mich fragen, wie oft wir den 17. Juni in Zukunft noch machen, muss ich darüber nachdenken, was es noch zu erzählen gibt und ob inzwischen nicht andere Jahrestage mehr ins Bewusstsein rücken, die einer genaueren Beobachtung und Aufarbeitung bedürfen. Und darüber hinaus: Ist es denn immer nur der Jahrestag, der uns motiviert, über ein historisches Ereignis, eine Geschichte, ein Schicksal nachzudenken und dieses dann aufzugreifen? Ich glaube, nein. Ich würde mir wünschen, dass Ereignisse, die sonst gerne mit Kranzniederlegungen und offiziellen Gedenkstunden bedacht werden, viel selbstverständlicher zum Beispiel im Fernsehen, in der Zeitung, in den Medien aufgegriffen und thematisiert werden. Da spielt dann der 17. Juni eine Rolle, aber es ist möglicherweise ein anderer Aspekt, den man aufgreifen kann. Und das versuchen wir zu tun.

MOLTHAGEN: Frau Schreiner stellte die Frage, ob es eigentlich immer nur der Jahrestag ist, an dem man Geschichte und Geschichten erzählt. Wenn es so wäre, könnte man ja zwei Schlüsse daraus ziehen. Entweder man schafft es, regelmäßiger zu berichten, wofür Sie gerade plädiert haben. Oder aber, die Frage an Herrn Jahn, braucht man vielleicht noch mehr bewusste Erinnerung an bestimmte Ereignisse, mehr Gedenktage? Also beispielsweise Bildung des MfS am 8. Februar 1950, Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 oder Tag der ungarischen Grenzöffnung am 10. September 1989? Hätten Sie Sympathie für mehr DDR-bezogene Gedenktage?

JAHN: Eigentlich nein. Denn auch die Überflutung kann das Gegenteil bewirken. Es gibt durchaus manchmal Bemühungen, solche Jahre der Zeitgeschichte zu schaffen, wo man ganz viele Gedenktage zusammenpackt. Ich denke, dass das nicht funktionieren wird. Jahrestage haben dann ihren Sinn, wenn man damit Menschen abholt. Eigentlich ist es schon ganz schwierig, Jahrestage zu vermitteln. Wenn ich mich anstrengen muss, im Fernsehen bei einer Anmoderation zu sagen, dass heute übrigens der und der Jahrestag ist, wird das nicht funktionieren, dann hole ich den Zuschauer nicht ab, wenn er sich nicht dazu in Bezug setzen kann. Und es gibt ganz wenige Ereignisse, die dazu geeignet sind.

Das ist zum Beispiel der Mauerfall, weil sich jeder erinnern kann, was er am 9. November 1989 gemacht hat. Und dann wird es schon viel, viel weniger. Wir sehen es am 3. Oktober. Zu diesem Tag der Deutschen Einheit hat kaum einer eine Beziehung, weil dort eben nur ein Vertrag in Kraft getreten ist. In Sachsen hat man zum Beispiel viel mehr zum 9. Oktober eine Beziehung. Und wenn ich sehe, wie sich der Jahrestag in Leipzig entwickelt, wo die Stadt den Jahrestag der Friedlichen Revolution generationsübergreifend begeht, dann funktioniert ein Jahrestag. Die Menschen haben ihn für sich angenommen. Und das ist das Wichtige, dass man ein Maß findet.

Und natürlich kann der Staat dazu beitragen. Wir haben auch gesehen, welche Schwierigkeiten das hat, etwa beim 17. Juni, der zum gesetzlichen Feiertag erklärt wurde. Aber im Westen Deutschlands war das mehr ein freier Arbeitstag. Trotzdem finde ich es immer wieder wichtig, die Möglichkeiten von Jahrestagen zu nutzen. Es gibt halt manchmal Redaktionen, die nicht offen sind für Themen, und die kann man dann überzeugen, doch etwas zu machen.

Etwas ist mir aber abschließend noch wichtig. Eine gute Geschichte braucht eigentlich gar keine Jahrestage, sie kann immer erzählt werden. Und trotzdem haben Jahrestage für Menschen eine riesige Bedeutung. Das sehen wir übrigens schon bei Jahrestagen, die gar nicht politisch sind, bei Geburtstagen oder Silvester, wo „Dinner for One“ immer wieder geschaut wird. Damit wollte ich nur sagen, dass es dieselbe Sendung ist, die teilweise von denselben angeguckt wird, aber auch von den nächsten Generationen. Und wir müssen nicht immer das Rad neu erfinden. Gerade in der Stasiunterlagenbehörde habe ich jetzt auch noch einmal gesagt, dass wir nicht ständig etwas Neues bieten, weil das Alte, das in den 90er-Jahren gefertigt wurde, auch schon richtig gut ist. Natürlich müssen wir entsprechend der Entwicklung der Medien eine moderne Form finden. Aber die Inhalte können wir immer wieder neu präsentieren, gerade wenn es um die nächste Generation geht. Bei den Büchern wird das ja deutlich. Es gibt die



soundsovielte Auflage von Klassikern und die verkaufen sich schon über Generationen. Und am Ende zählt, wie die Geschichte erzählt ist und nicht, dass es indoktriniert wird.

SCHREINER: Ich möchte das mit einer Sache ergänzen. Ich bin völlig d'accord, dass es manchmal einen Overkill an Berichterstattungen anlässlich von Jahrestagen gibt. Und das kann dann zu absurden Situationen führen, wie zum Beispiel in meinem Metier an einigen sehr beliebten Jahrestagen. Dass man sagt, um Gottes Willen, wenn wir erst an dem Tag selber mit dem Thema herauskommen und das präsentieren, werden die ganzen anderen Fernsehsender das schon gehabt haben. Sodass es teilweise Jahrestage gibt, die zwei Monate vorher gewürdigt werden, nur damit man als Fernsehanstalt als Erster dabei ist und die erste Doku zu dem Thema herausbringt. Das zeigt eben auch die Absurdität von Jahrestagen. Was nützt es, den 17. Juni am 17. April zu feiern?

REINHARD: Das Dumme ist einfach – und da dürfen wir uns nichts vormachen –, dass es für Journalisten und gerade für frei tätige Journalisten natürlich leichter ist, bestimmte Themen unterzubringen und das unseren Vorgesetzten zu vermitteln, wenn wir sagen können: Heute vor einer runden Anzahl von Jahren passierte dies und das. Als ich die Geschichte über den ehemaligen Auschwitz-Arzt Horst Fischer gemacht habe, der bis in die 60er-Jahre in Brandenburg gelebt hat und dem dann der Prozess in Berlin gemacht wurde, habe ich das natürlich nur auf einer ganzen Seite unterbringen können, weil ich sagen konnte, vor genau

50 Jahren fand der Fischer-Prozess statt. Das ist unheimlich oft der Aufhänger. Ansonsten gilt das, was Herr Jahn sagt: Gute Geschichten brauchen keine Jahrestage. Es ist aber heute wesentlich öfter so, dass die Jahrestage gute Geschichten brauchen. Ansonsten ist der 17. Juni für mich etwa so wie Weihnachten, ich habe dazu ungefähr die gleiche Einstellung, aber natürlich nur was das Journalistische und Thematische anbelangt. Wenn ich mich nur an Daten wie dem 17. Juni mit der DDR-Geschichte und auch mit den dunklen Seiten der DDR beschäftige, dann kann ich es auch gleich bleiben lassen als Journalist. Wenn ich nur an Weihnachten in die Kirche gehe, kann ich es auch gleich bleiben lassen als Christ. Denn wenn ich mich nur einmal im Jahr aufraffe und Feiertage oder runde Jahrestage brauche, um mich einer Sache zu widmen, dann müsste ich mich doch einmal fragen, wie aufrecht denn eigentlich meine Motive hinter diesem Thema sind.

MOLTHAGEN: Ganz herzlichen Dank meinen Mitdiskutanten.

Ökumenische Andacht in der Kapelle auf dem Karnickelberg am Mittwoch,
29. Mai 2013

Pfarrerin ANGELA-BEATE PETZOLD und Kaplan OLIVER GONDA

Pfarrerin ANGELA-BEATE PETZOLD:

Wir sind heute an diesem besonderen Ort zusammengekommen aus Anlass des Bautzen-Forums. Es ist unser Anliegen, die Untaten, die Gewalttaten der Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts zu erinnern, der Opfer zu gedenken und davon zu erzählen, damit sich so etwas nie wiederholen kann. Es ist besonders wertvoll, Zeitzeugen unter uns zu haben. Sie vermögen am glaubwürdigsten uns Nachgeborenen und den noch jüngeren Generationen ein Gefühl dafür zu geben, wozu Menschen leider fähig waren, andere zu unterdrücken und zu schädigen. Aber auch, wie auf der anderen Seite Solidarität untereinander in solchen Zeiten gewachsen ist und bis heute einen Zusammenhalt schenkt.

Die Herrnhuter Losung des heutigen Tages beschreibt es treffend: „Der Herr ist nahe denen, die zerbrochenen Herzens sind“ (Ps. 34, 19), und weiter heißt es, „und hilft denen, die ein zerschlagenes Gemüt haben.“

Wie ich selbst aus Berichten erfahren habe, haben solche und andere Bibelworte eine tragende Kraft entwickelt, Zeiten hinter Gittern hier im Gelben Elend oder in anderen Gefängnissen zu ertragen und zu überstehen.

Gottes Wort vermag mehr, als wir Menschen ausrichten können. Dennoch müssen wir das tun, was uns zu tun möglich ist: wachsam sein und beten.

Diese Andacht haben Kaplan Gonda und ich vorbereitet. Ich bin Pfarrerin im Gefängnis „nebenan“. Wir bitten Gott um seinen Heiligen Geist für diese Stunde.

Kaplan OLIVER GONDA:

Werte Damen und Herren,

wir sind zu diesem Gottesdienst zusammengekommen, um zu erinnern an das Leid der unschuldigen Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, die Menschen hier in Bautzen erlitten haben. Diese sind nicht namenlose Opfer, es sind Menschen, derer wir gedenken: Einzelschicksale, Biografien, die, kaum der einen unmenschlichen Gewaltherrschaft entronnen, nun der nächsten zum Opfer fielen – der kommunistischen.

Die Menschen, die hier unter unmenschlichen Bedingungen gefangen waren, die



hier litten und starben, waren sicher sehr unterschiedlich. Doch alle hatten sie die menschlichen Wesensmerkmale: Was den Menschen zum Menschen macht. Der Mensch ist eine einzigartige Person, mit unantastbarer Würde! Der Mensch ist vernunftbegabt! Er kann denken und sprechen. Der Mensch ist ein Sozialwesen! Er kann sich in den anderen hineinendenken, hineinfühlen, sogar mit ihm mitleiden. Der Mensch strebt nach Freiheit! Er merkt Ungerechtigkeit und Zwänge und Unterdrückung – und alle Abhängigkeit widerstrebt ihm. Und der Mensch ist zur Erkenntnis Gottes fähig. Sein wichtigstes Wesensmerkmal! Er kann Gewissheit haben um Herkunft, Verantwortung und Sinn des Lebens der Menschen. Seines und das der anderen. Alle genannten Wesensmerkmale des Menschen, unter dem Primat des Glaubens an Gott, führen den Menschen zur Liebe. Liebe zu Gott führt geradewegs zur Liebe zum Menschen! Die Liebe ist die Macht Gottes. Die Liebe des Menschen ist sein gutes Handeln aus der Vollmacht Gottes. Diese Vollmacht ist ihm anvertraut. Wir erkennen die Vollmacht Gottes daran, dass sie zum Leben hinführt, sie strebt zum Licht, zum Heil und Wohlergehen aller Menschen. Auch unserer Feinde! Ohne Gott handeln wir Menschen nicht aus Vollmacht. Macht birgt immer die Gefahr in sich, sie zu missbrauchen. Und dann ...

Menschen werden Opfer von Menschen. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn Menschen der Willkür anderer Menschen überlassen sind – ausgeliefert.



Macht der Versuchung – macht Täter. Täter machen Opfer. Ohnmacht der Entrechteten – Ohnmacht der Gefangenen – Opfer der Willkür von Besitzern – Opfer eines Unrechtssystems – Opfer einer Idee von Gewaltsozialismus.

Wo ist eigentlich Gott? Bei solch himmelschreiendem Unrecht.

Würde der Mensch Gott wissen lassen – evidente, selbsteinsichtige Gotteserkenntnis –, der Mensch wäre nicht frei. Er wäre nicht Mensch! Entmenschlicht!

Die größte Eigenmächtigkeit des Menschen ist es, so zu leben, als gäbe es keinen Gott. Aber Gott hält sich nur in freiheitstiftender glaubensnotwendiger Distanz zum Menschen – hält sich in uns. „Ich habe dich einen kleinen Augenblick verlassen, aber mit großer Barmherzigkeit will ich dich sammeln“, heißt es in Jesaja. Nur ein bisschen Freiheit, ein kleiner Augenblick Gottvergessenheit: Die einen begehen Verbrechen – andere werden Opfer, klagen in die Nacht: „Gott, wo bist Du?“ Oder auch: „Mensch, was tust Du?“ Wir kennen das Gefühl von Gottverlassenheit wie Jesaja – Verlassenheit oder gar Gotteszorn? Ist Gott an allem schuld? Ist er verantwortlich? Ist Gott dem Menschen überhaupt verantwortlich? Wer am Kreuz stirbt, dem ist alles zuzutrauen: Gott gibt immer Antwort. „Ich halte es wie zur Zeit Noahs, als ich schwor, dass die Wasser Noahs nicht mehr über die Erde gehen sollten. So habe ich geschworen, dass ich nicht mehr über dich zürnen und dich nicht mehr schelten will.“ Nun hat Gott es ein für allemal gesagt: Gott ist nicht der Zürnende, der Gewalttuende, der Menschen straft. Leid

kommt von der Welt, böses Leid vom Menschen! Der Mensch ist verantwortlich. Gott und gleichsam dem Mitmenschen. Antworten werden also erwartet. Von uns allen! Denn wir alle sind in der Gnade Gottes. Bei Jesaja, Vers 10, heißt es: „Denn es sollen wohl Berge weichen und Hügel hinfallen, aber meine Gnade soll nicht von dir weichen, und der Bund meines Friedens soll nicht hinfallen, spricht der Herr, dein Erbarmer.“ Wer sich in der Gnade weiß, der kann verzeihen. Wer aus der Gnade lebt, hat eine Zukunft: für Leben und Tod.

Die Zukunft des Christen heißt Ewiges Leben im Reich Gottes. Bleiben wir in Gottes Frieden: Gedenken wir der Opfer: dass sie bei Gott sind – Leben haben. Gedenken wir auch der Täter: dass sich der gnädige Gott ihrer erbarmt. Und wir? Wandeln wir unsere Trauer, unser Gedenken und unsere Erinnerung in Liebe um, in Liebe für die Menschen. Danken wir Gott. Nutzen wir die geschenkte Freiheit dafür, die Welt zu erhalten, sie sinnvoll zu gestalten, sie besser, gerechter und friedlicher zu machen. Und des jeden Menschen Freiheit zu achten.



Die Goldene Friedenstaube wurde dem Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung für seine kontinuierliche erinnerungspolitische Arbeit zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Rahmen des 24. Bautzen-Forums überreicht.

Referentinnen und Referenten des 24. Bautzen-Forums

MARIANNE BIRTHLER

Vormalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. JACQUELINE BOYSEN

Studienleiterin der Evangelischen Akademie Berlin

MATTHIAS EISEL

Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter des Landesbüros Sachsen

OLIVER GONDA

Kaplan in Bautzen

MARIA HIEBSCH

Institut für angewandte Geschichte, Frankfurt (Oder)

ROLAND JAHN

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

HANKA KLIESE

Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion

WOLFGANG KOCKROW

Als Mitglied der sozialdemokratischen West-Berliner Jugendorganisation „Die Falken“ 1959 in Ost-Berlin beim Besuch der sowjetischen Botschaft verhaftet und zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt

Dr. ILKO-SASCHA KOWALCZUK

Projektleiter bei der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

HARALD MÖLLER

Stellvertretender Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.; wegen „Spionage“ und „antisowjetischer Propaganda“ zu zweimal 25 Jahren Haft verurteilt. Entlassung nach acht Jahren Zuchthaus.

Dr. DIETMAR MOLTHAGEN

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

DIRK PANTER

Mitglied des Sächsischen Landtags, SPD-Fraktion, Generalsekretär der SPD in Sachsen

ANGELA-BEATE PETZOLD

Pfarrerin in Bautzen

MARKUS PIEPER

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

SABINE POPP

Wegen oppositioneller Graffiti („staatsfeindliche Hetze gegen die DDR“) 1979 verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt

LUTZ RATHENOW

Sächsischer Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

OLIVER REINHARD

Sächsische Zeitung, Redakteur für Zeitgeschichte

SVEN RIESEL

Gedenkstätte Bautzen

MARKO SCHIEMANN

Mitglied des Sächsischen Landtages, CDU-Fraktion

CHRISTIAN SCHRAMM

Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Dr. CLAUDIA SCHREINER

Mitteldeutscher Rundfunk, Leiterin des Programmbereichs Kultur und Wissenschaft

JULIANE THIEME

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

Bundesminister a.D WOLFGANG TIEFENSEE

Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

HEIKE WATERKOTTE

Als 20-Jährige bei Einreise in die DDR verhaftet und von der SED-Justiz zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt, weil sie sich von West-Berlin aus mit Flugblättern gegen die Biermann-Ausbürgerung einsetzte

Dr. PETER WURSCI

Stiftung Ettersberg, Europäische Diktaturforschung, Weimar

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden)

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990.

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991.

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992.

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993.

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994.

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995.

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Macht-ergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.

Nr. 14

Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.

Nr. 15

Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.

Nr. 16

Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.

Nr. 17

Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Bautzen-Foren im Überblick

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Nr. 19

Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.

Nr. 20

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009.

Nr. 21

Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010.

Nr. 22

50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall«. Leipzig 2011.

Nr. 23

Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion Maya Böhm, Leipzig, und Dorothea Parak, Berlin
Matthias Eisel, Leipzig
Lektorat Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung Thomas Glöß, Leipzig
Fotos Gaby Waldek, Leipzig
Druck Druckerei Friedrich Pöge, Leipzig

ISBN 978-3-86498-663-5

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.



